

**Schweizerische
Nationalbank
1970**

**63. Geschäftsbericht
der Schweizerischen Nationalbank
1970**

Inhaltsverzeichnis

Bericht des Direktoriums über die Tätigkeit der Schweizerischen Nationalbank im Jahre 1970	
A. Lage der Weltwirtschaft	
Allgemeine Konjunktorentwicklung	5
Internationale Währungslage	10
Schweizerische Währungs Kooperation mit dem Ausland	16
B. Entwicklung der schweizerischen Wirtschaft	
Konjunkturverlauf	18
Währungsreserven und Devisenmarkt	23
Geld- und Kapitalmarkt	24
C. Geld- und Währungspolitik der Nationalbank	37
D. Bankbehörden und Direktion	45
Jahresrechnung	
Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1970	48
Jahresschlussbilanz vom 31. Dezember 1970	50
Erläuterungen zur Jahresrechnung	
Aktiven der Bilanz	52
Passiven der Bilanz	57
Dienstleistungen für die Bundesverwaltungen	62
Gewinnverteilung	64
Anträge	64
Bericht der Revisionskommission	67
Beilagen	
Nr.1 Zusammenstellung der veröffentlichten Ausweise	72
Nr.2 Gliederung des Notenumlaufs nach Abschnitten	74
Nr.3 Giroverkehr	75
Nr.4 Geschäftsverkehr der einzelnen Bankstellen	76
Nr.5 Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank	
Tabelle I: Bestände am Jahresende	78
Tabelle II: Jahresdurchschnitte	82

Tabelle III: Umsätze	86
Tabelle IV: Geschäftsergebnisse	90
Nr.6 Graphische Darstellung	
Schweizerische Nationalbank 1965–1970	94
Nr.7 Diskontosatz und Lombardzinsfuss seit Eröffnung der Bank	95
Nr.8 Abrechnungsverkehr	
Verkehr der schweizerischen Abrechnungsstellen	96
Wertschriften-Clearing für Kassageschäfte auf den Plätzen Basel und Zürich	96
Nr.9 Verzeichnis der Mitglieder der Bankbehörden und der Bankorgane.	97

Bericht des Direktoriums über die Tätigkeit der Schweizerischen Nationalbank im Jahre 1970

A. Lage der Weltwirtschaft

Allgemeine

Konjunktorentwicklung

Eine ungewöhnliche Kosten- und Preissteigerung bei gleichzeitiger Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums kennzeichnet die Entwicklung des Berichtsjahres.

In den Ländern der OECD stieg das allgemeine Preisniveau um 5% bis 6%, d. h. etwas mehr als doppelt so stark wie in den frühen sechziger Jahren. Die Kräfte des Inflationsauftriebes verlagerten sich zusehends von der Nachfrage- auf die Kostenseite. Die Lohnerhöhungen dürften 1970 in zahlreichen Industrieländern 10% erreicht oder überschritten haben. In Italien, der Bundesrepublik Deutschland, Grossbritannien und Schweden bewegten sie sich in wichtigen Sektoren zwischen 15% und 20%.

In den meisten westlichen Industriestaaten war das Wirtschaftswachstum geringer als im Vorjahr. Die Zuwachsrate des realen Bruttosozialproduktes erreichte im OECD-Raum durchschnittlich knapp 3%, verglichen mit 5% im Jahre 1969 und 6% im Jahre 1968. Die Entwicklung in den einzelnen Ländern verlief indessen uneinheitlich. In den Vereinigten Staaten von Amerika war nach einem Rückgang im ersten Semester ein leichter Anstieg des Bruttosozialproduktes zu verzeichnen. Die Belebung der Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte fiel jedoch schwächer aus als erwartet, so dass sich für das ganze Jahr keine Zunahme des Sozialproduktes ergab und die Beschäftigungslage unbefriedigend blieb. In Kanada und Grossbritannien waren beträchtliche Arbeitslosigkeit und niedrige Wachstumsraten zu verzeichnen. Auf dem europäischen Kontinent dagegen überwogen Erscheinungen konjunktureller Überhitzung, und die Abschwächung des Wirtschaftswachstums war hier vor allem der Erschöpfung der verfügbaren Kapazitätsreserven, namentlich einem Mangel an Arbeitskräften, zuzuschreiben. Dies traf insbesondere auf die Bundesrepublik Deutschland sowie einige der kleineren Industrieländer zu. In Italien wirkten sich die soziale Unrast und die häufigen Arbeitsniederlegungen hemmend auf das Produktionsergebnis aus.

Gegen Jahresende zeichnete sich aber auch in den meisten kontinentaleuropäischen Ländern eine gewisse Verflachung der Nachfrageexpansion ab. Schon einige Monate früher zeigte sich eine ähnliche Entwicklung in Japan.

Das verringerte Wirtschaftswachstum in den Industriestaaten liess die Zuwachsrate des internationalen Handels im OECD-Bereich während des Berichtsjahres wertmässig von 16% auf 13% zurückgehen. Quantitativ war der Wachstumsrückgang viel ausgeprägter, weil die Aussenhandelspreise in ganz ungewöhnlichem Ausmasse anstiegen. Sie erhöhten sich im ersten Semester 1970 um 5½%. Dies ist der stärkste Anstieg der Exportpreise seit der Korea-Krise von 1950/51. Von 1958 bis 1967 hatte die durchschnittliche jährliche Preissteigerung lediglich ¾% betragen. Da die Preiserhöhungen sich überwiegend auf industrielle Erzeugnisse beschränkten, verschlechterten sich die «Terms of

Trade» vieler Entwicklungsländer, deren Exporte hauptsächlich aus Rohstoffen bestehen. Unter den Rohstoffpreisen wiesen im wesentlichen nur die Erdölpreise eine kräftige Zunahme auf, während die meisten anderen von der Hausse kaum erfasst wurden.

Dass auch die Preise der industriellen Exportgüter stark anstiegen, hat das Inflationsproblem im Berichtsjahr erheblich verschärft. In den früheren Jahren war der Preisauftrieb im internationalen Handel deutlich hinter dem Anstieg der nationalen Preisniveaus zurückgeblieben. Da jeweils nicht alle Industrieländer gleichzeitig vom Kostenauftrieb erfasst wurden, sorgte ein intensiver Wettbewerb für die Niedrighaltung der Weltmarktpreise. Dies setzte dem nationalen Preisauftrieb von aussen her engere Grenzen. Besonders seit dem letzten Quartal 1969 gab es kein für den Verlauf der Weltwirtschaft entscheidendes Land mehr, das, wie die Vereinigten Staaten in der ersten Hälfte der sechziger Jahre und später die Bundesrepublik Deutschland, als Insel der Preisstabilität die Preiserhöhungen im internationalen Handel in Schranken hielt. Der Kosten- und Preisauftrieb erfasste vielmehr alle Industrieländer.

Besonders auffallend war, dass selbst in Ländern mit wachsender Arbeitslosigkeit Lohnerhöhungen durchgesetzt wurden, die den Produktivitätszuwachs um ein Mehrfaches überstiegen. Wichtigste Beispiele hiefür bildeten Grossbritannien und die Vereinigten Staaten. Zwischen der Entwicklung der Beschäftigung und jener der Löhne scheint nicht mehr im gleichen Ausmass wie früher eine marktwirtschaftliche Interdependenz zu bestehen. Daher vermögen auch die hauptsächlich auf die Beeinflussung der Gesamtnachfrage und damit der Beschäftigung ausgerichteten Instrumente der Konjunkturpolitik nicht mehr in gleicher Weise wie einst die Inflationstendenzen einzudämmen.

Der Generalsekretär der OECD machte im späteren Herbst in einem dem Inflationsproblem gewidmeten Bericht auf die Gefahren dieser Entwicklung aufmerksam. Der Bericht legte eindrücklich dar, dass die negativen Folgen der verstärkten Inflationsneigung für das wirtschaftliche, soziale und politische Gleichgewicht vielfach noch unterschätzt werden und dass der Eindämmung der Lohn- und Preisinflation unter den heutigen Verhältnissen Priorität eingeräumt werden muss. Dies aber kann, so wurde weiter ausgeführt, nur mit Erfolg erreicht werden, wenn die Behörden alle zur Verfügung stehenden Mittel hiezu lange genug einsetzen und ihre Anstrengungen unter sich vermehrt koordinieren. Der Bericht verdient mit seinem eindringlichen Appell, der Inflation Einhalt zu gebieten, um so mehr Beachtung, als die OECD der Erhaltung eines möglichst optimalen Wirtschaftswachstums ein besonders grosses Gewicht beimisst und dieses Ziel gerade durch den beschleunigten Kosten- und Preisauftrieb gefährdet sieht.

Zur Wirtschaftsentwicklung in einigen für das Konjunkturgeschehen bedeutsamen Ländern lässt sich ergänzend folgendes ausführen:

In den *Vereinigten Staaten von Amerika* schwächte sich die Wirtschaftstätigkeit in der ersten Jahreshälfte weiter ab. Im zweiten Semester setzte in einzelnen Teilbereichen, namentlich im Wohnungsbau, eine leichte Erholung ein, die jedoch noch nicht aus der Stagnation herausführte. Die Zahl der Arbeitslosen stieg weiter an, und die Kapazitätsauslastung in der Industrie sank zeitweise auf den niedrigsten Stand seit 1961. Der allgemeine Preisauftrieb verlangsamte sich zwar, doch blieb die Erhöhung der Lebenshaltungskosten beträchtlich. Um der Gefahr einer Liquiditätskrise, die zu einem kumulativen Beschäftigungsrückgang hätte führen können, entgegenzuwirken, lockerten die Währungsbehörden ihre Geld- und Kreditpolitik und sorgten für eine stetige Ausweitung des Geldvolumens. Die Staatsrechnung wurde stark defizitär. Insbesondere wegen der erhöhten Leistungen für Sozialhilfe und Sanierung der Umweltbedingungen stiegen die Staatsausgaben beträchtlich, obschon die Aufwendungen für Verteidigung und Weltraumfahrt gekürzt wurden. Die Einnahmen dagegen verminderten sich durch den mit dem Beschäftigungsrückgang verbundenen Ausfall an Steuereinnahmen. Die Regierung nahm zudem gegen Jahresende Massnahmen zur Belebung der wirtschaftlichen Aktivität in Aussicht, die zunächst vor allem zu einer weiteren Steigerung des bereits im Anstieg begriffenen Wohnungsbaues sowie des privaten Konsums und der staatlichen Infrastrukturaufwendungen führen dürften. Die industrielle Investitionstätigkeit scheint durch das Vorhandensein bedeutender Kapazitätsreserven, durch stark reduzierte Gewinnmargen und durch ein hohes Mass an noch nicht konsolidierten Investitionskrediten gehemmt zu werden.

Die Wirtschaftstätigkeit *Grossbritanniens* zeigte im Berichtsjahr nur eine geringe Belebung. Vor allem die Investitionstätigkeit der privaten Wirtschaft erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich. Wohl stiegen die privaten Konsumausgaben im Zusammenhang mit ungewöhnlich kräftigen Lohnerhöhungen erheblich an. Diese Zunahme wurde aber grossenteils durch die starke Teuerung absorbiert. Die Zahl der durch Streiks verlorenen Arbeitstage erreichte ein ungewöhnliches Ausmass. Die Gewerkschaften vermochten ihre Lohnforderungen weitgehend durchzusetzen. Die Arbeitslosenziffer stieg gegen das Jahresende auf den höchsten Stand seit Kriegsende. Die neue Regierung, die kurz vor Jahresmitte ihr Amt antrat, war bemüht, nicht direkt in die Lohnverhandlungen einzugreifen, sondern den Widerstand der Arbeitgeber gegen übersetzte Begehren u. a. durch eine restriktivere Geld- und Kreditpolitik zu unterstützen und bei Verhandlungen mit den Arbeitnehmern des öffentlichen Sektors mit gutem Beispiel voranzugehen. Sie nahm gewisse Kürzungen sowohl bei den Staatsausgaben als auch bei den Steuereinnahmen vor, um damit die Verwirklichung ihres Programmes einzuleiten, das eine Verringerung des staatlichen Anteils am Wirtschaftsprozess zum Ziele hat.

In der *Bundesrepublik Deutschland* dauerte die Nachfrageexpansion bis in die zweite Jahreshälfte hinein an. Die Regierung ergriff kurz nach der Jahresmitte steuerliche Massnahmen zur Dämpfung der Konsumausgaben und der industriellen Investitionstätigkeit, da die Bemühungen der Bundesbank, die Auftriebskräfte von der monetären Seite zu bremsen, durch umfangreiche Kreditaufnahmen der Wirtschaft im Ausland beeinträchtigt wurden. Der ausserordentlich starke Lohnkostenanstieg wirkte sich, zusammen mit der im Oktober 1969 erfolgten Aufwertung, in den letzten Monaten des Berichtsjahres in zunehmendem Masse erschwerend auf die Absatzmöglichkeiten der deutschen Exportwirtschaft aus. Die ständig steigenden Lohnkosten konnten nur noch teilweise auf die Preise überwältigt werden, so dass die Gewinne und damit die Selbstfinanzierungskraft der Wirtschaft erheblich zurückgingen. Dies verstärkte die von der restriktiven Politik von Bundesbank und Regierung angestrebte Eindämmung der Investitionstätigkeit. Der Nachfrageboom verlangsamte sich gegen das Jahresende hin.

In *Frankreich* verschwand der seit 1968 verzeichnete Nachfrageüberhang im Laufe der ersten Jahreshälfte. Zugleich kamen sowohl der Staatshaushalt als auch die Zahlungsbilanz ins Gleichgewicht. Löhne und Preise stiegen aber in nur wenig vermindertem Masse weiter. Die Abwertung von 1969 sowie der Lohn- und Preisanstieg in wichtigen Partnerländern begünstigten die Exportentwicklung. In der zweiten Jahreshälfte liess das Wirtschaftswachstum nach. Sowohl die Konsumausgaben als auch die Investitionstätigkeit verlangsamten sich. In einzelnen Zweigen gingen Kapazitätsausnützung und Beschäftigung zurück. Die Regierung begann daher, den restriktiven Kurs ihrer Politik zu lockern.

Die politische Unsicherheit und die anhaltenden sozialen Unruhen und Arbeitsniederlegungen beeinträchtigten das wirtschaftliche Wachstum *Italiens*. Trotz dieser Schwierigkeiten verblieb aber für das Jahr 1970 immer noch eine deutliche Zunahme des Bruttosozialproduktes. Die bedeutenden Lohnerhöhungen, die zur Beilegung der Streiks gewährt wurden, hatten einen starken Anstieg der Einkommen und der Konsumnachfrage zur Folge, während die private Investitionstätigkeit wegen der geschwächten Ertragskraft der Unternehmungen deutlich nachliess. Der Preisauftrieb beschleunigte sich, blieb aber trotz der Arbeitsausfälle und der überaus starken Nachfrage- und Lohnsteigerung im Rahmen der Entwicklung in anderen Ländern. Die Regierung war bestrebt, die Expansion des Konsums durch Erhöhung zahlreicher Verbrauchssteuern einzudämmen, konnte ihr Programm jedoch im Parlament nicht vollständig durchbringen.

Ausgesprochen gespannt war die Konjunkturlage in den meisten *kleineren europäischen Industriestaaten*. In Holland wie auch in den skandinavischen Ländern Dänemark, Schweden und Norwegen sahen sich die Behörden veranlasst, einer überbordenden Lohn- und Preissteigerung durch einschneidende Vorkehren zu begegnen, die neben

restriktiven monetären Massnahmen wie Kreditbeschränkungen auch Steuererhöhungen und insbesondere Preis- und Lohnstopps umfassten.

Kanada hatte eine beträchtliche Verlangsamung seines Wirtschaftswachstums und trotz einem ungewöhnlich kräftigen Exportaufschwung eine starke Zunahme der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten schwächte sich der Preisauftrieb merklich ab. Die Regierung lockerte daher die Restriktionsmassnahmen.

In *Japan* reagierte die Wirtschaft wie gewohnt relativ rasch auf die von Regierung und Notenbank in der ersten Jahreshälfte eingeschlagene Konjunkturdämpfungspolitik. Die Investitionstätigkeit schwächte sich ab. Die Produktion wuchs langsamer. Der Lohn- und Preisanstieg blieb indessen weiter hoch. In der zweiten Jahreshälfte bauten die Behörden ihre Dämpfungsmassnahmen ab.

Gegen Ende des Berichtsjahres befand sich somit die *Weltwirtschaft* in einer Phase, in der sich expansive und kontraktive Tendenzen kreuzten. Auf der einen Seite führte das Fortdauern der Lohnkosteninflation bei jenen Unternehmen, welche die erhöhten Kosten nicht oder nicht voll auf die Preise überwälzen konnten, zu einer Schrumpfung der Gewinnmargen, zu schwindender Selbstfinanzierungskraft und zunehmenden Liquiditätsproblemen. Starke Einschränkungen der Investitionstätigkeit waren die Folge. Dies trat besonders da ausgeprägt in Erscheinung, wo sich im Verlaufe der Eindämmung der Nachfrageexpansion Überkapazitäten zeigten. Auf der anderen Seite bewirkten die Lohn erhöhungen, soweit sie nicht durch den Beschäftigungsrückgang kompensiert wurden, steigende Einkommen und wachsende Konsumausgaben und in der Regel auch höhere Ausgaben der öffentlichen Hand.

Diese gegenläufigen Tendenzen lassen für die nächste Zukunft eine nach Wirtschaftszweigen und Unternehmungen differenzierte Entwicklung erwarten. Da dies ganz allgemein zu vorsichtigerem Disponieren veranlassen dürfte, ist wohl in der Weltwirtschaft mit einer weiteren Verflachung des Nachfrageauftriebes zu rechnen. Auf Grund bisheriger Erfahrungen ist zu befürchten, dass bei einer sich nur zögernd einstellenden Abschwächung der Gesamtnachfrage der Kostenanstieg und damit in zahlreichen Teilbereichen auch der Preisauftrieb noch während einiger Zeit anhalten dürften.

Die weitere Entwicklung der Weltkonjunktur wird im übrigen wesentlich auch von der Wirtschaftspolitik abhängen, welche die verantwortlichen Behörden in den wichtigeren Industrieländern verfolgen und gegenüber Parlamenten und Öffentlichkeit durchzusetzen vermögen. Die Gefahr ist nicht gering, dass einerseits unter dem Druck der öffentlichen Meinung neue Auftriebsimpulse ausgelöst werden, bevor die derzeitige Kosten- und Preisinflation genügend eingedämmt worden ist, und andererseits im Falle ungünstiger Zahlungsbilanzverhältnisse und rückläufiger Beschäftigung in zunehmendem Masse Zuflucht zu protektionistischen Massnahmen zur Abschirmung der inländischen Wirt-

schaft gesucht wird. Bestrebungen in dieser Richtung waren im Berichtsjahr insbesondere in den Vereinigten Staaten im Gange. Wachsender Protektionismus schliesst aber für die Länder, die sich seiner bedienen, die Gefahr einer Überhöhung des inländischen Preisniveaus in sich und schafft damit neue ernsthafte Probleme. Es ist zu hoffen, dass solche Bestrebungen sich nicht durchsetzen werden oder sich wenigstens auf einen sehr engen Rahmen beschränken lassen.

Internationale Währungslage

Die Beruhigung, welche die Paritätsänderungen Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1969 im internationalen Währungsbereich eingeleitet hatten, hielt während des ganzen Berichtsjahres an. Indessen bahnten sich einige Entwicklungstendenzen an, die im Laufe der Zeit zu neuen Spannungen im internationalen Zahlungsverkehr Anlass geben könnten.

Als besonders bedeutsam für die internationalen Währungsverhältnisse erwies sich die rückläufige Zinsentwicklung in den Vereinigten Staaten, die ausgedehnte, zur Hauptsache über den Euromarkt laufende *kurzfristige Kapitalbewegungen* zur Folge hatte. Die Lockerung der Geld- und Kreditpolitik in den Vereinigten Staaten führte zusammen mit der sich abschwächenden Investitionstätigkeit und Kreditnachfrage zu einer spürbaren Entspannung am amerikanischen Geld- und Kapitalmarkt.

Hatte vorher die restriktive Geldpolitik der Vereinigten Staaten die Zinssätze auf dem Eurodollarmarkt und von dort aus an den nationalen Geld- und Kapitalmärkten in die Höhe getrieben, so leitete die Lockerung der amerikanischen Geldpolitik in gleicher Weise eine Zinssenkung ein. Die nachlassende Nachfrage amerikanischer Banken am Eurodollarmarkt bzw. ihre Rückzahlungen von früher aufgenommenen Eurodollars führten zu einem markanten Sinken der Eurosätze. Dies löste einen Dollarstrom nach Ländern mit angespannten Marktverhältnissen und hohem Zinsniveau aus und hatte dort ein erhöhtes Mittelangebot und zugleich einen Anstieg der offiziellen Devisenreserven zur Folge. Die Übernahme bedeutender Dollarbeträge durch einige Notenbanken dürfte ein wesentlicher Grund dafür sein, dass das Eurodollarovolumen 1970 im Gegensatz zum Vorjahr nur noch geringfügig zunahm.

Die Abtragung von Eurodollarverbindlichkeiten amerikanischer Banken bedeutet an sich noch nicht, dass die Dollarguthaben des Auslandes bei den amerikanischen Banken zurückgehen. Es vermindert sich damit aber der zinstreibende Wettbewerb zwischen den einzelnen Banken um einen möglichst grossen Anteil an diesem Dollarovolumen. Ein Rückgang der Dollarverbindlichkeiten der amerikanischen Banken gegenüber dem Ausland tritt dann ein, wenn solche Dollars von Notenbanken aufgenommen und beispielsweise beim amerikanischen Schatzamt angelegt werden. Dies ist denn auch im Berichtsjahr in nicht unbedeutendem Ausmasse geschehen.

Die Umkehr der kurzfristigen Kapitalbewegungen hatte zur Folge, dass die Gesamtzahlungsbilanz der Vereinigten Staaten trotz erhöhter Einnahmenüberschüsse in der Handels- und Ertragsbilanz wesentlich ungünstiger als 1969 abschloss.

Der «Mittelrückfluss» aus den Vereinigten Staaten kam u.a. Grossbritannien und Frankreich zugute und erleichterte diesen Ländern die Abtragung ihrer noch ausstehenden Stützungskredite.

Ein bedeutender Teil der durch die Rückzahlung amerikanischer Eurodollaraufnahmen freigewordenen Gelder floss ferner in die Bundesrepublik Deutschland. Die Knappheit an Finanzierungsmitteln, die dort durch den starken Kapitalabfluss ins Ausland nach der Aufwertung, den mit dem Investitionsboom anschwellenden Kreditbedarf und die restriktive Geld- und Kreditpolitik der Bundesbank ausgelöst wurde, liess das Zinsniveau in Deutschland über jenes am Eurodollarmarkt steigen. Die deutsche Wirtschaft nahm daher in bedeutendem Umfange Gelder direkt am Euromarkt auf. Da sich ein grosser Teil dieser Geschäfte nicht in den Bilanzen der Banken niederschlug, entzog sich der Mittelzugang grossenteils dem Einfluss der Bundesbank. Dies beeinträchtigte die Wirksamkeit der kreditpolitischen Massnahmen, die diese zur Eindämmung der konjunkturpolitischen Überhitzung ergriffen hatte.

Auch in den Niederlanden erschwerte der bedeutende Zufluss mittel- und langfristiger Gelder aus dem Ausland die gegen die inflatorische Nachfrageexpansion gerichteten monetären Dämpfungsmassnahmen. Die stärkere Anziehungskraft, welche die Bundesrepublik und in geringerem Masse auch Holland dank ihren höheren Zinsniveaus auf ausländische Gelder ausübten, dürfte dazu beigetragen haben, dass sich die Zuflüsse von Dollars zur Schweizerischen Nationalbank bis zum Jahresende in mässigem Rahmen hielten. Nicht zuletzt im Bestreben, den Hinweisen der europäischen Währungsbehörden auf die unerwünschten Auswirkungen der Eurodollar-Rückzahlungen Rechnung zu tragen, erliess das amerikanische Notenbanksystem gegen Jahresende neue Mindestreservebestimmungen, welche die amerikanischen Banken zu grösserer Zurückhaltung gegenüber einer weiteren Abtragung ihrer Eurodollar-Verpflichtungen veranlassen sollen.

Die *Ertragsbilanzen* der wichtigeren Industrieländer entwickelten sich ausgeglichener als in früheren Jahren. Die Tatsache, dass bisherige Defizitländer ihre Fehlbeträge abbauten, bzw. Einnahmenüberschüsse zu erzielen vermochten, während chronische Überschussländer ihre Aktivsaldi verminderten, trug erheblich zur Entspannung der internationalen Währungsverhältnisse bei.

Die Handels- und Ertragsbilanz der Vereinigten Staaten wies, wie erwähnt, im Vergleich zu 1969 eine deutliche Besserung auf. Die Abschwächung der Nachfrage bei gleichzeitig andauernder Hochkonjunktur in Europa und Japan hatte eine beträchtliche Erhöhung des Exportüberschusses zur Folge. Zugleich nahmen die Erträge auf den

amerikanischen Auslandsinvestitionen zu, so dass die Ertragsbilanz einen Aktivsaldo ergab, während sie im Vorjahr leicht defizitär gewesen war.

Grossbritannien ist es nach jahrelangen Anstrengungen gelungen, 1970 einen Aktivsaldo sowohl in seiner Ertragsbilanz als auch in seiner Gesamtzahlungsbilanz zu erzielen. Nachdem sich 1969 zunächst der Dienstleistungsverkehr günstig zu entwickeln begonnen hatte, schloss von der zweiten Hälfte 1969 an auch die Handelsbilanz wieder mit Einnahmenüberschüssen ab.

Die Ertragsbilanz Frankreichs normalisierte sich nach den schweren Störungen von 1968 wieder. Dank einer bemerkenswerten Steigerung der Exporte gelang es, den defizitären Trend der beiden Vorjahre zu überwinden. Für 1970 wird mit einem leichten Einnahmenüberschuss der Ertragsbilanz und einem beträchtlichen Aktivsaldo in der Zahlungsbilanz gerechnet.

Einen ungewöhnlich hohen Überschuss in seiner Handels- und Ertragsbilanz hatte Kanada zu verzeichnen. Da gleichzeitig die Kapitalzuflüsse, nicht zuletzt solche spekulativer Natur, stark anstiegen, sah sich die kanadische Regierung Ende Mai veranlasst, den Wechselkurs des kanadischen Dollars bis auf weiteres freizugeben.

Den günstigeren Ertragsbilanzergebnissen in den genannten Ländern standen verminderte Aktivsaldo namentlich in der Bundesrepublik Deutschland und Italien gegenüber. In der Bundesrepublik bewirkten Aufwertung und Kostensteigerung vorerst allerdings lediglich im Dienstleistungsverkehr einen deutlichen Rückgang des bisherigen Einnahmenüberschusses. Der Aktivsaldo der Handelsbilanz fiel dagegen zum Teil dank einer für Deutschland günstigen Entwicklung der Aussenhandelspreise erst gegen Ende des Jahres und nur relativ wenig unter das Vorjahresergebnis. Die Ertragsbilanz schloss mit einem gegenüber dem Vorjahr deutlich verminderten Einnahmenüberschuss. Der langfristige Kapitalexport der Bundesrepublik ging kräftig zurück, was zusammen mit den bereits genannten kurzfristigen Mittelaufnahmen im Ausland trotz des verringerten Ertragsbilanzüberschusses zu einem sehr hohen Aktivsaldo in der Zahlungsbilanz führte.

Die Nachfrageexpansion in Italien, die von einer Abschwächung der Produktion begleitet war, bewirkte einen Rückgang des Ertragsbilanzüberschusses auf etwas weniger als die Hälfte des Vorjahres. Die italienischen Währungsbehörden vermochten den Kapitalabfluss, der 1969 und noch zu Beginn des Jahres ein bedeutendes Ausmass erreicht hatte, einzudämmen. Zugleich förderten sie wirksam mittel- und langfristige Geldaufnahmen im Ausland durch die italienische Wirtschaft. Dank der wesentlich günstigeren Entwicklung des Kapitalverkehrs schloss die Zahlungsbilanz daher im Gegensatz zum Vorjahr mit einem Aktivsaldo.

In den meisten der kleineren Industrieländer Europas gingen die Einnahmenüberschüsse in der Ertragsbilanz zurück oder wurden von Fehlbeträgen abgelöst. Defizitär

verlief die Entwicklung insbesondere in Dänemark und Schweden, wo das starke Ansteigen der Einfuhr und die Verschlechterung der Währungsposition die Behörden veranlasste, Massnahmen zur Wiederherstellung des Zahlungsbilanzgleichgewichts zu ergreifen. Auch Holland hatte ein beträchtliches Defizit in seinem laufenden Zahlungsverkehr mit dem Ausland zu verzeichnen, während in Österreich und der Schweiz die Einnahmenüberschüsse der vorangegangenen Jahre dahinschwanden. In Japan, das von Jahr zu Jahr wachsende Überschüsse im laufenden Zahlungsverkehr mit dem Ausland aufgewiesen hatte, blieb der Aktivsaldo der Ertragsbilanz auf der Höhe des Vorjahres.

Die amerikanischen «Rückzahlungen» von Eurodollars und die ausgeglichene Entwicklung der Ertragsbilanzen hatten zur Folge, dass *Währungskredite* zwischen den Notenbanken im Berichtsjahr nur in geringem Umfange beansprucht wurden. Frankreich sah sich in der Lage, im Verlaufe des Jahres die gesamten kurzfristigen Währungskredite, die es in den Vorjahren erhalten hatte, sowie einen Teil seiner Ziehungen auf den Währungsfonds zurückzuzahlen. Auch Grossbritannien vermochte seine bedeutenden noch ausstehenden kurzfristigen Währungsverbindlichkeiten bis auf einen kleinen Rest abzutragen. Die Bank of England nahm Anfang September zum Ausgleich plötzlich aufgetretener Devisenverluste die Swap-Kreditvereinbarung mit dem amerikanischen Notenbanksystem erneut in Anspruch, konnte diesen Überbrückungskredit jedoch noch im Laufe des Herbstes wieder zurückerstatten. Italien zog zum Ausgleich der hohen Kapitalabflüsse zu Beginn des Jahres und erneut im Sommer auf den Swap-Kredit bei den amerikanischen Währungsbehörden. Es tilgte jedoch gleich darauf alle seine Swap-Verbindlichkeiten, wobei es auf seine automatischen Ziehungsrechte beim Währungsfonds griff.

Auf Veranlassung der Notenbanken Hollands, Belgiens und der Schweiz, die eine beträchtliche Zunahme ihrer Dollarreserven zu verzeichnen hatten, nahm das Federal Reserve System der Vereinigten Staaten die bilateralen Swap-Kreditfazilitäten mit den genannten Instituten in Anspruch, um im Sinne einer Überbrückungsoperation einen Teil der erhöhten Dollarbestände dieser Noteninstitute gegen Währungsrisiken zu sichern. Diese Währungs-Swaps wurden von den amerikanischen Währungsbehörden bei Verfall teilweise durch Ziehungen auf den Währungsfonds, durch Hingabe von Sonderziehungsrechten und in geringerem Umfange auch durch Konversion von Dollars in Gold abgebaut.

Der Gesamtbetrag des Swap-Kredit-Netzes im Rahmen der bilateralen Vereinbarungen zwischen dem amerikanischen Federal Reserve System und 14 anderen Notenbanken sowie der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich wurde durch Heraufsetzung der auf die Banca d'Italia entfallenden Limite um 250 Millionen auf 11 230 Millionen Dollar erhöht.

Die offiziellen *Währungsreserven* der westlichen Welt verzeichneten im Berichtsjahr eine Zunahme, welche die Grössenordnung erheblich übersteigt, die anlässlich der ersten Aktivierung der Sonderziehungsrechte als angemessen betrachtet worden war. Hierzu trug vor allem die Tatsache bei, dass im Zusammenhang mit der amerikanischen Zahlungsbilanzentwicklung und dem Zinsrückgang auf dem Eurodollarmarkt die Dollarreserven der nicht-amerikanischen Währungsbehörden im Jahre 1970 um einige Milliarden Dollar zunahmen, während sie im Vorjahr abgenommen hatten.

Zu Beginn des Jahres erhielten die Mitgliedstaaten des Internationalen Währungsfonds erstmals zusätzliche Währungsreserven in Gestalt von Sonderziehungsrechten zugeteilt. Auf diesem Wege wurde internationale Liquidität im Betrage von 3,4 Milliarden Dollar geschaffen. Vom neuen Reservemedium wurde im Laufe des Berichtsjahres bereits im Umfange von 472 Millionen Dollar Gebrauch gemacht. Unter anderem bedienten sich auch die Vereinigten Staaten und Grossbritannien dieser Fazilität zur Abtragung von Devisenverpflichtungen.

Eine Zunahme verzeichneten erstmals seit zwei Jahren auch die Währungsgoldbestände. Gestützt auf das Ende 1969 mit dem Währungsfonds getroffene Abkommen trat Südafrika dieser Institution im Jahre 1970 Gold im Gegenwert von 640 Millionen Dollar ab. Daneben bezogen auch einzelne nationale Währungsbehörden Gold in kleineren Beträgen von Südafrika, darunter auch die Schweizerische Nationalbank.

Unter den vom Währungsfonds zu den Weltwährungsreserven gezählten Liquiditätsbeständen wiesen (vor der allgemeinen Quotenerhöhung) lediglich die sog. Reservepositionen der Mitgliedstaaten beim Währungsfonds einen leichten Rückgang auf, d. h. jener Teil der normalen Ziehungsrechte beim Fonds, der von den Währungsbehörden ohne Zustimmung der Fondsbehörden beansprucht werden kann.

Erwähnung verdient schliesslich, dass in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres die 1969 beschlossene Erhöhung der Mitgliederquoten im Währungsfonds in Kraft trat. Auch auf diesem Wege erfuhr das Liquiditätspotential des internationalen Währungssystems eine kräftige Ausweitung, beträgt doch die Quotenerhöhung und damit die Vermehrung der traditionellen Ziehungsrechte im Fonds insgesamt 7,6 Milliarden Dollar.

Die Diskussion über eine ungenügende Versorgung des Weltwährungssystems mit internationaler Liquidität ist denn auch inzwischen verstummt. Angesichts der jüngsten Entwicklung stellt sich im Gegenteil die Frage, ob die Schaffung zusätzlicher internationaler Liquidität nicht allzu reichlich bemessen worden ist und in den kommenden Jahren vorsichtiger dosiert werden sollte. Das erste Jahr der Zuteilung von künstlichen Währungsreserven ist jedenfalls zugleich das Jahr mit der stärksten Teuerungsrate in den westlichen Industriestaaten seit der Korea-Krise, wenn nicht gar seit dem Zweiten Weltkrieg. Wenn auch zwischen diesen beiden Fakten kein unmittelbarer kausaler Zusammenhang besteht,

so zeichnet sich darin doch sehr deutlich die Gefahr ab, dass den herrschenden Inflationstendenzen von seiten der internationalen Liquiditätsversorgung weniger Hemmnisse entgegenstehen als früher und dass die Aussicht auf eine unentgeltliche Zuteilung weiterer Währungsreserven geeignet ist, die Zahlungsbilanzdisziplin noch weiter zu schwächen.

Dass die Schaffung solcher Fazilitäten weitere Begehren weckt, zeigte u. a. das Drängen der Entwicklungsländer, inskünftig Sonderziehungsrechte speziell zur Finanzierung von Entwicklungshilfe ins Leben zu rufen. Auf ihre beharrlichen Vorstellungen hin, die Bildung zusätzlicher Liquidität mit der Gewährung von Entwicklungshilfe zu verknüpfen, wurde an der Jahresversammlung der Bretton-Woods-Institutionen in Kopenhagen in Aussicht genommen, diese Frage einer Prüfung zu unterziehen, obschon sich die Vertreter der Industriestaaten mehrheitlich aus grundsätzlichen Erwägungen gegen jede derartige Verknüpfung gewandt hatten. In einer Periode starker Inflationstendenzen sollte die Entwicklungshilfe nicht durch Geldschöpfung, sondern nur mit Kapital, das durch Ersparnisse gebildet wurde, finanziert werden.

Die Diskussion über eine Verbesserung des Zahlungsbilanzausgleichs durch erhöhte *Wechselkursflexibilität*, die 1969 an der Jahresversammlung von Währungsfonds und Weltbank wie auch in anderen Gremien eine grosse Rolle gespielt hatte, ist inzwischen wieder in den Hintergrund getreten. Der Bericht, den die Exekutivdirektoren des Währungsfonds über dieses Thema der Jahresversammlung in Kopenhagen unterbreiteten, kam zum Ergebnis, dass einzig die Möglichkeit einer relativ geringfügigen Erweiterung der bisherigen Wechselkursmargen auf $\pm 2\%$ bis $\pm 3\%$, eine raschere und häufigere Anpassung der Paritäten bei Auftreten fundamentaler Störungen des Zahlungsbilanzgleichgewichts sowie schliesslich eine vorübergehende Freigabe der Wechselkursbildung vor der Fixierung einer neuen Parität sich weiter zu prüfen lohnt. Zu derartigen Änderungen bestand jedoch bei den massgebenden Notenbanken geringe Neigung. Vollends abgelehnt wurden völlig freie Wechselkurse, eine Erweiterung der Bandbreiten auf mehr als $\pm 3\%$ sowie ein automatisch funktionierendes System gleitender Paritätsänderungen.

Die Haager Gipfelkonferenz der EWG-Länder vom Dezember 1969 verlieh den Bestrebungen, die *Integration auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Währungspolitik* zu vertiefen, neuen Auftrieb. Ihr Ziel ist es, in einer nächsten Etappe eine eigentliche Wirtschafts- und Währungsunion zu bilden. Eine Gruppe hochgestellter Experten der sechs Länder, unter dem Vorsitz des luxemburgischen Ministerpräsidenten Werner, arbeitete im Laufe des Berichtsjahres einen Plan aus, der den schrittweisen Übergang zu einer Wirtschafts- und Währungsunion mit einheitlicher Politik und gemeinsamen Institutionen im Laufe der nächsten zehn Jahre vorsieht. Der Plan, der bereits Anfang 1971 zur Ein-

leitung der ersten Etappe von drei Jahren in Kraft gesetzt werden soll, fand zwar in grundsätzlicher Hinsicht die Zustimmung der Mitgliedländer. Über wichtige Einzelfragen, wie namentlich die Institutionalisierung und die Kontrolle der erforderlichen Gemeinschaftsorgane, konnte jedoch bis zum Ende des Berichtsjahres keine Einigung erzielt werden. Ein wesentliches Element der ersten Etappe soll die Koordination der Wechselkurspolitik der beteiligten Notenbanken bilden. Zu diesem Zwecke wurde geplant, die Kursmargen in einem ersten Schritt anfangs 1971 im Verhältnis zum amerikanischen Dollar auf $\pm 0,6\%$ zu verengen. Die Margen der EWG-Währungen unter sich sollen später schrittweise verringert werden, bis zwischen ihnen eine feste Austauschrelation erzielt worden ist.

Die Verwirklichung dieser Pläne, die Bildung eines grossen europäischen Raumes mit einheitlicher Währung und einer koordinierten Währungspolitik, würde das internationale Währungssystem zweifellos erheblich beeinflussen. Dies wäre um so mehr der Fall, wenn sich an einer solchen Wirtschafts- und Währungsunion nicht nur die heutigen sechs Mitgliedstaaten der EWG, sondern auch jene Länder beteiligen würden, die sich derzeit um eine Aufnahme in den Gemeinsamen Markt bewerben. Das gleichzeitige Bestreben um eine Erweiterung der EWG dürfte andererseits die Verwirklichung einer Währungsunion erschweren. Die Realisierung dieses Vorhabens setzt einen Grad von wirtschaftlicher und politischer Integration voraus, der sich nur mit grossen Anstrengungen innerhalb des gesteckten Zeitrahmens erreichen lässt.

Schweizerische Währungskooperation mit dem Ausland

Wie bereits in den vorangegangenen Jahren diente die zwischen der Nationalbank und der Federal Reserve Bank of New York bestehende Swap-Vereinbarung auch im Berichtsjahr wiederholt dazu, der Nationalbank zugeflossene Dollarguthaben vorübergehend gegen Kursrisiken zu sichern, wenn ihre Dollarreserven ein gewisses Ausmass überschritten. Insgesamt erfolgten solche Swap-Ziehungen seitens des amerikanischen Währungsinstituts im Umfange von 500 Millionen Dollar oder 2148 Millionen Franken.

Da die Beanspruchung des Währungs-Swaps grundsätzlich kurzfristig sein soll, stellte sich nach einer Laufzeit des Swaps von drei bis sechs Monaten jeweils für die amerikanischen Partner das Problem, die für die Rückzahlung benötigten Schweizerfranken zu beschaffen. Eine Ziehung auf den Internationalen Währungsfonds durch die Vereinigten Staaten kam im Falle der Schweiz nicht in Frage. Im Hinblick auf die allgemein geübte Schonung der amerikanischen Währungsreserven beschränkte sich die Nationalbank auch im Berichtsjahr, ähnlich wie andere Notenbanken in gleicher Lage, auf die Konversion eines Betrages von 50 Millionen Dollar in Gold beim amerikanischen Schatzamt. Bei den gegebenen Verhältnissen verblieb somit lediglich die Lösung, den Swap jeweils nach angemessener Frist ganz oder teilweise durch den Abtausch kursgesicherter Dollars gegen ungesicherte Dollars zu liquidieren.

In Anlehnung an die Vereinbarung, welche Südafrika Ende 1969 mit dem Internationalen Währungsfonds über den Verkauf südafrikanischen Goldes an dieses Institut abgeschlossen hatte, traf die Nationalbank im Berichtsjahr mit dem südafrikanischen Noteninstitut eine Verständigung, die es ihr ermöglicht, ihrerseits Währungsgoldkäufe in einem Verhältnis zu den jeweiligen Käufen des Währungsfonds vorzunehmen, das ungefähr ihrer früheren Beteiligung am Goldpool der Notenbanken entspricht. Von dieser Möglichkeit machte sie im Laufe des Jahres im Umfange von 22,8 Millionen Dollar oder 98 Millionen Franken Gebrauch.

Im Berichtsjahr wurde der im Juni 1966 durch Vermittlung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich im Rahmen des sog. ersten «Group Arrangement» zugunsten der Bank of England gewährte Kredit von 37,5 Millionen auf 12,5 Millionen Dollar abgetragen. Von den früheren Währungshilfekrediten war am Jahresende nur noch dieser Betrag ausstehend.

Die Banque de France zahlte den ihr im November 1968 eingeräumten Währungskredit von 100 Millionen Dollar bis Ende März 1970 ganz zurück.

Die Kreditusage im Betrage von 100 Millionen Dollar, welche die Nationalbank der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich im Rahmen des zweiten «Group Arrangement» des Jahres 1968 zugunsten Grossbritanniens erteilt hatte, wurde bisher nicht beansprucht.

B. Entwicklung der schweizerischen Wirtschaft

Konjunkturverlauf

Die schweizerische Wirtschaft stand im Berichtsjahr, gesamthaft gesehen, im Zeichen einer ausgeprägten Konjunkturüberhitzung. Da die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen die Produktionskapazität überstieg, verstärkte sich der Preisauftrieb.

Die realen Wachstumsmöglichkeiten der schweizerischen Wirtschaft wurden hauptsächlich durch die Knappheit an Arbeitskräften begrenzt, die schon zu Beginn des Aufschwungs bestand. Der Nachfrageauftrieb, der sich in den ersten Phasen des Konjunkturanstiegs vor allem im Bereich der Aussenwirtschaft geltend gemacht hatte, erfasste 1970 alle Sektoren der Wirtschaftstätigkeit. Er äusserte sich u.a. in hohen Auftragsbeständen von Industrie und Gewerbe. In den letzten Monaten des Berichtsjahres nahmen diese allerdings kaum mehr weiter zu. Dabei dürfte das Anstossen an die Kapazitätsgrenzen vorderhand noch die Hauptrolle gespielt haben. Dazu mag ferner beigetragen haben, dass schweizerische industrielle Unternehmungen ihre Produktionsstätten im Ausland ausgebaut haben und in zunehmendem Masse einen Teil der internationalen Nachfrage von dort aus zu befriedigen trachten. Mit der Zeit mag sich auch die im Ausland beobachtete Verflachung der Nachfrage nach Investitionsgütern deutlicher auf die Exportentwicklung auswirken.

Der Nachfrageüberhang sowie die Preis- und Kostensteigerungen im Ausland verstärkten den Lohnauftrieb und die Teuerung auch in der Schweiz; Löhne und Preise verzeichneten die seit Jahrzehnten stärkste Erhöhung.

Wegen der vor allem durch den Mangel an Arbeitskräften bedingten Zunahme von Kapazitätsengpässen verminderte sich der Wachstumssatz des *realen Bruttosozialproduktes* von 5,9% im Jahre 1969 auf schätzungsweise 4,3% im Berichtsjahr, während das nominelle Bruttosozialprodukt um 9,1% gestiegen sein dürfte, verglichen mit 8,7% im Jahre 1969. Die Erhöhung der Produktivität, d.h. die Leistung je Arbeitskraft, verringerte sich ebenfalls.

Die Zahl der *Arbeitskräfte* erhöhte sich um rund 1%. Die Zunahme dürfte sich je zur Hälfte auf ausländische Arbeitskräfte, vor allem Niedergelassene und Grenzgänger, und auf zusätzliche schweizerische Erwerbstätige aufgeteilt haben. Überdurchschnittlich stieg die Zahl der Beschäftigten im Dienstleistungssektor, wobei die Banken die grösste Zuwachsrate aufwiesen. Auch im Baugewerbe ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter gestiegen, während in der Industrie im zweiten Halbjahr ein leichter Rückgang festzustellen war.

Der Bestand an *kontrollpflichtigen ausländischen Arbeitskräften* verharrte nach den August-Erhebungen mit 659000 praktisch auf jenem vor Jahresfrist. Bei den einzelnen Kategorien war indessen die Entwicklung unterschiedlich. So erhöhte sich die

Zahl der Grenzgänger um 11% und jene der Saisonarbeiter um 4%; als Folge des Bundesratsbeschlusses über die Begrenzung der Zahl der erwerbstätigen Ausländer vom 16. März 1970 ging dagegen der Bestand an Jahresaufenthaltern innert Jahresfrist um 3% zurück.

Ausgeprägt war der Nachfrageauftrieb im Bereich der *Investitionen*. Im Hinblick darauf, dass die Bauvorhaben zu Beginn des Berichtsjahres auf rund 18,6 Milliarden Franken veranschlagt wurden und damit die effektiven Bauaufwendungen des Jahres 1969 im Umfang von 14,2 Milliarden um 4,4 Milliarden Franken oder um rund 30% übertrafen, führte der Nachfrageüberhang zu einem sprunghaften Anstieg der Baupreise. Von den für das Berichtsjahr geplanten Bauten dürften nur rund 80% ausgeführt worden sein, während sich die Realisierungsquote im Jahre 1968 noch auf rund 90% belaufen hatte. In der rückläufigen Entwicklung dieser Verhältniszahl kommt die Anspannung am Bau- markt deutlich zum Ausdruck.

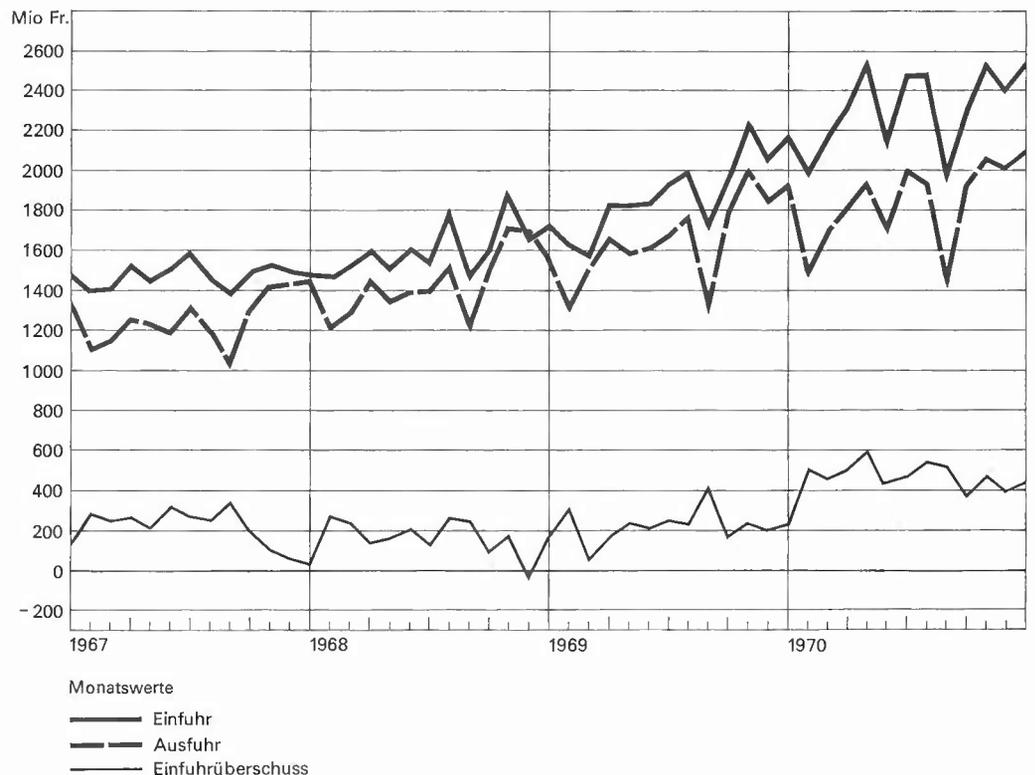
Der *Wohnungsbau* bewegte sich auf einem hohen Stand. Die Zahl der in Gemeinden mit über 2000 Einwohnern im 1. Halbjahr 1970 neuerstellten Wohnungen belief sich auf 21 800, verglichen mit 19 600 in der Parallelperiode des Vorjahres. Auch die Zahl der Ende Juni in diesen Gemeinden im Bau befindlichen Wohnungen war mit 53 600 rund 10% grösser als vor Jahresfrist.

Im Zusammenhang mit den Bemühungen, den zunehmenden Mangel an Arbeitskräften auszugleichen und die Produktivität zu steigern, nahmen die *Ausrüstungsinvestitionen* besonders stark zu. Ihr Zuwachs wird für 1970 auf real rund 12% geschätzt. Die neu installierten Maschinen und Apparate wurden zu einem erheblichen Teil aus dem Ausland eingeführt.

Während das Angebot an Bauleistungen durch den Rückgriff auf Lieferungen aus dem Ausland kaum vermehrt werden kann, wurde dasjenige an Verbrauchsgütern und industriellen Erzeugnissen durch Importe kräftig erhöht.

Der *Aussenhandel* dehnte sich wertmässig erneut stark aus. Die Importe stiegen gegenüber dem Vorjahr um 5139 Millionen auf 27 873 Millionen Franken, die Exporte um 2131 Millionen auf 22 140 Millionen Franken. Da die Einfuhr stärker als die Ausfuhr zunahm, erhöhte sich das *Defizit der Handelsbilanz* um 3008 Millionen auf 5 733 Millionen Franken. Der grössere Fehlbetrag ist jedoch nicht Ausdruck einer verminderten Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Industrie; er war vielmehr zur Hauptsache durch die stark vermehrten Importe von Rohstoffen, Halbfabrikaten und Investitionsgütern im Zusammenhang mit der Exportkonjunktur und dem Investitionsboom bedingt. Nahezu drei Viertel der Zunahme des Einfuhrüberschusses entfielen auf den Anstieg der genannten Einfuhrkategorien.

Handelsbilanz



Die Wachstumsrate der *Importe* erreichte 23%. Sie war zu rund zwei Dritteln mengenmässig und zu einem Drittel durch den Anstieg der Einfuhrpreise bestimmt. Die Zuwachssätze verlangsamten sich im Laufe des Jahres, was teilweise damit zusammenhing, dass die Einfuhr in der zweiten Hälfte 1969 einen besonders kräftigen Anstieg verzeichnet hatte.

Die geographische Gliederung der Importe zeigte folgendes Bild:

Die Warenbezüge aus der EWG nahmen um 23% zu, jene aus der EFTA um 24%, aus den übrigen europäischen Ländern um 21% und aus Übersee um 20%. Innerhalb des Gemeinsamen Marktes verzeichneten die Importe aus der Bundesrepublik Deutschland mit einer Zuwachsrate von 26% die kräftigste Ausdehnung. Im Bereich der EFTA wiesen alle Länder stärkere Lieferungen nach der Schweiz als im Vorjahr auf. Das Wachstum der Bezüge aus Grossbritannien stellte sich auf 18% und war damit kleiner als jenes der Importe aus den übrigen EFTA-Staaten.

Die *Exporte* nahmen gegenüber dem Vorjahr um 11% zu. Hievon entfielen 4% auf Preiserhöhungen und 7% auf die reale Steigerung der Ausfuhr. In der zweiten Jahreshälfte schwächte sich der Exportanstieg deutlich ab. Zum Teil war der Rückgang der Zuwachsraten durch die schon sehr hohen Exportwerte der entsprechenden Vorjahresperioden

bedingt. Daneben dürfte die erhöhte Inlandsnachfrage eine gewisse Rolle gespielt haben. Im wesentlichen war jedoch die geringe reale Zunahme der Warenausfuhr eine Folge des Mangels an Arbeitskräften.

Vom Mehrexport entfielen 1 304 Millionen Franken auf die Metall- und Maschinenindustrie, 424 Millionen auf die chemische Industrie, 134 Millionen auf die Textilindustrie und 214 Millionen auf die Nahrungsmittelindustrie.

Die Lieferungen in die Länder des Gemeinsamen Marktes waren um 10% grösser als im Jahre 1969, wobei an dieser Entwicklung alle EWG-Länder beteiligt waren. Der Absatz nach dem EFTA-Raum stieg um 13%, was insbesondere auf vermehrte Verkäufe nach Grossbritannien, Österreich und Schweden zurückzuführen war. Die Ausfuhr nach den übrigen europäischen Staaten dehnte sich um 18% aus. Die Exporte nach Übersee stiegen um 9%; die Lieferungen nach Japan wiesen einen Zuwachs um 19%, jene nach den USA hingegen einen solchen um nur 4% auf.

Bei der Beurteilung der Exportentwicklung darf nicht übersehen werden, dass schweizerische Exportfirmen, wie bereits erwähnt, ihren Produktionsapparat im Ausland laufend ausdehnen. Die Tendenz zur Verstärkung des Anteils der «unsichtbaren Einnahmen» in der Ertragsbilanz dürfte daher weiter anhalten.

Die sprunghafte Zunahme des Passivsaldo im Warenverkehr bewirkte, dass die Ertragsbilanz, die im Jahre 1969 noch einen rekordhaften Überschuss von 2,3 Milliarden Franken aufgewiesen hatte, im Berichtsjahr ungefähr ausgeglichen war. Der Dienstleistungsverkehr dürfte einen Aktivsaldo ergeben haben, der annähernd die gleiche Grössenordnung erreichte wie der Fehlbetrag des Aussenhandels.

Die Hochkonjunktur im In- und Ausland begünstigte auch den *Tourismus*. Die Zahl der Übernachtungen in Hotel- und Kurbetrieben erhöhte sich um 5,6%, verglichen mit 3,6% im Jahre 1969. Der Anstieg war bei den Auslandsgästen wesentlich grösser als bei den Inlandgästen. In der Zusammensetzung der Logiernächte nach Herkunft der Gäste traten Verschiebungen ein. Als Folge der Lockerung der Devisenrestriktionen verzeichnete die Besucherzahl aus England (+13%) eine besonders starke Zunahme.

Die Verkehrsentwicklung bei den *Schweizerischen Bundesbahnen* war 1970 durch eine merkliche Zunahme der Gütertransporte bei gleichzeitiger Stagnation des Personenverkehrs gekennzeichnet.

Die Produktion in den einzelnen Sektoren der *Landwirtschaft* wurde durch die Witterungsverhältnisse unterschiedlich beeinflusst. Im Pflanzenbau blieben die Ernterträge von Kartoffeln, Zuckerrüben, anderen Hackfrüchten, Kernobst und Rohfutter zum Teil erheblich unter jenen von 1969. Höhere Erträge lieferten dagegen namentlich der Wein-, Raps- und Getreidebau. Die Marktproduktion tierischer Erzeugnisse wies gegenüber dem Vorjahr keine Veränderung auf. Um die Einkommenslage der Landwirt-

schaft zu verbessern, wurden im Herbst u.a. die Produzentenpreise für die Milch heraufgesetzt. Nach vorläufigen Schätzungen des Schweizerischen Bauernsekretariates war der Endrohertrag mit 4 463 Millionen Franken 6,7% grösser als im Vorjahr, das wegen der Einschränkung der Milcherzeugung einen leichten Rückschlag aufgewiesen hatte.

Der *private Konsum* nahm durchschnittlich um 8,9% zu. Gegen Jahresende verzeichneten die Wachstumssätze allerdings einen rascheren Anstieg. Die Wertumsätze des Detailhandels, welche für den privaten Güterkonsum repräsentativ sind, lagen 7,4% über dem Vorjahresstand.

Die *öffentlichen Ausgaben* stiegen beträchtlich, wenn auch etwas weniger als im Jahre 1969. Nach provisorischen Schätzungen (Nationale Buchhaltung) nahmen die laufenden Ausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie der öffentlichen Sozialversicherungen um 9,5% zu, verglichen mit 10,3% im Vorjahr. Der Anstieg entfiel ziemlich gleichmässig auf Mehrausgaben des Bundes, der Kantone und der Gemeinden. Im Finanzvoranschlag des Bundes für 1970 war im Vergleich zur Rechnung für 1969 eine Erhöhung der Ausgaben um 513 Millionen oder um 7,3% auf 7 594 Millionen Franken und der Einnahmen um 463 Millionen oder 6,5% auf 7 571 Millionen vorgesehen.

Für 1971 ist beim Bund mit einer beschleunigten Ausgabensteigerung zu rechnen. Im Budget (Finanzvoranschlag) für das Jahr 1971 sind die Ausgaben auf 8 609 Millionen Franken und die Einnahmen auf 8 517 Millionen veranschlagt, so dass der budgetierte Ausgabenüberschuss 92 Millionen beträgt. Im Vergleich zum Budget 1970 ergibt dies eine Erhöhung der Ausgaben, einschliesslich der Kantonsanteile an den Bundeseinnahmen, um 1 015 Millionen Franken oder rund 13% und der Einnahmen um 946 Millionen oder rund 12%. Eine Zunahme der Ausgaben des Bundes um 13% ist geeignet, die konjunkturelle Lage zu verschärfen. Auch bei der Gesamtheit der Kantone und Gemeinden sind stärkere Ausgabensteigerungen und höhere Defizite zu erwarten.

Die *Lohnentwicklung* stand im Zeichen des Mangels an Arbeitskräften. Die vermehrte Abwerbung von Arbeitern, die sich durch die Bestimmungen des Bundesratsbeschlusses vom 16. März über die Begrenzung der Zahl der erwerbstätigen Ausländer offenbar noch verstärkte, beschleunigte den Anstieg des allgemeinen Lohnniveaus. Daneben machte sich auch der Einfluss des Lohnauftriebs im Ausland geltend. Die Wachstumsrate der Lohnsätze in Industrie und Baugewerbe verzeichnete Ende 1970 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresstand ungefähr eine Verdoppelung; der Anstieg war stärker als je seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Noch kräftiger als die Lohnsätze, welche den effektiven Lohnanstieg nicht vollständig widerspiegeln, erhöhten sich die durchschnittlichen Stundenverdienste.

Inwieweit die Steigerung der Lohnkosten je Produktionseinheit jene in den wichtigsten Konkurrenz- und Absatzländern bereits erreicht hat und in welchem Umfang sie

die Selbstfinanzierungskraft der Wirtschaft beeinträchtigt, lässt sich heute gesamthaft noch kaum feststellen. In anderen Ländern zeigt sich jedenfalls bereits, dass die als Folge der Lohnsteigerung eingetretene Verminderung der Finanzierungskraft der Unternehmen im Begriffe ist, die Investitionsneigung zu verringern.

Bei den Preisen verzeichnete der *Grosshandelsindex* Ende März 1970 mit 5,9% seinen stärksten Anstieg gegenüber dem entsprechenden Zeitpunkt des Vorjahres. In der Folge ging die Steigerungsrate sukzessive zurück. Ende Dezember stellte sie sich noch auf 2,1% und sank damit deutlich unter die Zuwachsrate vom Vorjahr. Das Nachlassen der Auftriebstendenz war auf die Bewegung der Preise für Importwaren zurückzuführen.

Die *Konsumentenpreise*, die dem Konjunkturanstieg mit zeitlichem Abstand folgen, weil die Preise von Verbrauchsgütern und gewissen Dienstleistungen in der Regel erst als letzte vom Preisauftrieb voll erfasst zu werden pflegen, zeigten vom Mai an eine beschleunigte Erhöhung. In den ersten vier Monaten lag der Index der Konsumentenpreise 2 bis 2½% über dem Stand vor Jahresfrist; Ende August belief sich die Teuerungsrate auf 4%, und Ende Dezember erreichte sie 5,4%. Dies ist die seit Jahrzehnten stärkste Steigerung.

Währungsreserven und Devisenmarkt

Die *Währungsreserven* der Nationalbank (Goldbestand, Devisen und ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken) erhöhten sich von 19 078 Millionen Franken Ende 1969 auf 22 113 Millionen Ende 1970. Werden von diesen Beständen die mit den Banken über den Jahresultimo gewapten Dollars abgezogen, so ergab sich im Jahresverlauf ein Zuwachs um 1 647 Millionen auf 17 319 Millionen Franken Ende 1970. Bei einer ungefähr ausgeglichenen Ertragsbilanz lässt diese Zunahme auf einen Nettoimport von Kapital schliessen.

Der Anstieg der Währungsreserven widerspiegelte sich vor allem in einer Erhöhung des Bestandes an Dollars. Der Goldvorrat nahm ebenfalls, jedoch nur leicht, zu. Keine Veränderung wies der Bestand an ausländischen Schatzanweisungen in Schweizerfranken (1 851 Millionen Franken) auf.

Der *Goldbestand* stieg durch Umwandlungen von Dollars in Gold im Gegenwert von 386 Millionen Franken bei ausländischen Währungsbehörden auf 11 821 Millionen Franken.

Der *Devisenbestand* belief sich Ende 1969 auf 5 793 Millionen Franken, wovon 3 406 Millionen auf Jahresendswaps mit den Banken entfielen. Die Auflösung dieser Dollar-Franken-Swaps, eine Umwandlung von Dollars in Gold sowie Devisenabgaben an die Bundesverwaltung bewirkten in den ersten Wochen des Berichtsjahres einen namhaften Abbau des Devisenvorrates. Am 23. Februar wurde dieser mit 1 452 Millionen Franken ausgewiesen, was den Jahrestiefststand bedeutete. Der nachfolgende Anstieg

war, wenn die Swaps mit den Banken an den Quartalsenden ausser acht gelassen werden, hauptsächlich auf definitive Dollarverkäufe der Banken an die Nationalbank zurückzuführen. Die Banken traten Dollars im Gegenwert von insgesamt rund 3 Milliarden Franken ab. Diesen Devisenzuflüssen standen Dollarausgänge für Goldkäufe sowie für den Erwerb von Drittwährungen gegenüber. Ende November stellte sich der Devisenbestand auf 3734 Millionen Franken; die Zunahme seit dem 23. Februar belief sich auf 2282 Millionen. Im Dezember erfuhr der Bestand an Dollars eine weitere sprunghafte Erhöhung um 4707 Millionen auf 8441 Millionen Franken. Vom letzteren Betrag entfielen 4794 Millionen Franken auf Ultimotransaktionen mit den Banken.

Am schweizerischen *Devisenmarkt* waren im Berichtsjahr keine hektischen Entwicklungen zu verzeichnen. Die Kursbewegungen des amerikanischen Dollars in der Schweiz widerspiegelten im wesentlichen die Entwicklungen am schweizerischen Geldmarkt. Die wiederholten Heimschaffungen von Auslandsanlagen bewirkten eine vorübergehende Abschwächung des Dollarkurses. Dieser fiel indessen jeweils nur für kurze Zeit auf den Ankaufskurs der Nationalbank von 4.29½. Zu Dollarabgaben an den Markt sah sich die Notenbank nicht veranlasst.

Der schweizerische *Goldmarkt* war bis zum Spätsommer durch eine bemerkenswerte Preisstabilität gekennzeichnet. Mitte Januar wurde in Zürich von den Grossbanken ein Ankaufspreis von 34.75 Dollar je Feinunze notiert, womit der offizielle Preis für monetäres Gold von 35 Dollar je Feinunze leicht unterschritten wurde. Nach einer Befestigung auf 36.20 Dollar Anfang Mai schwächte sich der Preis auf 35.20 Dollar im August ab. Von Ende des Monats an zeigte er wieder steigende Tendenz, die im Oktober in einen sprunghaften Anstieg überging. Der Goldpreis erreichte gegen Ende des Monats einen Jahreshöchststand von 39.25 Dollar je Feinunze. Zu einem saisonal erhöhten Bedarf an Industriegold kam eine spekulative Nachfrage hinzu, die jedoch rasch wieder erlahmte. Der Goldpreis ging zurück, und am Jahresende wurde ein Ankaufspreis von 37.35 Dollar je Feinunze notiert.

Geld- und Kapitalmarkt

Über die Verhältnisse am *Geldmarkt* vermittelt die Entwicklung der Giro Guthaben der Wirtschaft bei der Nationalbank, die zur Hauptsache Forderungen der Banken darstellen, wichtige Aufschlüsse. Aus der Tatsache, dass diese Gelder im Januar und Februar sowie im April in der Regel den Vorjahresstand unterschritten, während sich gleichzeitig die Verbindlichkeiten der Kreditinstitute stark ausweiteten, geht die angespannte inländische Liquidität der Banken während dieser Monate deutlich hervor. Die Banken erhöhten daher in der Folge durch grössere Dollarverkäufe an die Nationalbank ihre Giro Guthaben erheblich, so dass diese von Mitte Mai bis Jahresende wieder über dem Niveau des Vorjahres lagen.

In der zweiten Jahreshälfte verminderte sich mit dem Rückgang der Zinssätze am Euromarkt und dem gleichzeitig eingetretenen Anstieg des inländischen Zinsniveaus allmählich die Sogwirkung, die dieser Markt bisher ausgeübt und die massgeblich zur Verknappung des schweizerischen Geldmarktes beigetragen hatte.

Neben den Geldbewegungen über die Grenze waren die Entwicklung des Bundeskontos (einschliesslich der Guthaben der Postcheckverwaltung) bei der Nationalbank, die Beanspruchung des Nationalbankkredites und die Entwicklung des Notenumlaufs als Bestimmungsgründe der Geldmarktverfassung von relativ geringer Bedeutung.

Der *Bund* unterhielt im Jahresmittel ansehnliche Guthaben bei der Nationalbank. In den Perioden, in denen er über besonders hohe flüssige Mittel verfügte, tätigte er durch Vermittlung der Notenbank wiederholt kurzfristige zinstragende Anlagen, hauptsächlich bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich. Die Nationalbank trat dem Bund ausserdem verschiedentlich kursgesicherte Dollarguthaben zur vorübergehenden Anlage flüssiger Gelder ab.

Die Beanspruchung des *Notenbankkredites* war als Folge der restriktiveren Politik der Nationalbank bescheiden. Für Zwecke der Ultimofinanzierung wurde davon in geringerem Umfange Gebrauch gemacht als im Vorjahr.

Der Bestand an *Inlandwechseln* (einschliesslich der Schatzanweisungen des Bundes) des Noteninstituts sank daher von 203 Millionen Franken im Jahresmittel 1969 auf 144 Millionen im Durchschnitt des Berichtsjahres. Wie üblich gaben die Grossbanken über die Quartalsenden hauptsächlich BIZ-Wechsel für einige Tage in Pension. Ausserdem nahm die Nationalbank kleinere Beträge an *Schatzanweisungen* des Bundes sowie an Handels- und Pflichtlagerwechseln herein. Unter Ausklammerung der an den Monatsenden erreichten Bestände verharrte der durchschnittliche Umfang der Inlandwechsel ungefähr auf dem Vorjahresbetrag.

Der Bestand an *Pflichtlagerwechseln* im Portefeuille der Nationalbank erhöhte sich von 74 Millionen im Jahresmittel 1969 auf 87 Millionen im Berichtsjahr. Ende 1970 bestanden 2881 Lagerverträge, wobei der Wert der eingelagerten Waren 2113 Millionen Franken betrug, verglichen mit 2864 Lagerverträgen und einem Warenwert von 2143 Millionen Franken im Vorjahr. Der Betrag an Pflichtlagerwechseln im Portefeuille der Banken stellte sich Ende 1970 auf 1282 Millionen Franken.

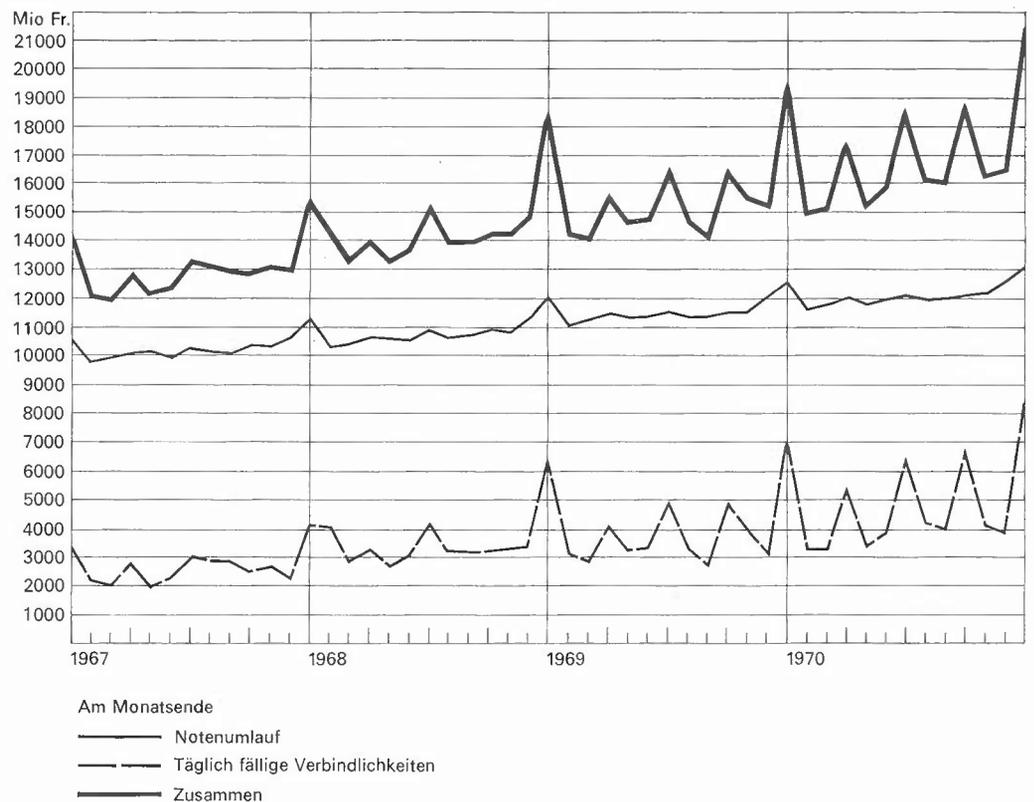
Die *Lombardvorschüsse* gingen ungefähr im gleichen Verhältnis zurück wie die Diskontkredite. Sie beliefen sich auf 47 Millionen im Jahresdurchschnitt 1970 gegenüber 71 Millionen im Jahre 1969. Ohne Ultimokredite war der Rückgang von 45 Millionen auf 18 Millionen Franken noch ausgeprägter.

Im Rahmen von Ultimooperationen reichten die Banken der Nationalbank *Sterilisierungsreskriptionen* im Betrage von 238 Millionen Franken ein, verglichen mit 407

*Notenumlauf und
täglich fällige
Verbindlichkeiten*

Millionen im Jahr 1969. Ende 1970 standen noch 313 Millionen dieser 1960 zur Bindung überschüssiger Marktmittel bei den Banken plazierte Reskriptionen aus, 5 Millionen weniger als ein Jahr zuvor.

Der *Notenumlauf* nahm im Jahresdurchschnitt um 4,7% zu. Die Zuwachsrate erreichte im Jahre 1969 6,5% und im Jahre 1968 5,6%. Im Verhältnis zum Wachstum des nominellen Sozialprodukts ist die Zunahme also geringer geworden. Die höheren Zinssätze dürften wesentlich zu einer Verminderung der Kassahaltung beigetragen haben. Am 31. Dezember 1970 betrug der Notenumlauf 13106 Millionen Franken oder 588 Millionen mehr als Ende 1969.



Das schweizerische *Zinsniveau* stieg im Berichtsjahr weiter an. Satzerhöhungen waren zunächst in allen Sektoren des Geld- und Kapitalmarktes festzustellen. Im Sommer kam der Zinsanstieg in einzelnen Markt Bereichen zum Stillstand oder wurde teilweise sogar von Satzermässigungen abgelöst. In anderen Sektoren dauerte er jedoch fort.

Die Nationalbank sah sich nicht zu einer Erhöhung ihrer *offiziellen Sätze* veranlasst. Der *Diskontsatz* blieb somit auf dem seit dem 15. September 1969 geltenden Niveau von 3%; der Lombardzinsfuß betrug weiterhin 4%. Die Banken setzten den *Privatdiskont-*

satz, zu dem sie Bankakzepte und erstklassige Handelswechsel übernehmen, im März um $\frac{1}{2}\%$ auf $5\frac{1}{4}\%$ herauf. Die *Spezialdiskontsätze für Pflichtlagerwechsel* blieben unverändert. Der Satz für Lebens- und Futtermittellager beträgt seit dem 11. November 1969 $3\frac{3}{4}\%$, der Satz für andere Pflichtlager 4% .

Der *Callgeldsatz* lag in Zürich bis Mitte Mai meist zwischen 4 und 5% ; alsdann bewegte er sich in der Regel um 2% herum, wobei er an den Monatsenden jeweils anstieg. Die Grossbanken erhöhten im März die Zinsvergütung für *Dreimonatsdepots* in Zürich von 5 auf $5\frac{1}{2}\%$. Anfang November wurde der Satz um $\frac{1}{4}\%$ reduziert, nachdem die Rendite von Anlagen in Schweizerfranken am Euromarkt im Oktober für kurze Zeit unter den Satz von $5\frac{1}{2}\%$ gefallen war.

Die *Verzinsung von Schatzanweisungen des Bundes* wurde bei Erneuerung der Titel der allgemeinen Satzentwicklung angepasst. Die am 15. Oktober 1970 ausgegebenen Titel wurden zu $4\frac{1}{8}\%$, $4\frac{1}{4}\%$ bzw. $4\frac{3}{8}\%$ für Laufzeiten von 1 Jahr, $1\frac{1}{2}$ bzw. 2 Jahren verzinst. Ein Jahr zuvor waren die fällig werdenden Schatzanweisungen zu um $\frac{3}{8}\%$ niedrigeren Sätzen erneuert worden. Am 31. Dezember 1970 standen solche Bundestitel im Betrag von 860 Millionen Franken aus, 27 Millionen weniger als im Vorjahr.

Die Zinssätze auf *Kassenobligationen* wurden von den Banken im Einverständnis mit der Nationalbank im März um $\frac{1}{4}\%$ erhöht. Diese Anpassung genügte aber nicht, um die Kassenobligationen wieder attraktiver zu machen. Im September stimmte deshalb die Nationalbank einer Verbesserung des Zinsfusses um nochmals $\frac{1}{4}\%$ zugunsten der Anleger zu. Diese Satzerhöhung und die Entspannung der Lage am Kapitalmarkt hatten in den letzten Monaten 1970 eine Belebung des Zuflusses von Kassenobligationengeldern zu den Banken zur Folge. Auch die Konversionsquoten fälliger Titel verbesserten sich. Ende des Berichtsjahres vergüteten die Grossbanken und Kantonalbanken für Laufzeiten von 3 und 4 Jahren $5\frac{1}{2}\%$ und für längerfristige Kassenobligationen $5\frac{3}{4}\%$. Ein wesentlicher Teil der meldepflichtigen Lokalbanken zahlte $\frac{1}{4}\%$ mehr.

Um $\frac{1}{4}\%$ wurde in der Regel der *Zinssatz auf Spareinlagen* heraufgesetzt. Die meisten Kantonalbanken vergüteten ihren Kunden $3\frac{3}{4}\%$ bis 4% , die Grossbanken sowie die Lokalbanken und Sparkassen im allgemeinen 4% .

Die *Aktivsätze* der Banken stiegen beträchtlich an. Nach den Erhebungen der Nationalbank lagen sie im Oktober 1970 im allgemeinen $\frac{1}{2}\%$ über dem Stand vor Jahresfrist. Im einzelnen zeigte sich folgendes Bild:

Häufigste Zinssätze
in Prozent

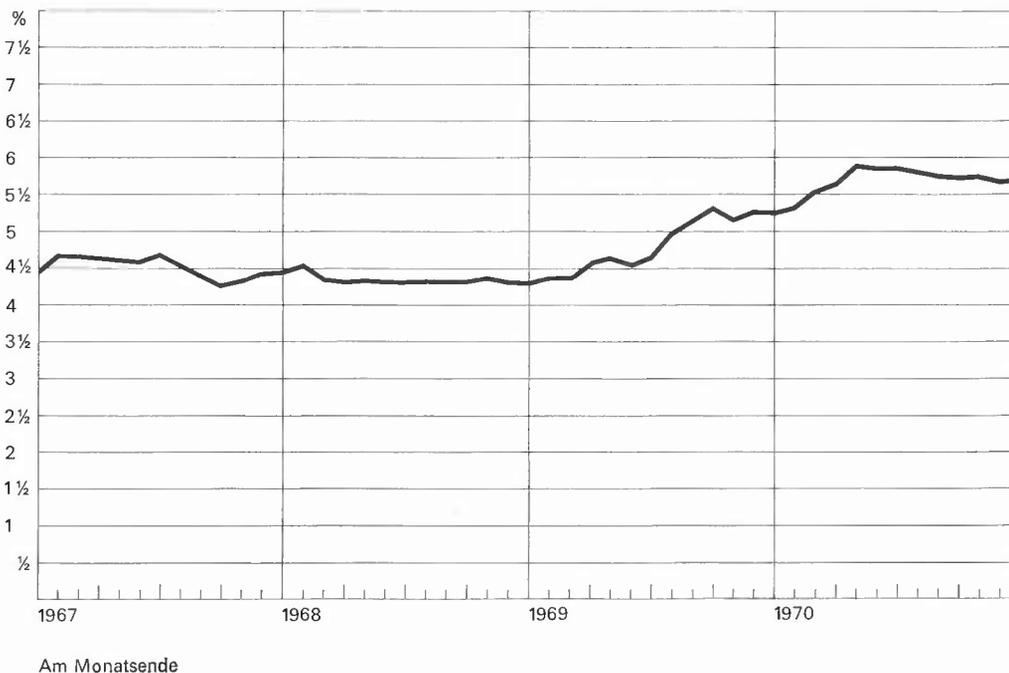
	Oktober 1969	Oktober 1970
Debitorenrechnungen ¹		
Blankokredite		
Grossbanken	5½–5¾	6 –6¼
Lokalbanken	5¾–6	5¾–6½
Gedeckte Kredite		
Kantonalbanken	4½–5½	5 –6¼
Grossbanken	4¾–5¾	5¾–6
Lokalbanken	4¾–5¾	5¼–6¼
Baukredite		
Kantonalbanken	4¾–5½	5¼–6
Grossbanken	5 –5½	5½–6
Lokalbanken	5 –5¾	5½–6¼
Erste Hypotheken		
Allgemeiner Wohnungsbau		
Bestehende Darlehen		
Kantonalbanken	4½–5	4¾–5¼
Grossbanken	4¾–5¼	5 –5¾
Lokalbanken	4¾–5	5 –5½
Sparkassen	4¾–5	5 –5¼
Neue Darlehen		
Kantonalbanken	4¾–5¼	5 –5¾
Grossbanken	4¾–5	5¼–5¾
Lokalbanken	5 –5¼	5½–6
Sparkassen	5 –5¼	5¼–5¾

¹ Zu den Zinssätzen für Debitoren kam noch eine gleichgebliebene Kommission von ½ bis 1% per annum hinzu

Die Rendite der eidgenössischen Obligationen stieg von 5,25% Ende 1969 auf 5,92% im Juli und ermässigte sich alsdann auf 5,70% am Ende des Berichtsjahres. Die Rendite kantonaler Obligationen nahm folgenden Verlauf: 5,42% Ende 1969, 6,06% Ende Juni 1970 und 5,94% Ende Dezember 1970.

Die Lage am Emissionsmarkt war im Berichtsjahr zeitweise sehr angespannt. Einerseits nahm der Kapitalbedarf der Wirtschaft infolge der expandierenden Investitionstätig-

*Rendite schweizerischer
Staatswerte*



keit zu, was sich u. a. in den kräftig erhöhten Anmeldungen bei der mit der Emissionskontrolle betrauten Kommission zeigte. Andererseits hielten sich die Anleger in Erwartung weiterer Zinssatzsteigerungen und im Hinblick auf die hohen Renditen ausländischer Anlagen auf dem schweizerischen Markt zurück.

Die Folge dieser Konstellation war ein wesentlicher Anstieg des Zinsniveaus. Zu Beginn des Berichtsjahres konnten erstklassige Emittenten wie Kantone, Kantonalbanken und Grossbanken noch Anleihen mit einem Zinssatz von 5½% plazieren, wobei allerdings der Emissionskurs meist leicht unter pari lag. Im März wurde der Zinssatz für diese Kategorie von Emittenten auf 5¾% erhöht, und schon Anfang Mai kam die erste Kantonalbank mit einer 6% Anleihe heraus. Diese Zinssatzsteigerung erfolgte, obwohl die für die Regulierung des Emissionsmarktes zuständige Kommission der Bankiervereinigung die Anmeldungen neuer Emissionen stark kürzte und die drei im Emissionsgeschäft führenden Grossbanken im Einvernehmen mit der Nationalbank auf die Auflage ausländischer Obligationen verzichteten. Im Juni kam es zu einer weiteren Erhöhung des Zinssatzes für kantonale Obligationen auf 6¼%. Die Entspannung am Kapitalmarkt im 2. Halbjahr gestattete in verschiedenen Fällen wieder eine Reduktion des Zinsfusses auf 6%; bei zahlreichen Emissionen wurde der Ausgabekurs heraufgesetzt. Kraftwerke, kleinere Städte und Gemeinden mussten ihre Anleihen im letzten Quartal des Berichtsjahres in der Regel mit einem Zinssatz von 6½% bei einem Emissionskurs unter pari ausstatten.

Der Kapitalmarkt wurde im Berichtsjahr in geringerem Ausmass als 1969 durch die öffentliche Emission von Aktien und ausländischen Obligationen beansprucht. Inländische Anleihen kamen hingegen vermehrt zum Zuge. Insgesamt wurden 122 *schweizerische Obligationenanleihen* im Emissionswert von 3 680 Millionen Franken aufgelegt gegenüber 91 Anleihen im Betrag von 3 332 Millionen im Vorjahr. Nach Abzug der Konversionen

Emissionstätigkeit

Beträge in Millionen Franken

Emittenten	Anzahl	Emissionswert	Konversionen	Neubeanspruchung	Rückzahlungen	Nettobeanspruchung	
	1970					1970	1969
<i>Schweizerische Obligationenanleihen</i>							
Bund	2	416,7	305,0	111,7	178,1	– 66,4	186,4
Kantone	17	496,6	83,0	413,6	9,0	404,6	280,4
Gemeinden	19	242,4	18,6	223,8	–	223,8	136,3
Kraftwerke	18	511,2	156,5	354,7	29,5	325,2	454,1
Industrie	6	61,9	5,2	56,7	68,0	– 11,3	89,5
Handel, Vermittlung	1	1,0	–	1,0	–	1,0	69,9
Banken	31	1 077,9	76,0	1 001,9	–	1 001,9	564,3
Pfandbriefzentralen	9	408,5	124,0	284,5	–	284,5	216,1
Holdinggesellschaften	14	371,5	10,0	361,5	5,0	356,5	188,6
Übrige	5	92,3	1,2	91,1	4,7	86,4	79,6
Total	122	3 680,0	779,5	2 900,5	294,3	2 606,2	2 265,2
<i>Ausländische Obligationenanleihen</i>							
Total	18	865,5	60,0	805,5	357,5	448,0	741,6
<i>Schweizerische Aktienemissionen</i>							
Kraftwerke	–	–	–	–	–	–	85,6
Industrie	13	222,8	–	222,8	3,5	219,3	156,7
Handel, Vermittlung	2	4,3	–	4,3	–	4,3	5,2
Banken	17	129,9	–	129,9	–	129,9	466,2
Holdinggesellschaften	11	108,6	–	108,6	6,6	102,0	6,5
Versicherungsgesellsch.	–	–	–	–	–	–	11,6
Übrige	11	78,6	–	78,6	14,8	63,8	73,6
Total	54	544,2	–	544,2	24,9	519,3	805,4
Gesamttotal	194	5 089,7	839,5	4 250,2	676,7	3 573,5	3 812,2

von 780 Millionen (1969: 992 Millionen) und der Rückzahlungen von 294 Millionen (75 Millionen) ergab sich eine Nettobeanspruchung des Marktes durch inländische Anleihen von 2606 Millionen Franken (2265 Millionen).

Ferner wurden 54 öffentliche *Aktienemissionen* im Emissionswert von 544 Millionen Franken (1969: 820 Millionen) registriert. Die Rückzahlungen an den Kapitalmarkt betragen 25 Millionen Franken (15 Millionen), so dass die Nettobeanspruchung mit 519 Millionen nur rund zwei Drittel des Vorjahresvolumens (805 Millionen) erreichte.

Der *Bund* gab drei Anleihen aus, wovon zwei mit öffentlicher und eine mit nicht-öffentlicher Emission. Die erste, im April öffentlich aufgelegte Anleihe im Nominalbetrag von 320 Millionen Franken, von denen 200 Millionen der Konversion der 3% Eidg. Anleihe 1952 dienen, war mit einem Zinssatz von 5½% und einem Emissionskurs von 98,6% inklusive Stempel (Nettorendite 5,69%) ausgestattet und hatte eine Laufzeit von 10 Jahren. Sie konnte nur mit Mühe untergebracht werden. Nicht öffentlich wurde eine 5¾% Anleihe von 100 Millionen Franken zum Ausgabekurs von 98% inklusive Stempel plziert mit einer Laufzeit von ebenfalls 10 Jahren (Nettorendite 6,02%). Diese Anleihe ersetzte zum Teil die per 30. Juni zurückbezahlten 4% Eidg. Kassascheine 1965 von 150 Millionen Franken. Im November gab der Bund eine 5¾% Anleihe mit einem Emissionskurs von 98,75% inklusive Stempel und einer Laufzeit von 9 Jahren (Nettorendite 5,93%) im Betrag von 105 Millionen Franken aus. Sie diente der Konversion der 4½% Eidg. Kassascheine 1966 von 120 Millionen Franken und hatte einen guten Erfolg.

Der Anteil der *ausländischen Anleihen* am Emissionsvolumen ging stark zurück. Die Nettobeanspruchung des Marktes durch solche Begebungen nahm von 742 Millionen Franken im Jahr 1969 auf 448 Millionen im Berichtsjahr ab.

Durch die öffentliche Emission von in- und ausländischen Anleihen und schweizerischen Aktien wurde der Kapitalmarkt netto mit insgesamt 3574 Millionen Franken beansprucht, gegenüber 3812 Millionen im Jahre 1969. In der obigen Tabelle sind die öffentlichen Emissionen schweizerischer Titel nach verschiedenen Kategorien von Emittenten gegliedert.

Ver mehrt wurden Anleihen nicht öffentlich begeben, nämlich für 501 Millionen Franken im Berichtsjahr, gegenüber 269 Millionen im Jahre 1969.

Die gemäss Artikel 8 des Bankengesetzes *bewilligungspflichtigen Kredite an das Ausland* erreichten 2260 Millionen Franken gegenüber 2334 Millionen im Vorjahr. Ferner plzierten schweizerische Banken mittelfristige Zertifikate von im Ausland domizilierten Unternehmen im Wert von 1769 Millionen Franken, im Vergleich zu 2207 Millionen Franken im Vorjahr. 1549 Millionen wurden an ausländische (Vorjahr 1989 Millionen) und 220 Millionen an inländische Kunden (Vorjahr 218 Millionen) abgegeben. Die Titel lauteten grösstenteils auf Dollars.

Der *Ausgleichsfonds der AHV* erhöhte 1970 seine festen Anlagen noch um 159 Millionen Franken, verglichen mit 189 Millionen im Vorjahr. Die Anlagen bei den Gemeinden, Kantonen und Kantonalbanken stiegen um 120 Millionen; bei den Pfandbriefinstituten blieben sie nahezu unverändert. Im Hinblick auf bevorstehende Auszahlungen legte er 178 Millionen Franken kurzfristig bei Banken an. Der Zuwachs des Fondsvermögens blieb wiederum hinter dem Zinsertrag zurück, da die Rentenzahlungen und Verwaltungskosten die Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber sowie der öffentlichen Hand weiterhin überstiegen.

Die Ausweitung der *Bankbilanzen* verlangsamte sich in den ersten elf Monaten des Berichtsjahres. Auf das Jahresende hin stiegen die Bilanzsummen einzelner massgebender Institute wieder sehr stark an. Diese Entwicklungen hingen wesentlich mit Änderungen in der Verbuchung von Treuhandgeschäften zusammen, welche die Kreditinstitute für Rechnung ihrer Kundschaft am Euromarkt tätigten. Die Eidgenössische Bankenkommission befasste sich mit dieser Angelegenheit. Um eine Vereinheitlichung der Bilanzierungsmethoden zu erreichen, erteilte sie Anfang Dezember 1970 den bankengesetzlichen Revisionsstellen die Weisung, dass alle Treuhandgeschäfte in die Bilanzen aufzunehmen seien. Den Instituten wurde für die Umstellung ihrer Buchhaltung eine Anpassungsfrist bis Ende 1971 eingeräumt. Massgebende Banken nahmen die Anpassung aber schon in den Jahresschlussbilanzen 1970 vor, was den erwähnten starken Anstieg der Bilanzsummen der betreffenden Banken im letzten Monat des Berichtsjahres erklärt. Die Treuhandgeschäfte wurden dabei allerdings teils als separate Posten unter den Passiven und den Aktiven ausgewiesen, teils auf der Passivseite unter den Kreditoren auf Zeit bzw. auf der Aktivseite der Bilanzen unter den Bankendebitoren und den Ausleihungen. Angesichts dieser uneinheitlichen Verbuchungspraxis sind die nachfolgenden Zahlen über die Ausweitung der Bilanzen der 72 monatlich berichtenden Banken im Berichtsjahr und die Hinweise auf den Auslandstatus der Banken mit den entsprechenden Vorbehalten zu beurteilen.

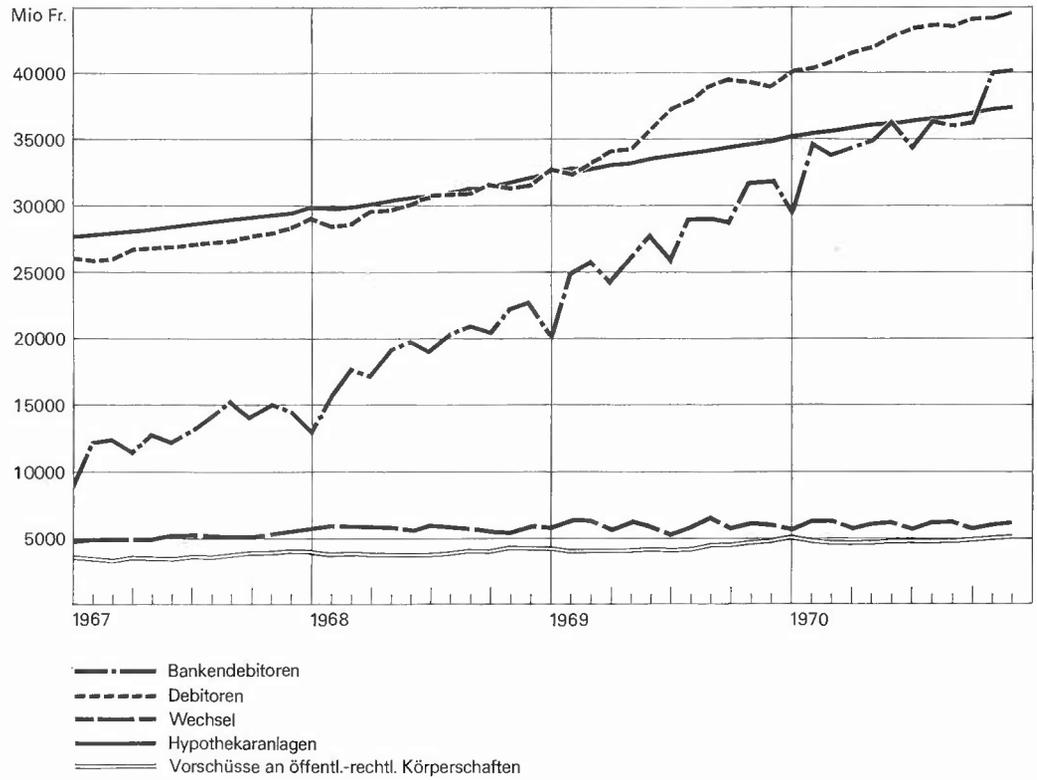
Die *Bilanzsumme der 72 Banken* nahm um 25,7 Milliarden oder 19,2% auf 195,6 Milliarden Franken zu, während sie im Vorjahr um 22,0 Milliarden oder 19,7% gewachsen war.

Der Zuwachs des *gesamten Kreditvolumens* (Debitoren, Vorschüsse an öffentlich-rechtliche Körperschaften und Hypothekaranlagen), der im Jahre 1969 10,6 Milliarden Franken oder 15,3% erreicht hatte, ging im Berichtsjahr auf 8,7 Milliarden oder 10,8% zurück. Bei weitem am stärksten verlangsamte sich der Anstieg der Debitoren, welche vor Einführung der Kreditzuwachsbeschränkung im September 1969 eine ungewöhnlich kräftige Zunahme aufgewiesen hatten. Das Wachstum dieser Kredite nahm von 7,3 Milliarden oder 22,4% auf 6,2 Milliarden oder 15,5% ab. Die Hypothekaranlagen,

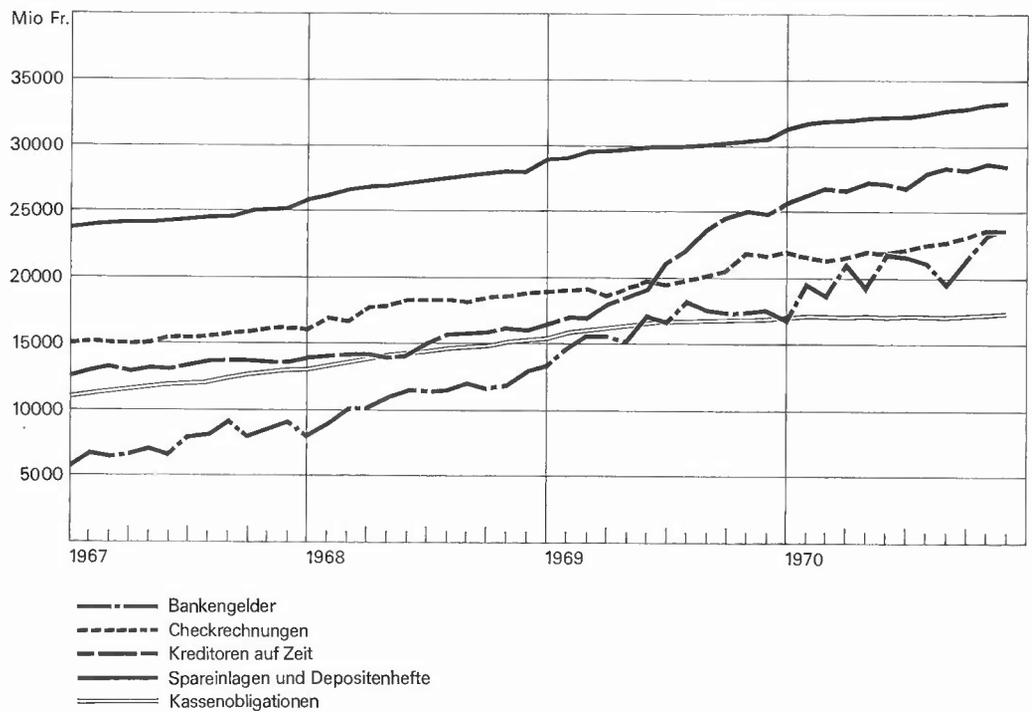
Bankbilanzen

72 Banken

Aktiven



Passiven



welche als langfristige Kredite eine kontinuierlichere Entwicklung aufweisen, wurden um 2,3 Milliarden Franken oder um 0,3 Milliarden weniger ausgeweitet als im Jahre 1969; ihr Zuwachs verringerte sich von 8,2% auf 6,6%.

Der Anstieg der im *Inland verwendeten Kredite*, die seit dem 1. August 1969 der Kreditzuwachsbeschränkung unterliegen, gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit ist von 12,5% im Januar 1970 auf 7,4% im Dezember zurückgegangen.

Die Verlangsamung der Kreditexpansion hatte eine Verminderung der Geldschöpfung und damit eine Abnahme des Zuflusses an Publikumsgeldern zu den Banken zur Folge. In der gleichen Richtung wirkte das Verschwinden des Ertragsbilanzüberschusses, der im Vorjahr die liquiden Mittel der Unternehmen alimentiert hatte.

Der Zuwachs der *gesamten fremden Gelder* bei den 72 monatlich berichtenden Banken war indessen mit 20,2 Milliarden Franken oder 16,4% kaum weniger hoch als im Vorjahr, als sich die Zunahme auf 20,3 Milliarden Franken oder 19,7% belaufen hatte. Das war darauf zurückzuführen, dass die Verringerung des Zugangs an Publikumsgeldern durch einen kräftigeren Anstieg der Bankengelder und durch vermehrte Geldaufnahmen der Banken am Kapitalmarkt ausgeglichen wurde.

Was die einzelnen Komponenten der fremden Gelder anbelangt, stellte sich die Ausdehnung der Bankenkreditoren auf 6,0 Milliarden Franken, verglichen mit 3,4 Milliarden im Vorjahr. Die Checkrechnungen und Sichtkreditoren erhöhten sich um 3,6 Milliarden Franken, gegenüber 3,0 Milliarden im Jahre 1969. Die Kreditoren auf Zeit stiegen noch um 6,1 Milliarden Franken, im Vergleich zu 9,1 Milliarden im Vorjahr.

Der Zufluss von Spareinlagen sowie von Einlagen auf Depositen- und Einlageheften nahm zusammen von 2,5 Milliarden auf 2,8 Milliarden zu. Dagegen verringerte sich der Zugang von Kassenobligationengeldern von 1,6 Milliarden auf 0,6 Milliarden Franken. Der Bestand an Obligationenanleihen und Pfandbriefdarlehen erhöhte sich um 1,2 Milliarden Franken, nachdem sich der Anstieg im Jahre 1969 auf rund 640 Millionen belaufen hatte. Manche Bank stand zeitweise vor Konsolidierungsproblemen, weil der verringerte Zufluss an mittel- und langfristigen Geldern die Überführung von Baukrediten in Hypothekaranlagen bzw. die Ablösung von Baukrediten durch Hypothekarinstitute erschwerte.

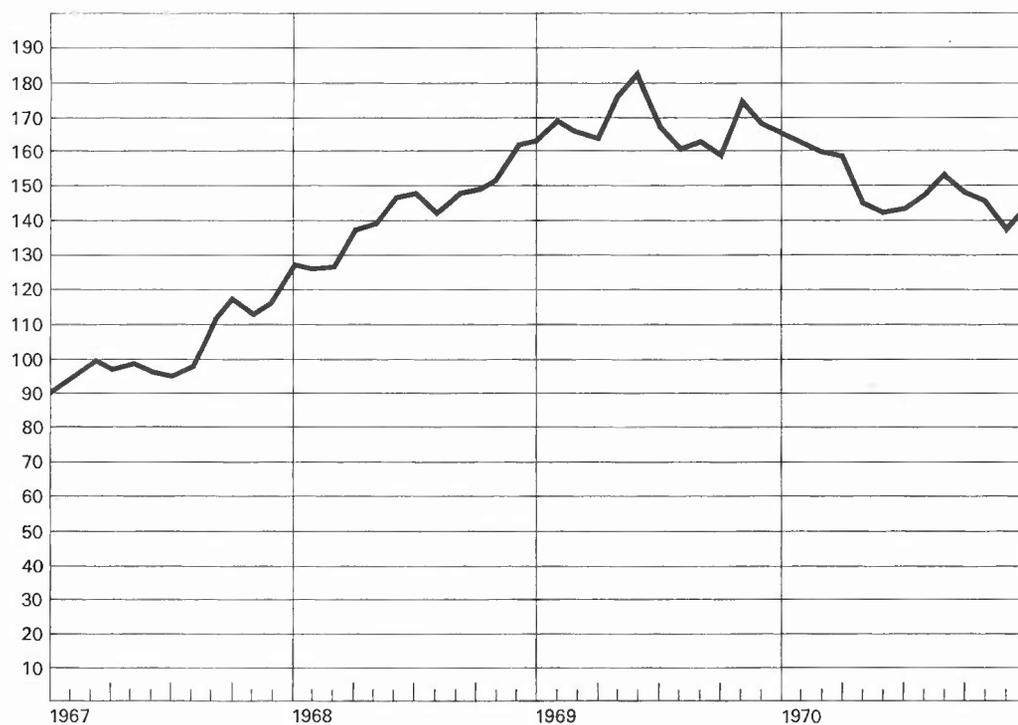
Die *Auslandverflechtung des schweizerischen Bankensystems* verstärkte sich im Berichtsjahr weiter. Die Auslandsverbindlichkeiten der Banken stiegen von Ende September 1969 bis Ende September 1970 von 36,3 Milliarden auf 43,6 Milliarden Franken und die Auslandguthaben (einschliesslich die der Nationalbank auf Swapbasis abgetretenen Guthaben), ohne Wertschriften und Hypothekaranlagen, von 42,5 Milliarden auf 51,3 Milliarden. Da einer Zunahme der Verpflichtungen um 7,3 Milliarden eine solche der Guthaben um 8,8 Milliarden gegenüberstand, erhöhten sich die Nettoforderungen

innert Jahresfrist um 1,5 Milliarden auf 7,7 Milliarden Franken. Von den Auslandverbindlichkeiten entfielen 18,1 Milliarden auf Bankengelder, 22,5 Milliarden auf Kundengelder auf Sicht und Zeit und 3,0 Milliarden Franken auf Einlagen auf Spar- und Depositenheften. An den Forderungen auf das Ausland waren die Bankendebitoren mit 32,7 Milliarden, die Debitoren mit 14,3 Milliarden, die Wechsel mit 2,0 Milliarden und die Vorschüsse an öffentlich-rechtliche Körperschaften mit 0,5 Milliarden Franken beteiligt.

Die Baisse an den *schweizerischen Aktienbörsen*, die im Mai 1969 begonnen hatte, setzte sich im Berichtsjahr fort. Bis zum 22. Mai, als der Aktienindex der Nationalbank den Jahrestiefststand von 137,0 (Durchschnitt 1966 = 100) erreichte, ging der Kursrückgang ziemlich kontinuierlich vor sich. Dann folgten eine Erholung bis 153,2 am 28. August und ein neuer Rückschlag, der Ende November nur ganz knapp über dem Jahrestief zum Stillstand kam. Verglichen mit dem Stand von 165,2 Ende 1969 ging der Aktienindex bis zum 22. Mai 1970 um 17,1% zurück; gegenüber dem bisherigen Höchststand vom 23. Mai 1969 betrug der Rückgang sogar 26,4%. Ende des Berichtsjahres war der Index mit 143,9 um 12,9% niedriger als ein Jahr zuvor.

Im Einklang mit der ungünstigen Entwicklung an den Aktienbörsen ging der Absatz von *Anteilscheinen schweizerischer Anlagefonds* in den ersten drei Quartalen des Be-

Schweizerischer
Aktienindex



Am Monatsende
Durchschnitt 1966 = 100

richtsjahres zurück. Er erreichte 578 Millionen Franken gegenüber 804 Millionen in der entsprechenden Vorjahresperiode. Obwohl weniger Anteilscheine zurückgenommen werden mussten, verminderte sich der Nettoabsatz von 665 Millionen in den ersten neun Monaten von 1969 auf 475 Millionen Franken im Januar bis September 1970. Da die Umsätze in Anteilen von Immobilienfonds weiter sehr gering waren, entsprechen die genannten Zahlen annähernd dem Geschäft der Wertschriftenfonds. Ende September 1970 erreichte das Vermögen der Wertschriftenfonds 4343 Millionen Franken, das der Immobilienfonds 3174 Millionen und das der gemischten Fonds 228 Millionen.

Die Vertreter *ausländischer Anlagefonds* plazierten in der Schweiz während der ersten drei Quartale von 1970 Anteile im Betrag von 379 Millionen Franken, gegenüber 476 im Vorjahr. Gleichzeitig mussten sie für 187 Millionen Anteile zurücknehmen im Vergleich zu 42 Millionen ein Jahr zuvor, so dass der Nettoabsatz von 434 Millionen auf 192 Millionen zusammenschrumpfte. Die Verschlechterung des Geschäfts entfiel ganz auf das 2. und 3. Quartal 1970, als Schwierigkeiten bei zwei der bekanntesten ausländischen Fonds eintraten.

C. Geld- und Währungspolitik der Nationalbank

Die Nationalbank war auch im Berichtsjahr bestrebt, die Entwicklung von Geldvolumen und Produktionskapazität soweit als möglich in eine den Geldwert erhaltende Harmonie zu bringen.

Sie vermag indessen auf die einzelnen Komponenten des Geldvolumens und deren Zusammenspiel nur teilweise einzuwirken. Sie kann weder die Umlaufgeschwindigkeit der Geldmenge, noch die Neigung, Geldkapital in Sichtgeld umzuwandeln, beschränken. Selbst das Notenbankgeldvolumen vermag die Nationalbank nur partiell zu kontrollieren. Sie ist zwar in der Lage, den Notenbankkredit, nicht aber die ungleich wichtigere Konversion von Devisen in Landeswährung wirksam zu dosieren. Diese lässt sich nur begrenzt und zum Teil auf wenig zuverlässigen Umwegen steuern. Mit besserer Aussicht auf Erfolg kann die Notenbank auf die Entwicklung des inländischen Kreditvolumens des Bankensystems und des daraus entstehenden Buchgeldes Einfluss nehmen.

Mit monetären Massnahmen allein lässt sich daher die Konjunktur nur in der angezeigt erscheinenden Richtung, nicht jedoch mit der wünschenswerten zeitlichen und sachlichen Präzision beeinflussen. Die monetäre Politik bedarf deshalb der Ergänzung durch andere, das Nachfragevolumen beschränkende Massnahmen. Solche Massnahmen, die nicht im Kompetenzbereich der Notenbank liegen, sind aber im Berichtsjahr unterblieben.

Zentrales Instrument im Kampf um die Geldwerterhaltung bildete die Beschränkung der Kreditexpansion des Bankensystems. Für die Wahl dieses Mittels war entscheidend, dass die Banken über beträchtliche kurzfristige Anlagen auf dem Eurogeldmarkt verfügen, die je nach Bedarf in Kasse umgewandelt werden können. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass nicht in erster Linie die jeweils im Inland vorhandene Kassaliquidität, sondern die im Ausland kurzfristig angelegten Mittel das Kreditpotential der Banken bestimmen. Seitdem ein grosser Eurogeldmarkt besteht, sind die Banken bestrebt, aus Ertragsgründen ihre inländische Kassaliquidität knapp zu halten und nur so weit auf das im Ausland liegende Liquiditätspotential zurückzugreifen, als dies zur Sicherung ihrer inländischen Zahlungsbereitschaft notwendig ist.

Eine Verminderung der ohnehin schon knappen Kassaliquidität durch die Einforderung von Mindestguthaben oder durch Offenmarktpolitik hätte deshalb in erster Linie zu einer Heimschaffung von Mitteln aus dem Ausland und zu einer mit Ertragseinbussen begründeten Anhebung der inländischen Aktivzinssätze der Banken geführt. Das im Ausland liegende Liquiditätspotential ist zudem zu gross, als dass es durch Massnahmen der Notenbank in einem Umfang abgeschöpft werden könnte, der die Fähigkeit der Banken, Kredite zu gewähren, genügend einschränken würde. Notenbank und Banken

waren sich angesichts dessen darüber einig, dass das Kreditvolumen nur durch direkte Kreditzuwachsbeschränkung wirksam beeinflusst werden konnte.

Die *Kreditzuwachsbeschränkung*, die gestützt auf eine Rahmenvereinbarung zwischen der Nationalbank und den Banken von Anfang September 1969 die Kreditentwicklung ab 1. August 1969 erfasste, hatte zunächst die Ausdehnung des inländischen Kreditvolumens der beteiligten Banken für die Zeit vom 1. August 1969 bis zum 31. Juli 1970 auf 9% bis 11,5% des am 31. Juli 1969 erreichten Standes beschränkt. Für die beteiligten Banken mit einer Bilanzsumme von über 100 Millionen Franken ergab sich auf Grund dieser Regelung ein zulässiger Zuwachs von im Mittel 9,7%. Dieser lag damit leicht über der für die Dauer vom 1. Juli 1967 bis 30. Juni 1969 festgestellten durchschnittlichen Jahreszuwachsrate von 9,6%, einer Periode, die ein Jahr relativ geringen Wachstums bei annähernder Vollbeschäftigung und ein Jahr des Aufschwunges miteinander vereinte.

Die gewählte Bemessung der Kreditzuwachsquoten hatte für die Grossbanken eine Halbierung ihrer während der Sommermonate 1969 festgestellten Kreditexpansion zur Folge. Für die meisten überwiegend im Hypothekengeschäft tätigen Institute dagegen liess sie noch einen gewissen zusätzlichen Wachstumsspielraum offen. Dieser Modus war gewählt worden, weil die Grossbanken mit ihrem umfangreichen Filialnetz das grösste Geldschöpfungspotential aufweisen, während die in begrenztem Rayon und stark im Hypothekengeschäft tätigen Banken in ausgeprägterem Masse Ersparnissammelstellen bilden und daher in der Regel auch ein langsames Kreditwachstum zu verzeichnen haben. Mit einer derartigen Ansetzung der Kreditzuwachsrate war auch beabsichtigt, den Spielraum dieser Banken für die Konsolidierung von Baukrediten in Hypotheken zu erweitern.

An sich wäre von Anfang an die Festlegung eines niedrigeren Satzes angezeigt gewesen, da ein Teil der Wirtschaft in der Zeit der konjunkturellen Beruhigung grosse liquide Mittel angesammelt und sich in den Monaten vor Einführung der Kreditzuwachsbeschränkung reichlich mit Bankkrediten eingedeckt hatte. Doch liess sich dieses Ziel aus verschiedenen, im Geschäftsbericht des Vorjahres dargelegten Gründen nicht durchsetzen. Das Direktorium behielt sich indessen damals vor, nötigenfalls eine spätere Reduktion der Zuwachsrate zu beantragen. Da sich nach der Inkraftsetzung der Kreditzuwachsbeschränkung die inflatorischen Auftriebskräfte aus dem Ausland verstärkt hatten, erklärte sich die Bankiervereinigung auf Vorschlag der Notenbank damit einverstanden, die Kreditzuwachsrate ab 1. Februar 1970 zu kürzen. Man kam überein, die bisherigen Kreditzuwachsquoten um 15% herabzusetzen. Gleichzeitig wurde die Vereinbarung bis zum 31. Juli 1971, d. h. auf die im Rahmenvertrag vorgesehene Dauer von zwei Jahren, verlängert. Die individuellen Zuwachsquoten lagen damit noch zwischen 7,65% und

9,78%. Für alle Banken zusammen ergab sich eine durchschnittliche Zuwachsrate von 8,25%. Die Banken erklärten sich auch bereit, die Ausnützung dieser neuen Zuwachsraten, von üblichen jahreszeitlichen Schwankungen abgesehen, nach dem pro rata temporis-Prinzip zu steuern. Soweit die ursprünglichen Zuwachsquoten bis Ende Januar 1970 nicht voll beansprucht oder überschritten worden waren, wurde der entsprechende positive oder negative Differenzbetrag den einzelnen Banken auf die neue, gekürzte Zuwachsquote für die folgenden zwölf Monate (1. Februar 1970 bis 31. Januar 1971) angerechnet.

Ferner wurde vereinbart, die Entwicklung der Kredit- und Konjunkturverhältnisse in der Folge periodisch zu prüfen, wobei je nach Lage in gegenseitigem Einvernehmen allenfalls eine weitere Reduktion der Kreditzuwachsrate getroffen werden könnte. Der Verwaltungsrat der Bankiervereinigung erklärte sich schon damals bereit, alles zu unternehmen, um eine Weiterführung der Kreditzuwachsbeschränkung zu ermöglichen, falls sich dies nach Ablauf der zweijährigen Geltungsdauer zur Vermeidung einer übersetzten Ausweitung der Geld- und Kreditversorgung oder zur Abschirmung gegen inflatorisch wirkende Mittelzuflüsse aus dem Ausland als nötig erweisen sollte. Man kam sodann überein, dass Geschäfte, die zur Umgehung der Kreditzuwachsbeschränkung dienen könnten, als vertragswidrig zu betrachten seien.

Angesichts der umfangreichen Mittel, über welche die Wirtschaft bei der Einführung der Zuwachsbeschränkung verfügte, war ein relativ langer Bremsweg zu erwarten, d. h. man war sich darüber im klaren, dass das von der Kreditgewährung abhängige Nachfragevolumen erst nach einiger Zeit und nur allmählich auf einen weniger steilen Wachstumspfad geführt werden könnte.

Die *Wirkung der Kreditzuwachsbeschränkung* zeigte sich zunächst zwar sehr rasch bei den neuen Kreditzusagen. Ihr Umfang ging vom letzten Quartal 1969 an zurück, wobei sich die Grossbanken die stärkste Beschränkung auferlegen mussten. Wegen der vorausgegangenen starken Ausweitung der Zusagen ergab sich aber daraus noch keine unmittelbare Verminderung des Zuwachses des inländischen Kreditvolumens. Diese trat erst im Laufe des Frühjahres 1970 ein, und zwar hauptsächlich bei den Handelsbanken. Die Institute, die sich vornehmlich mit der Bau- und Hypothekarfinanzierung befassen, zeigten gesamthaft bis zum Juni immer noch ein gegenüber dem Vorjahr stärkeres Ansteigen des Kreditvolumens, da sie durch relativ hohe Zuwachsraten begünstigt waren.

Bei den 327 Instituten, die sich an der Vereinbarung beteiligen (ohne Banken, welche die Rahmenvereinbarung erst im Laufe des Berichtsjahres unterzeichneten), lag die effektive Zunahme der inländischen Kredite für die Zeit von Ende Juli 1969 bis Ende September 1970 insgesamt um 642 Millionen Franken oder 8% unter dem pro rata temporis ermittelten zulässigen Kreditzuwachs. Gegen drei Viertel der Banken nutzten die ihnen

zustehende Kreditzuwachsquote nicht voll aus, während rund ein Viertel der Institute kleinere oder grössere Überschreitungen aufwies. Diese Überschreitungen waren in den meisten Fällen darauf zurückzuführen, dass aus der Zeit vor Einführung der Kreditzuwachs-begrenzung ein grosses Ausmass an Kreditzusagen vorlag, von denen die Kunden in einem beschleunigten Rhythmus Gebrauch machten. In den letzten Monaten des Berichts-jahres war eine Reihe dieser Banken jedoch in der Lage, den Zuwachs ihrer Kredite dank der seit einiger Zeit geübten Zurückhaltung bei neuen Zusagen mit den vertraglichen Zuwachsquoten in Einklang zu bringen. Die noch verbleibenden Überschreitungen waren am Ende des Berichtsjahres im Hinblick auf ihre Ursachen und allfällig notwendigen Massnahmen in Prüfung. Kritische Fälle bildeten jedoch die Ausnahme.

Die grössere Zurückhaltung gegenüber neuen Kreditgesuchen hatte zur Folge, dass die Zusagen insgesamt nicht mehr proportional zum zulässigen Kreditzuwachs zunahmen. Dies zeigte sich nicht zuletzt bei den neu bewilligten Baukrediten. Vom Mai an fiel ihr monatlicher Zuwachs unter die Rekordzahlen des Vorjahres und im Juli und August auch unter die allerdings ebenfalls recht hohen Beträge des Jahres 1968. Ab September nahm er indessen wieder deutlich zu. Für das ganze Jahr 1970 erreichten die neuzugesagten Baukredite einen Betrag, der zwischen dem hohen Volumen des Jahres 1968 und dem Rekordbetrag des Jahres 1969 lag.

Bei der Beurteilung des Einflusses dieser Entwicklung auf die künftige Bautätigkeit ist zu berücksichtigen, dass, wie durch Stichproben festgestellt wurde, Ende 1970 der Bestand an unausgenützten Baukrediten noch annähernd gleich gross war wie der ausserordentlich hohe Betrag am Ende des Vorjahres.

Auf die Gewährung neuer Baukreditzusagen wirkte sich neben dem hohen Volumen noch unbenützter Baukredite auch der Umstand hemmend aus, dass der zur Ablösung und Konsolidierung der Kredite benötigte Zufluss von mittel- und längerfristigen Geldern (Spareinlagen und Kassaobligationen) bei den Banken zeitweise erheblich zurückging, weil andere Anlageformen höhere Erträge abwarfen.

Tendenziell könnte auf mittlere Frist ein gewisses Hemmnis für die Wohnbau-finanzierung darin liegen, dass die Zinssätze für Hypotheken auf Wohnbauten im Ver-gleich zu den meisten übrigen Aktivsätzen der Banken immer noch nachhinken und da-her andere Geschäfte gegenüber der Hypothekendarfinanzierung eine gewisse Bevorzugung erfahren. Das Direktorium war daher bemüht, in zahlreichen Besprechungen mit den ein-zelnen Bankengruppen einer solchen Tendenz entgegenzuwirken. Die sich besonders der Wohnbaufinanzierung widmenden Banken gaben in der Folge der Nationalbank gegen-über die Erklärung ab, dass sie weiterhin beabsichtigten, dem Bau von Wohnungen mit preiswürdigen Mietansätzen bei der Ausnützung ihrer Kreditzuwachsrate und der Verwen-dung der für Investitionsfinanzierungen verfügbaren Mittel eine hohe Priorität einzuräumen.

Im Herbst 1970 machte das Direktorium die Bankiervereinigung darauf aufmerksam, dass sich eine *Fortführung der Kreditzuwachsbeschränkung* über den vereinbarten Zeitraum von zwei Jahren hinaus als notwendig erweisen könnte. Es sah sich dazu veranlasst, weil die konjunkturelle Anspannung in der schweizerischen Wirtschaft fort-dauerte und sich der inflatorische Kosten- und Preisaufrtrieb zusehends verstärkte, ohne dass bereits das Ende dieser Entwicklung abzusehen war.

Die Bankiervereinigung zeigte für diese Überlegungen Verständnis. Am Jahresende waren Verhandlungen im Gange, die eine Verlängerung der Kreditzuwachsbeschränkung bis zum 31. Juli 1972 ermöglichen sollen. Von dieser Möglichkeit soll aber nur so weit Gebrauch gemacht werden, als dies die Konjunkturlage erfordert.

Eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass sich die Kreditzuwachsbeschränkung im gewünschten Sinne auswirkt, bildet die Vermeidung einer übermässigen Geldschöpfung durch Devisenkonversionen. Dies war ein wesentlicher Grund, weshalb das Direktorium der *Aufrechterhaltung eines gewissen Zinsgefälles gegenüber dem Ausland* besonderes Gewicht beimass. Die Beschränkung der Kreditexpansion wirkt bereits in dieser Richtung, indem sie eine übermässige Kreditausweitung eindämmt, die später zu einem zusätzlichen, die Zinssätze in die Höhe treibenden Bedarf an längerfristigen Geldern für Konsolidierungszwecke führen würde. Das Direktorium suchte einen Zinsabstand zum Ausland aber auch durch eine entsprechende Beeinflussung der Ultimofinanzierung der Banken, des Volumens der öffentlichen Anleihssemissionen in- und ausländischer Schuldner, der Verzinsung von Kassaobligationen und durch Niedrighalten des offiziellen Diskont- und Lombardsatzes zu wahren.

Die Mithilfe der Nationalbank an der *Ultimofinanzierung* der Banken war darauf gerichtet, die Liquidität des Bankensystems weder zu reichlich, noch zu knapp zu halten. Sie befreite die Banken vom Zwang, die inländische Kassaliquidität proportional zum stark gewachsenen Auslandgeschäft dauernd zu erhöhen und in grossem Umfang kurzfristig auf dem Euromarkt liegende Mittel zu repatriieren. Denn der mit der Liquidierung solcher Auslandsanlagen verbundene Ertragsausfall hätte zu einer beschleunigten Erhöhung ihrer inländischen Aktivsätze geführt. Auf der anderen Seite galt es aber auch zu vermeiden, dass wegen einer zu knappen Versorgung mit Kassaliquidität die Geldmarktsätze stark in die Höhe getrieben wurden, da dies mit der Zeit auch die übrigen Zinssätze beeinflusst hätte. Die Nationalbank erklärte sich bereit, mit den Banken über die wichtigsten Bilanztermine in grossen Beträgen *Dollar-Franken-Swaps* abzuschliessen. Durch angemessene Staffelung der Fälligkeiten dieser Swap-Geschäfte suchte sie zu erreichen, dass der Markt nicht schon unmittelbar nach dem jeweiligen Stichtag durch die Dollarrücknahmen der Banken stark angespannt wurde. Soweit die Geldmarktsätze zeigten, dass die im Inland gehaltene Kasse der Kreditinstitute zu knapp wurde, veran-

lasste sie die Banken, die Kassaliquidität durch definitive Abtretung von Dollars zu erhöhen.

Der Investitionsboom und die im Laufe des vergangenen Jahres eingetretene Kreditexpansion mit ihren Konsolidierungsbedürfnissen liess die Vorhaben inländischer Anleihensemissionen ausserordentlich anschwellen. Die Nationalbank machte in der von der Bankiervereinigung bestellten Kommission, die mit der Aufstellung des vierteljährlichen *Emissionsprogrammes für schweizerische Obligationenanleihen* betraut ist, ihren Einfluss dahin geltend, dass der Umfang des Emissionsprogrammes der Aufnahmefähigkeit des Kapitalmarktes angepasst wurde. Zu diesem Zwecke mussten die nachgesuchten Beträge zeitweise erheblich gekürzt werden. Dadurch sollte der Zinsanstieg auch am Kapitalmarkt niedriger als im Ausland gehalten werden.

Gegenüber dem unter den Artikel 8 des Bankengesetzes fallenden *Kapitalexport* verfolgte das Direktorium vor allem auch im Hinblick auf den anhaltend grossen Zufluss von Mitteln aus dem Ausland eine flexible Politik. Die Bewilligungspraxis war grundsätzlich liberal. Mit der Genehmigung von öffentlichen Anleihen ausländischer Schuldner wurde aber dann zurückgehalten, wenn sich in der inländischen Kapitalversorgung Engpässe zeigten, von denen ein beschleunigter Zinsauftrieb hätte ausgehen können. So kam das Direktorium, als im Frühsommer die Plazierung inländischer Obligationenanleihen Schwierigkeiten begegnete und die Zeichnungen teilweise erheblich hinter den aufgelegten Beträgen zurückblieben, mit den Grossbanken überein, die Auflage ausländischer Anleihen am schweizerischen Markt vorübergehend einzustellen. Dies erwies sich nach der sommerlichen Emissionspause als nicht mehr nötig, da der Markt sich dann wieder ohne Zinssatzerhöhungen aufnahmefähig zeigte.

Bei der Behandlung der Gesuche um Bewilligung genehmigungspflichtiger Auslandsanleihen sowie der Plazierung mittelfristiger Zertifikate ausländischer Unternehmen war auch zu berücksichtigen, dass eine zu starke Einschränkung ausländischer Emissionen am schweizerischen Markt die Bemühungen der Notenbank gefährdet hätte, die Auflage von Schweizerfrankenleihen im Ausland zu verhindern. Solche Emissionen, die wohl zu höheren Zinssätzen als im Inland ausgegeben worden wären, hätten zweifellos in bedeutendem Umfange schweizerisches Kapital angezogen und damit zu einer Beschleunigung des Zinsanstieges am inländischen Kapitalmarkt geführt.

Die *Zinspolitik* des Direktoriums war nicht nur auf die Erhaltung eines Zinsgefälles gegenüber dem Ausland, sondern auch auf einen mässigenden Einfluss auf die steigenden Lebenshaltungskosten ausgerichtet. Dabei wäre es allerdings nicht angezeigt gewesen, dem grundlegenden Trend am inländischen Markt entgegenzutreten. Es ging vielmehr vor allem darum, möglichst zu vermeiden, dass vorübergehende Verengungen des Marktes zusätzliche Zinssatzerhöhungen auslösten.

Auf zahlreiche Gesuche um *Erhöhung der Kassenobligationensätze* hin erklärte sich die Nationalbank nach Konsultation der massgebenden Bankengruppen mit einer Heraufsetzung dieser Sätze im März sowie im September um je $\frac{1}{4}\%$ einverstanden, wobei sie eine gewisse Warteperiode beobachtete. Damit wurde dem Umstand Rechnung getragen, dass der Zufluss an Kundengeldern gegen Kassaobligationen stark zurückgegangen war und fällige Titel nicht mehr erneuert wurden, weil die Rendite im Verhältnis zu derjenigen anderer Anlagen nicht attraktiv genug war. Die Anpassung erfolgte somit zur Vermeidung übermässiger Verzerrungen im Zinsgefüge.

Die *Diskont- und Lombardpolitik* der Nationalbank ist dadurch gekennzeichnet, dass sie in Zeiten der Vollbeschäftigung eine dauernde zusätzliche Notenbankgeldschaffung durch Gewährung von Diskont- und Lombardkrediten zu vermeiden sucht. Die definitive Schöpfung von Notenbankgeld erfolgte denn auch im Berichtsjahr ausschliesslich über die Konversion von Devisen. Der Zugang zum Kredit der Nationalbank wurde nicht durch die Höhe des Diskont- und Lombardsatzes, sondern durch Anwendung äusserst restriktiver Kriterien auf die nicht mit der Ultimofinanzierung zusammenhängenden Kreditgesuche beschränkt. Da die Erhöhung der offiziellen Sätze der Notenbank das Signal für eine zusätzliche Zinshausse hätte geben können, wurden der Diskontsatz von $3\frac{3}{4}\%$ und der Lombardsatz von $4\frac{3}{4}\%$ auf dem Mitte September 1969 festgelegten Stand belassen, obwohl dieses Niveau nicht mehr mit den Marktverhältnissen übereinstimmte.

Die geschilderte, auf Wahrung eines Zinsabstandes zum Ausland gerichtete Politik der Nationalbank wurde wegen der *rückläufigen Zinsentwicklung am Euromarkt* in der zweiten Hälfte des Jahres zusehends schwieriger. Im letzten Quartal näherte sich die Verzinsung von kurzfristigen Anlagen in Schweizerfranken am Euromarkt zeitweise den von den schweizerischen Banken für Terminanlagen offerierten Sätzen. Zugleich fiel der Zinsertrag auf solchen Anlagen unter die Rendite der inländischen Obligationen. Dies war deshalb von Bedeutung, weil in der Zeit der hohen Zinssätze am Euromarkt in beträchtlichem Umfange langfristige schweizerische Gelder kurzfristig im Ausland angelegt worden waren. Wegen der Annäherung der Zinserträge im In- und Ausland musste mit einer Rückkehr solcher im Ausland liegender Mittel gerechnet werden. In gewissem Umfange fanden Repatriierungen bereits im Berichtsjahr statt. Vor allem scheinen langfristige Gelder heimgeschafft worden zu sein. Dies dürfte mit zur Entspannung des Kapitalmarktes nach der Sommerpause beigetragen haben. Ferner wurden Depots schweizerischer Kunden bei ausländischen Banken bei Verfall teilweise nicht mehr erneuert, sondern schweizerischen Banken anvertraut. Da diese in der Regel solche Gelder wieder im Ausland plazierten, führten derartige Verlagerungen allerdings bisher nicht zu einer Schaffung von Notenbankgeld. Echte Repatriierungen grösseren Ausmasses

bergen in sich die Gefahr einer übermässigen Aufblähung der inländischen Geld- und Kreditversorgung.

Abschliessend sei erwähnt, dass der Bund auf Empfehlung der Nationalbank gewisse Massnahmen monetären Charakters traf, nämlich die *Stillegung des Prägegewinnes*, den der Bund aus der Ersetzung der Silbermünzen erzielte, sowie die *Sterilisierung des durchschnittlichen Zuwachses der Postcheckeinlagen* bei der Nationalbank. Diese aus dem Postcheckdienst zufließenden, ihrer Natur nach kurzfristigen Gelder standen damit Bund und Postverwaltung nicht zur Finanzierung von Investitionen zur Verfügung. Die Nationalbank erklärte sich in diesem Zusammenhang bereit, die Bundesguthaben, soweit sie den Betrag von 300 Millionen Franken übersteigen, mit Wirkung ab 1. Januar 1970 zum offiziellen Diskontsatz zu verzinsen (neue Position «Zinsen an Bundesverwaltungen» in der Gewinn- und Verlustrechnung).

D. Bankbehörden und Direktion

Die Zusammensetzung der *Bankbehörden* hat im Berichtsjahr folgende Änderungen erfahren:

Auf Ende der Amtsperiode 1969/70 reichte Herr Prof. Dr. Emil Gsell, Bühler, seine Demission als Präsident und Mitglied der *Revisionskommission* ein, der er während 26 Jahren angehört hatte. Bis 1948 war Herr Prof. Dr. Gsell Ersatzmann und seither Mitglied; 1957 wurde ihm der Vorsitz dieses Gremiums übertragen.

Zum neuen Mitglied der Revisionskommission wählte die Generalversammlung den bisherigen Ersatzmann, Herrn Josef Iten, Direktor der Zuger Kantonalbank, Zug. Zu dessen Nachfolger als Ersatzmann ernannte sie Herrn Werner Staub, Direktor der Bank in Gossau, Gossau. Als ihren Präsidenten bezeichnete die Kommission Herrn H. Villiger, Stansstad.

Im November 1970 hatten wir den Hinschied von Herrn Pierre Sieber, Freiburg, Mitglied des *Lokalkomitees Bern*, zu beklagen. Der Verstorbene gehörte diesem Gremium seit 1968 an.

Ende Juni 1970 trat Herr Louis Huguenin, Stellvertreter des Vorsitzenden des *Lokalkomitees Neuenburg*, zurück. Seit 1959 war er Mitglied dieses Komitees. Zu seinem Nachfolger wählte der Bankrat Herrn Alain Grisel, Direktor der Société des fabriques de spiraux réunies, in La Chaux-de-Fonds.

Den zurücktretenden Herren gebührt für ihre ausgezeichnete Mitarbeit in den Bankbehörden des Noteninstituts unsere hohe Anerkennung. In Dankbarkeit gedenken wir sodann der verdienstvollen Tätigkeit des durch den Tod abberufenen Herrn P. Sieber.

In der *Geschäftsleitung* der Nationalbank sind nachstehende Änderungen zu verzeichnen:

Ende November 1970 trat Herr Direktor Jakob Hablützel, der seit 1956 die Leitung der Zweiganstalt Basel innehatte, wegen Erreichens der Altersgrenze in den Ruhestand. Seine der Nationalbank während insgesamt einundvierzig Jahren geleisteten wertvollen Dienste seien auch an dieser Stelle bestens verdankt.

Zum neuen Direktor der Zweiganstalt Basel wählte der Bundesrat mit Amtsantritt am 1. Dezember 1970 Herrn Adolf Bertschinger, vorher Stellvertreter des Direktors dieser Zweiganstalt.

Vom Bankausschuss wurden am Jahresende beim Sitz Zürich ernannt:
Herr Dr. Paul Ehrsam, Rechtskonsulent der Bank, zum Abteilungsdirektor,
Herr Dr. Michael Gal, Prokurist der Volkswirtschaftlichen und Statistischen Abteilung, zum Vizedirektor.

Jahresrechnung

1. Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1970

2. Jahresschlussbilanz vom 31. Dezember 1970

Gewinn- und Verlustrechnung

Abgeschlossen auf 31. Dezember 1970

Aufwand

Verwaltungskosten		
Bankbehörden	Fr.	305 083.55
Personal	Fr.	14 918 034.83
Geschäfts- und Bureaukosten	Fr.	2 447 541.98
Verschiedenes	Fr.	597 748.88
	Fr.	18 268 409.24
Zinsen für Bundesschatzanweisungen	Fr.	11 898 568.45
Zinsen an Bundesverwaltungen	Fr.	13 351 875.—
Zinsen an Deponenten	Fr.	622 164.65
Aufwendungen für Bankgebäude	Fr.	3 572 440.42
Abschreibungen auf Mobiliar	Fr.	823 234.32
Banknotenherstellungskosten	Fr.	8 359 776.97
Steuern	Fr.	1 000 084.60
Rückstellung für Banknotenherstellungskosten	Fr.	15 000 000.—
Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle	Fr.	10 000 000.—
Rückstellung für Bankgebäude	Fr.	5 000 000.—
Rückstellung auf Zinsen für Bundesschatzanweisungen	Fr.	5 000 000.—
Rückstellung für Offenmarktoperationen	Fr.	5 000 000.—
Zuwendung an die Pensionskasse	Fr.	3 000 000.—
Reingewinn	Fr.	6 843 248.80
	Fr.	107 739 802.45

Ertrag

Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen	Fr.	90 186 215.52
Diskontoertrag und Inkassogebühren	Fr.	6 442 608.30
Ertrag des Lombardgeschäftes	Fr.	1 897 138.60
Ertrag der eigenen Wertschriften	Fr.	7 274 438.65
Zinsen von Inlandkorrespondenten	Fr.	464 383.67
Kommissionen	Fr.	1 193 858.25
Übrige Nutzposten	Fr.	281 159.46

Fr.107 739 802.45

Jahresschlussbilanz vom 31. Dezember 1970

Aktiven

Kasse		
Gold im Inland und Ausland	Fr. 11 821 272 791.85	
andere Kassenbestände	Fr. 19 651 668.13	Fr. 11 840 924 459.98
Devisen		Fr. 8 441 108 102.06
Ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken		Fr. 1 851 000 000.—
Inlandportefeuille		
Schweizerwechsel	Fr. 306 626 545.95	
Schatzanweisungen des Bundes	Fr. 71 000 000. —	
Diskontierte Obligationen	Fr. 21 335 648.70	Fr. 398 962 194.65
Lombardvorschüsse		Fr. 223 454 217.35
Eigene Wertschriften		
deckungsfähige	Fr. 51 269 625.—	
andere	Fr. 104 730 751.—	Fr. 156 000 376.—
Korrespondenten im Inland		Fr. 82 803 053.67
Korrespondenten im Ausland		Fr. 25 450 566.39
Inkassowechsel		Fr. 10 131 575.—
Postcheckguthaben		Fr. 4 050 632.85
Diverse Debitoren		Fr. 34 868 228.85
Coupons		Fr. 11 131.95
Bankgebäude		Fr. 1 500 000.—
Mobilier		Fr. 1.—
Nicht einbezahltes Grundkapital		Fr. 25 000 000.—
		Fr. 23 095 264 539.75

Passiven

Notenumlauf	Fr. 13 105 973 835.—
Girorechnungen	
Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie	Fr. 7 749 550 390.40
Girorechnungen ausländischer Banken	<u>Fr. 208 359 845.75</u>
Bundesverwaltungen	Fr. 7 957 910 236.15
Deponenten	Fr. 405 330 369.65
Zahlungs- und Clearingabkommen mit dem Ausland	Fr. 28 493 255.87
Verbindlichkeiten auf Zeit	
Sterilisierungsreskriptionen	Fr. 18 342 669.63
Sonderkonto PTT	Fr. 201 700 000.—
Diverse Kreditoren	<u>Fr. 200 000 000.—</u>
Ausstehende Checks	Fr. 401 700 000.—
Sonstige Passiven	Fr. 894 635 198.40
Grundkapital	Fr. 1 428 659.48
Reservefonds	Fr. 42 607 066.77
Rückstellung für Banknotenherstellungskosten	Fr. 50 000 000.—
Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle	Fr. 37 000 000.—
Rückstellung für Bankgebäude	Fr. 40 000 000.—
Rückstellung für Zinsen auf Bundesschatzanweisungen	Fr. 22 000 000.—
Rückstellung für Offenmarktoperationen	Fr. 35 000 000.—
Reingewinn	Fr. 25 000 000.—
	Fr. 23 000 000.—
	<u>Fr. 6 843 248.80</u>
	<u>Fr. 23 095 264 539.75</u>

Erläuterungen zur Jahresrechnung

Aktiven der Bilanz

Kassenverkehr

Kassenbestand am 31. Dezember 1969, einschliesslich Gold im Ausland	Fr. 20 507 160 092.20
Eingang im Jahre 1970	Fr. 33 994 919 457.61
	<hr/>
Ausgang im Jahre 1970	Fr. 54 502 079 549.81
Kassenbestand am 31. Dezember 1970, einschliesslich Gold im Ausland	Fr. 34 286 126 209.83
	<hr/>
	Fr. 20 215 953 339.98
Der Kassenbestand vom 31. Dezember 1970 setzte sich wie folgt zusammen:	
Gold	Fr. 11 821 272 791.85
Scheidemünzen	Fr. 19 626 571.93
Verschiedenes	Fr. 25 096.20
Total laut Bilanz	Fr. 11 840 924 459.98
Dazu: eigene Noten in den Kassen der Bank	Fr. 8 375 028 880.—
Total	Fr. 20 215 953 339.98

Das Gold ist mit Fr. 4 869.80 pro Kilogramm Feingold gebucht, entsprechend dem für Goldbarren loco Bern geltenden Ankaufspreis.

Devisenverkehr

Bestand am 31. Dezember 1969	Fr. 5 792 868 747.88
Eingang im Jahre 1970	Fr. 79 640 787 329.64
	<hr/>
Ausgang im Jahre 1970	Fr. 85 433 656 077.52
Bestand am 31. Dezember 1970	Fr. 76 992 547 975.46
	<hr/>
	Fr. 8 441 108 102.06

Verkehr in ausländischen Schatzanweisungen in Schweizerfranken

Bestand am 31. Dezember 1969	Fr. 1 851 000 000.—
Eingang im Jahre 1970	Fr. 1 722 000 000.—
	<hr/>
Ausgang im Jahre 1970	Fr. 3 573 000 000.—
Bestand am 31. Dezember 1970	Fr. 1 722 000 000.—
	<hr/>
	Fr. 1 851 000 000.—

Diskontoverkehr*Schweizerwechsel*

Bestand am 31. Dezember 1969	504 Wechsel mit	Fr. 584 695 173.77
Im Jahre 1970 wurden diskontiert	2562 Wechsel mit	Fr. 2 107 981 557.70
	3066 Wechsel mit	Fr. 2 692 676 731.47
Davon wurden 1970 eingelöst	2559 Wechsel mit	Fr. 2 386 050 185.52
Bestand am 31. Dezember 1970	507 Wechsel mit	Fr. 306 626 545.95

Schatzanweisungen des Bundes

Bestand am 31. Dezember 1969		Fr. 118 500 000.—
Im Jahre 1970 wurden diskontiert:		
eingereicht vom Bund	Fr. —	
eingereicht vom Markt	Fr. 314 000 000.—	Fr. 314 000 000.—
		Fr. 432 500 000.—
Davon wurden 1970 eingelöst		Fr. 361 500 000.—
Bestand am 31. Dezember 1970		Fr. 71 000 000.—

Obligationen

Bestand am 31. Dezember 1969	Fr. 28 207 482.20
Im Jahre 1970 wurden diskontiert	Fr. 72 725 995.45
	Fr. 100 933 477.65
Davon wurden 1970 eingelöst	Fr. 79 597 828.95
Bestand am 31. Dezember 1970	Fr. 21 335 648.70

Lombardverkehr

Bestand der Lombardvorschüsse am 31. Dezember 1969	Fr. 277 115 098.95
Neue Vorschüsse im Jahre 1970	Fr. 2 359 572 580.09
	Fr. 2 636 687 679.04
Rückzahlungen im Jahre 1970	Fr. 2 413 233 461.69
Bestand der Lombardvorschüsse am 31. Dezember 1970	Fr. 223 454 217.35

Die Zahl der offenen Lombardrechnungen belief sich am 31. Dezember 1970 auf 82. Von den Hinterlagen am 31. Dezember 1970 entfielen 54% auf eidgenössische Schuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen, kantonale und kommunale Obligationen sowie auf Obligationen von Kantonalbanken im Sinne des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen.

Verkehr in eigenen Wertschriften	Bestand am 31. Dezember 1969	Fr. 170 191 601.—
	Eingang im Jahre 1970	Fr. 11 797 682.30
		<u>Fr. 181 989 283.30</u>
	Ausgang im Jahre 1970	Fr. 25 988 907.30
	Bestand am 31. Dezember 1970	<u>Fr. 156 000 376.—</u>

Verkehr mit den Korrespondenten im Inland	Guthaben der Bank am 31. Dezember 1969	Fr. 89 519 101.31
	Im Jahre 1970 wurden der Bank von den Korrespondenten gut- geschrieben	Fr. 13 136 469 637.73
		<u>Fr. 13 225 988 739.04</u>
	Im Jahre 1970 wurden der Bank von den Korrespondenten be- lastet	Fr. 13 143 185 685.37
	Guthaben der Bank am 31. Dezember 1970	<u>Fr. 82 803 053.67</u>

Am 31. Dezember 1970 verfügte die Bank für den Inlandverkehr über ein Netz von Korrespondenten, das 377 Bank- und 172 Nebenplätze umfasste. Die Zahl der Korrespondentenmandate belief sich auf 489.

Verkehr mit den Korrespondenten im Ausland	Bestand am 31. Dezember 1969	Fr. 20 111 972.98
	Eingang im Jahre 1970	Fr. 2 708 970 476.17
		<u>Fr. 2 729 082 449.15</u>
	Ausgang im Jahre 1970	Fr. 2 703 631 882.76
	Bestand am 31. Dezember 1970	<u>Fr. 25 450 566.39</u>

Inkassoverkehr

Den Bankstellen der Nationalbank sind im Berichtsjahr an Checks und Wechseln zum Inkasso eingereicht worden

auf Mitglieder der Abrechnungsstellen	32 518 Stück mit	Fr. 1 475 696 937.52
auf andere Bezogene	25 824 Stück mit	Fr. 459 173 667.72
Total	<u>58 342 Stück mit</u>	<u>Fr. 1 934 870 605.24</u>

Verkehr auf Postcheckrechnungen

Postcheckguthaben am 31. Dezember 1969	Fr. 7 005 599.49
Im Jahre 1970 wurden unsern Postcheckrechnungen gutgeschrieben	Fr. 54 396 311 721.28
	<u>Fr. 54 403 317 320.77</u>
Im Jahre 1970 wurden unsern Postcheckrechnungen belastet . .	Fr. 54 399 266 687.92
Postcheckguthaben am 31. Dezember 1970	<u>Fr. 4 050 632.85</u>

Der Überweisungsverkehr zwischen den Kunden der Nationalbank und den Inhabern von Postcheckrechnungen gestaltete sich im Berichtsjahr wie folgt:

18 421 Giroüberweisungen von der Nationalbank an die Post .	Fr. 4 267 185 759.01
32 400 Giroüberweisungen von der Post an die Nationalbank .	Fr. 28 993 565 940.73
Total	<u>Fr. 33 260 751 699.74</u>

**Bankgebäude und
Mobilier**

Bankgebäude

Der Buchwert der Gebäude der Bank betrug am 31. Dezember 1970
wie im Vorjahr Fr. 1 500 000.—

Die Feuerversicherungssumme stellte sich insgesamt auf Fr. 46 224 400.—

Die Auslagen für Neueinrichtungen, Renovationen, Unterhalt, Be-
leuchtung, Heizung, Bewachung, Reinigung beliefen sich auf Fr. 3 956 925.92

Nach Verrechnung der vereinnahmten Mietzinse von Fr. 384 485.50

verbleibt ein Überschuss der Aufwendungen von Fr. 3 572 440.42

Mobilier

Das Mobiliarkonto war am 31. Dezember 1969 belastet mit Fr. 1.—

Die Neuanschaffungen im Betrage von Fr. 823 234.32
wurden vollständig abgeschrieben.

Der Buchwert am 31. Dezember 1970 beträgt somit wiederum Fr. 1.—

Passiven der Bilanz

Ausgabe und Deckung der Banknoten

(Vgl. Beilagen Nr.1 und 2)

Der Notenumlauf der Nationalbank belief sich		
am 31. Dezember 1969	auf	Fr. 12 518 384 940
am 31. Dezember 1970	auf	Fr. 13 105 973 835
Zunahme		<u>Fr. 587 588 895</u>

Der Notenumlauf betrug im Jahresdurchschnitt Fr. 11 784 745 275; er erreichte im Maximum (am 23. Dezember) Fr. 13 584 695 340 und im Minimum (am 18. Februar) Franken 11 024 304 480.

Im Berichtsjahr sind insgesamt 43 280 500 Stück zurückgerufene oder beschädigte Banknoten im Nennwert von Fr. 3 019 400 000 zur Vernichtung ausgeschieden und durch neue Noten ersetzt worden.

Von den zurückgerufenen Noten der Nationalbank waren am 31. Dezember 1970 noch ausstehend:

Noten zu 1000 Franken mit dem Bild der Giesserei auf der Rückseite	Fr.	19 749 000
Noten zu 500 Franken mit dem Bild der Handstickerinnen auf der Rückseite	Fr.	5 387 000
Noten zu 100 Franken mit dem Bild des Mähers auf der Rückseite .	Fr.	20 139 000
Noten zu 50 Franken mit dem Bild des Holzfällers auf der Rückseite	Fr.	6 906 100
Noten zu 20 Franken mit dem Pestalozzickopf auf der Vorderseite .	Fr.	7 296 280
Zusammen		<u>Fr. 59 477 380</u>

Die Nationalbank ist verpflichtet, die erwähnten Noten zu 1000, 500, 100 und 50 Franken bis zum 30. September 1978, die Noten zu 20 Franken mit dem Pestalozzickopf bis zum 31. März 1976 zum Nennwert umzutauschen.

Deckung des Notenumlaufs am 31. Dezember 1970:

Gold	Fr.	11 821 272 792
Übrige deckungsfähige Aktiven		
Devisen	Fr.	8 441 108 102
Inlandportefeuille	Fr.	398 962 195
Lombardvorschüsse	Fr.	223 454 217
Wertschriften	Fr.	51 269 625
Gesamte Notendeckung		<u>Fr. 9 114 794 139</u>
		<u>Fr. 20 936 066 931</u>

Die Deckung des Notenumlaufs durch Gold allein betrug im Maximum 104,38% (18. Februar), im Minimum 87,02% (23. Dezember). Die Deckung des Notenumlaufs und der täglich fälligen Verbindlichkeiten durch Gold allein erreichte im Maximum 82,07% (23. Februar), im Minimum 54,94% (31. Dezember).

Giroverkehr
(Vgl. Beilage Nr.3)

Bestand der Giroguthaben am 31. Dezember 1969	Fr.	6 403 003 568.90
Im Jahre 1970 wurden den Girorechnungen gutgeschrieben	Fr.	1 950 213 254 321.78
		<u>Fr. 1 956 616 257 890.68</u>
Im Jahre 1970 wurden den Girorechnungen belastet	Fr.	1 948 658 347 654.53
Bestand der Giroguthaben am 31. Dezember 1970	Fr.	<u>7 957 910 236.15</u>

Vom Gesamtumsatz wurden 99,40% unter Vermeidung von Barzahlungen durch Umschreibung in den Büchern der Bank erledigt.

Vom Gesamtumsatz von	7 027 865	Posten mit Fr. 3 898 871 601 976.31
entfielen auf den Bankenclearingverkehr über die Girorechnungen bei der Nationalbank	6 295 198	Posten mit Fr. 3 401 018 443 184.88
davon wurden über die bei der Nationalbank geführten Bankenclearingkonti verrechnet	6 249 436	Posten mit Fr. 930 073 695 149.46

Der Bestand der Giroguthaben betrug im Maximum (am 31. Dezember) Franken 7 957 910 236.15, im Minimum (am 6. Februar) Fr. 2 375 520 951.42; er belief sich im Jahresdurchschnitt auf Fr. 3 624 860 538.09.

Die Zahl der Girorechnungen stellte sich am 31. Dezember 1970 auf 1474.

Verkehr auf den Konten der Bundesverwaltungen

Ein- und Auszahlungsverkehr

Bestand der Guthaben der Bundesverwaltungen am 31. Dezember 1969	Fr.	492 956 546.12
Im Jahre 1970 wurden den Rechnungen der Bundesverwaltungen gutgeschrieben	Fr.	54 019 640 182.79
		<u>Fr. 54 512 596 728.91</u>
Im Jahre 1970 wurden den Rechnungen der Bundesverwaltungen belastet	Fr.	54 107 266 359.26
Bestand der Guthaben der Bundesverwaltungen am 31. Dezember 1970	Fr.	<u>405 330 369.65</u>

Vom Verkehr entfallen auf	Gutschriften	Belastungen
die Eidgenössische Staatskasse	Fr. 15 276 458 456.09	Fr. 15 448 090 827.81
die PTT-Betriebe	Fr. 34 945 480 977.99	Fr. 34 945 445 498.81
die Schweizerischen Bundesbahnen	Fr. 3 266 749 133.91	Fr. 3 265 978 919.74
die übrigen Verwaltungen	Fr. 530 951 614.80	Fr. 447 751 112.90
Total	<u>Fr. 54 019 640 182.79</u>	<u>Fr. 54 107 266 359.26</u>

**Verkehr
mit Deponenten**

Bestand der Guthaben der Deponenten am 31. Dezember 1969 .	Fr.	18 758 979.87
Im Jahre 1970 wurden den Depotrechnungen gutgeschrieben . .	Fr.	1 450 169 466.74
		<u>Fr. 1 468 928 446.61</u>
Im Jahre 1970 wurden den Depotrechnungen belastet	Fr.	1 440 435 190.74
Bestand der Guthaben der Deponenten am 31. Dezember 1970 .	Fr.	<u>28 493 255.87</u>

**Zahlungsverkehr
mit dem Ausland
auf Grund von
Zahlungs- und
Clearingabkommen**

Die Rechnungen, die der Durchführung des gebundenen Zahlungsverkehrs dienen, wiesen am 31. Dezember 1969 Guthaben Dritter auf im Betrage von

	Fr.	40 033 150.32
Im Jahre 1970 wurden diesen Rechnungen gutgeschrieben . .	Fr.	2 278 940 540.29
		<u>Fr. 2 318 973 690.61</u>
Im Jahre 1970 wurden diesen Rechnungen belastet	Fr.	2 300 631 020.98
Bestand der Guthaben am 31. Dezember 1970	Fr.	<u>18 342 669.63</u>

**Verbindlichkeiten
auf Zeit**

*Sterilisierungs-
reskriptionen*

Bestand am 31. Dezember 1969	Fr.	141 900 000.—
Im Jahre 1970 wurden zu Lasten von Girorechnungen der Banken auf dieses Konto übertragen	Fr.	298 200 000.—
		<u>Fr. 440 100 000.—</u>
Zur Rückgabe von solchen Zeitgeldern an Banken wurden dem Konto belastet	Fr.	238 400 000.—
Bestand am 31. Dezember 1970	Fr.	<u>201 700 000.—</u>

Die Verbindlichkeiten auf Zeit rühren von der am 1. Oktober 1960 erfolgten Plazierung von Schatzanweisungen bei den Banken zur Bindung überschüssiger Marktmittel her.

Sonderkonto PTT

Im Jahre 1970 wurden zu Lasten der Girorechnung der PTT auf dieses Konto übertragen	Fr.	<u>200 000 000.—</u>
---	-----	----------------------

Ausstehende Checks

Am 31. Dezember 1969 waren an Ziehungen auf die Bank ausstehend	155 Checks für	Fr.	1 237 499.89
Im Jahre 1970 wurden dem Konto gutgeschrieben	6 718 Checks für	Fr.	819 437 360.29
	6 873 Checks für	Fr.	820 674 860.18
Im Jahre 1970 wurden dem Konto belastet	6 700 Checks für	Fr.	819 246 200.70
Am 31. Dezember 1970 waren ausstehend	173 Checks für	Fr.	<u>1 428 659.48</u>

Eigene Gelder

Grundkapital

Das Grundkapital beträgt unverändert Fr. 50 000 000.—, eingeteilt in 100 000 Aktien von je Fr. 500.—, auf welche 50% = Fr. 250.— einbezahlt sind.

Im Laufe des Berichtsjahres hat der Bankausschuss die Übertragung von 1 869 Aktien auf neue Eigentümer genehmigt.

Nach den Eintragungen im Aktienregister war das Aktienkapital am 31. Dezember 1970 wie folgt verteilt:

1924 Privataktionäre mit je	1 Aktie
1184 Privataktionäre mit je	2 Aktien
1112 Privataktionäre mit je	3— 5 Aktien
560 Privataktionäre mit je	6— 10 Aktien
346 Privataktionäre mit je	11— 25 Aktien
145 Privataktionäre mit je	26— 50 Aktien
57 Privataktionäre mit je	51—100 Aktien
24 Privataktionäre mit je	101—200 Aktien
15 Privataktionäre mit je	über 200 Aktien
<hr/>	<hr/>
5367 Privataktionäre mit zusammen	41 728 Aktien
24 Kantone und Halbkantone mit zusammen	38 741 Aktien
28 Kantonalbanken mit zusammen	16 887 Aktien
51 andere öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten mit zusammen	2 644 Aktien
<hr/>	<hr/>
5470 Aktionäre mit zusammen	100 000 Aktien

Vom gesamten Aktienkapital sind demnach 58,27% im Besitz von Kantonen, Kantonalbanken sowie anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten und 41,73% im Besitz von Privataktionären.

Reservefonds

Laut Beschluss der Generalversammlung vom 20. März 1970 erreicht der Reservefonds	Fr. 37 000 000.—
Nach Verbuchung der Zuweisung von	Fr. 1 000 000.—
aus dem Reingewinn des Jahres 1970 wird sich der Reservefonds erhöhen auf	<hr/> Fr. 38 000 000.—

Rückstellungen

<i>Banknotenherstellungskosten</i>	Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1969	Fr. 25 000 000.—
	Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 15 000 000.—
	erhöht auf	<u>Fr. 40 000 000.—</u>
<i>Nicht versicherte Schadenfälle</i>	Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1969	Fr. 12 000 000.—
	Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 10 000 000.—
	erhöht auf	<u>Fr. 22 000 000.—</u>
<i>Bankgebäude</i>	Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1969	Fr. 30 000 000.—
	Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 5 000 000.—
	erhöht auf	<u>Fr. 35 000 000.—</u>
<i>Zinsen für Bundesschatzanweisungen</i>	Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1969	Fr. 20 000 000.—
	Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 5 000 000.—
	erhöht auf	<u>Fr. 25 000 000.—</u>
<i>Offenmarktoperationen</i>	Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1969	Fr. 18 000 000.—
	Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 5 000 000.—
	erhöht auf	<u>Fr. 23 000 000.—</u>

Dienstleistungen für die Bundesverwaltungen

Eidgenössisches Schuldbuch

Gemäss Art.10 des Bundesgesetzes vom 21. September 1939 über das eidgenössische Schuldbuch ist die Schweizerische Nationalbank mit der Führung des Schuldbuches betraut. Sie übt diese Obliegenheit im Namen und Auftrage des Bundes aus.

Am 31. Dezember 1969 waren im eidgenössischen Schuldbuch eingetragen:

609 Einzelforderungen mit Fr. 955 454 000.—

Zuwachs im Jahre 1970:

Zeichnungen von Schuldbuchforderungen bei Anleihssemis-
sionen Fr. 42 601 000.—
Fr. 998 055 000.—

Abgang im Jahre 1970:

Rückzahlungen Fr. 67 280 000.—

Am 31. Dezember 1970 waren im Schuldbuch eingetragen:

601 Einzelforderungen mit Fr. 930 775 000.—

Im Berichtsjahre wurden 32 Übertragungen von Schuldbuchfor-
derungen auf andere Gläubiger vorgenommen im Gesamtbetrage
von Fr. 40 001 000.—

An Zinsen auf Schuldbuchforderungen wurden im Berichtsjahre
vergütet in 896 Gutschriften Fr. 21 425 494.95

Das eidgenössische Schuldbuch wurde im Berichtsjahre für die Umwandlung bestehen-
der Schuldverschreibungen in Schuldbuchforderungen nicht geöffnet.

Verwaltung von Wertschriften

Die Schweizerische Nationalbank ist laut Art.15, Absatz 1, des Bankgesetzes verpflichtet, die dem Bunde gehörenden und die unter seiner Verwaltung stehenden Wertschriften und Wertgegenstände unentgeltlich zur Aufbewahrung und Verwaltung zu übernehmen.

Bestand der verwalteten Wertschriften am 31. Dezember 1970

für den Bund Fr. 1 242 558 454.—
für die Schweizerischen Bundesbahnen Fr. 350 000.—
Total Fr. 1 242 908 454.—

**Einlösung von Titeln
und Coupons**

Als Domizilstelle hat die Nationalbank im Berichtsjahr an rückzahlbaren Titeln und fälligen Coupons für den Bund und die Bundesbahnen eingelöst:

rückzahlbare Titel	10 057	Stück mit	Fr. 32 182 000.—
Coupons	<u>318 083</u>	Stück mit	<u>Fr. 24 742 739.55</u>
Total	<u>328 140</u>	Stück mit	<u>Fr. 56 924 739.55</u>

Gewinnverteilung

Gemäss Art. 27 des Nationalbankgesetzes vom 23. Dezember 1953 ist von dem durch die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Reingewinn zunächst dem Reservefonds ein Betrag zuzuweisen, der 2% des Grundkapitals, d.h. 1 Million Franken nicht übersteigen darf.

Sodann kann eine Dividende bis zu 6% des einbezahlten Grundkapitals ausgerichtet werden, was einen Betrag von höchstens Fr. 1 500 000.— erfordert.

Der verbleibende Rest ist der eidgenössischen Staatskasse zur Ausrichtung einer Entschädigung an die Kantone bis zu 80 Rappen je Kopf der Bevölkerung zu überweisen. Der auf dieser Grundlage berechnete Aufwand würde sich per 31. Dezember 1970 auf Fr. 4 343 248.80 belaufen.

Anträge

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beehren wir uns, folgende Anträge zu stellen:

1. Es wird der vorliegende Geschäftsbericht samt Gewinn- und Verlustrechnung und Schlussbilanz vom 31. Dezember 1970 genehmigt.
2. Es wird der Verwaltung Entlastung erteilt.
3. Der durch die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Reingewinn von Franken 6 843 248.80 ist wie folgt zu verwenden:

Einlage in den Reservefonds	Fr. 1 000 000.—
Ausrichtung einer Dividende von 6%	Fr. 1 500 000.—
Ablieferung an die eidgenössische Staatskasse	Fr. 4 343 248.80
	<u>Fr. 6 843 248.80</u>

Am Schluss unseres Berichtes über das vergangene Geschäftsjahr möchten wir Herrn Bundesrat N. Celio, Vorsteher des eidgenössischen Finanz- und Zolldepartements, den verbindlichen Dank aussprechen für die verständnisvolle Unterstützung, die er uns bei der Erfüllung unserer Aufgaben zuteil werden liess. Im weitem danken wir unsern Korrespondenten und Berichterstattern aus Bank- und Wirtschaftskreisen für ihre geschätzte Mitarbeit sowie unsern Beamten und Angestellten für ihre treue Pflichterfüllung.

Zürich, den 28. Januar 1971

Namens des Direktoriums
der Schweizerischen Nationalbank,
Der Präsident: *Stopper*
Der Generalsekretär: *Läng*

Der Bankausschuss der Schweizerischen Nationalbank

hat in seiner Sitzung vom 12. Februar 1971 den vorstehenden Geschäftsbericht über das Jahr 1970 zur Kenntnis genommen und ihm die Genehmigung erteilt. Gemäss Artikel 43, Absatz 1, Ziffer 4, und Artikel 49, Absatz 1, des Nationalbankgesetzes wird der Bericht mit den nachstehenden Anträgen dem Bankrate überwiesen.

Der Bankausschuss

beantragt

der Bankrat möge beschliessen:

1. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1970 mit Gewinn- und Verlustrechnung und Schlussbilanz vom 31. Dezember 1970 wird zur Vorlage an den Bundesrat und an die Generalversammlung der Aktionäre genehmigt.
2. Die auf Seite 64 des Berichtes formulierten Anträge werden vom Bankrat der Generalversammlung unterbreitet.

Bern, den 12. Februar 1971

Im Namen des Bankausschusses
der Schweizerischen Nationalbank,
Der Präsident des Bankrates: *Galli*
Der Protokollführer: *Lerch*

Bericht der Revisionskommission an die Generalversammlung der Aktionäre der Schweizerischen Nationalbank

Hochgeehrter Herr Präsident,
Hochgeehrte Damen und Herren,

Die von Ihnen bestellte Revisionskommission führte im Laufe des vergangenen Jahres bei allen Zweiganstalten sowie bei den Agenturen Biel, La Chaux-de-Fonds und Winterthur Revisionen durch. Sie hat auch die Hauptbuchhaltung sowie die Bestände an den Sitzen Zürich und Bern einer Prüfung unterzogen.

Die Kommission hat alles in bester Ordnung befunden. Sie erklärt, dass die Gewinn- und Verlustrechnung pro 1970 und die Schlussbilanz vom 31. Dezember 1970, wie sie Ihnen vorgelegt werden, mit den Saldi der im Generalhauptbuch der Bank geführten Konti übereinstimmen. Gleichzeitig stellt sie mit Befriedigung fest, dass sowohl die Hauptbuchhaltung als auch die Buchhaltungen der Sitze, Zweiganstalten und eigenen Agenturen übersichtlich geführt sind und dass in allen Dienstzweigen gute Ordnung herrscht.

Wir beantragen Ihnen, hochgeehrter Herr Präsident, hochgeehrte Damen und Herren, die vorgelegte Gewinn- und Verlustrechnung pro 1970 mit einem ausgewiesenen Reingewinn von Fr. 6843248.80 und die Bilanz von Fr. 23095264539.75 zu genehmigen und die Ihnen vom Bankrat vorgeschlagene Verteilung des Reingewinnes gutzuheissen.

Bern, den 19. Februar 1971

Mit Hochachtung,
Die Revisionskommission:
Villiger
Cornaz
Iten

Der Schweizerische Bundesrat

in Ausführung von Artikel 25, Absatz 3, und Artikel 63, Ziffer 2, lit. i, des Bundesgesetzes vom 23. Dezember 1953 über die Schweizerische Nationalbank;
nach erfolgter Kenntnisnahme von dem im Artikel 51, Absatz 2, des genannten Gesetzes vorgesehenen Bericht der Revisionskommission vom 19. Februar 1971;
auf Antrag des eidg. Finanz- und Zolldepartements,

beschliesst:

Dem Geschäftsbericht und der Jahresrechnung der Schweizerischen Nationalbank für das Jahr 1970 wird die gesetzlich vorgesehene Genehmigung erteilt.

Bern, den 8. März 1971

Im Namen
des Schweizerischen Bundesrates,
Der Vizepräsident des Bundesrates: *Celio*
Der Bundeskanzler: *Huber*

An die Generalversammlung der Aktionäre der Schweizerischen Nationalbank

Hochgeehrte Damen und Herren,

Der Bankrat der Schweizerischen Nationalbank hat in seiner Sitzung vom 26. Februar 1971 auf Antrag des Bankausschusses den vom Direktorium vorgelegten Geschäftsbericht über die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1970 zur Vorlage an den Bundesrat und die Generalversammlung der Aktionäre genehmigt.

Nachdem auch die Revisionskommission ihren in Artikel 51, Absatz 2, des Bankgesetzes vorgesehenen Bericht am 19. Februar 1971 erstattet hat und die in Artikel 25, Absatz 3, vorgesehene Genehmigung durch den Bundesrat am 8. März 1971 erfolgt ist, beehren wir uns, Ihnen den dreiundsechzigsten Geschäftsbericht zu unterbreiten und Ihnen die Abnahme der Rechnung wie auch die Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinnes im Sinne der auf Seite 64 aufgeführten Anträge zu empfehlen.

Bern, den 9. März 1971

Mit Hochachtung,
Im Namen des Bankrates
der Schweizerischen Nationalbank,

Der Präsident des Bankrates: *Galli*
Ein Mitglied des Direktoriums: *Hay*

Beilagen

Zusammenstellung der veröffentlichten Ausweise

Beilage Nr.1

Aktiven

1970	Goldbestand	Devisen	Ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken	Inlandportefeuille			Lombardvorschüsse	Wertschriften		Korrespondenten		Sonstige Aktiven
				Wechsel	Schatzanweisungen des Bundes	Total		Total	davon dekkungsfähige	im Inland	im Ausland	
<i>In 1000 Franken</i>												
Jan. 7.	11 434 545	4 363 587	1 851 000	116 283	63 500	179 783	73 616	170 192	43 263	23 548	19 151	86 404
15.	11 434 545	2 877 026	1 851 000	115 301	—	115 301	13 846	170 192	43 263	13 153	35 386	85 484
23.	11 434 756	2 614 359	1 851 000	119 753	—	119 753	4 080	170 192	43 263	15 209	24 247	89 570
30.	11 507 764	2 270 577	1 851 000	116 311	—	116 311	16 135	170 192	43 263	47 948	28 592	92 894
Febr. 6.	11 507 764	1 493 465	1 851 000	116 166	—	116 166	12 430	170 192	43 263	15 700	20 043	93 067
13.	11 507 764	1 477 054	1 851 000	113 436	—	113 436	10 565	170 192	43 263	21 600	19 949	101 392
23.	11 507 764	1 451 689	1 851 000	103 569	—	103 569	13 685	170 192	50 628	26 285	21 734	95 265
27.	11 507 764	2 212 146	1 851 000	254 569	—	254 569	131 058	170 192	50 628	35 000	23 608	97 753
März 6.	11 507 764	2 199 214	1 851 000	103 097	—	103 097	40 611	170 192	64 084	26 180	20 631	91 106
13.	11 507 764	2 186 884	1 851 000	101 780	—	101 780	12 148	170 192	64 084	26 807	39 371	79 934
23.	11 507 764	3 379 281	1 851 000	111 891	—	111 891	20 584	170 192	64 084	21 668	21 201	85 318
31.	11 507 764	3 967 120	1 851 000	594 885	60 000	654 885	250 314	170 192	64 128	54 627	19 527	87 451
April 7.	11 507 764	2 998 630	1 851 000	110 981	35 000	145 981	25 512	170 192	64 128	30 044	20 312	71 149
15.	11 507 764	2 370 563	1 851 000	113 910	—	113 910	11 802	170 192	64 128	35 632	30 219	80 534
23.	11 507 764	2 340 696	1 851 000	115 198	—	115 198	12 446	170 192	64 128	37 363	43 892	66 601
30.	11 507 764	2 344 262	1 851 000	218 297	30 000	248 297	198 683	168 762	62 698	96 336	20 937	65 135
Mai 6.	11 507 764	2 325 418	1 851 000	115 813	—	115 813	40 519	168 762	62 698	36 123	43 336	59 648
15.	11 507 764	3 390 477	1 851 000	112 734	—	112 734	17 145	168 728	57 304	40 740	20 106	61 942
22.	11 507 764	3 369 878	1 851 000	109 494	—	109 494	18 965	168 728	57 304	27 576	21 322	60 218
29.	11 507 757	3 343 751	1 851 000	105 245	—	105 245	32 996	168 728	57 304	64 716	20 190	73 453
Juni 5.	11 507 757	3 337 236	1 851 000	105 061	—	105 061	16 024	168 728	57 304	46 076	21 425	67 148
15.	11 508 883	3 313 980	1 851 000	104 045	—	104 045	8 646	168 728	57 304	29 633	20 513	75 351
23.	11 508 883	4 186 914	1 851 000	101 949	—	101 949	12 758	168 728	57 304	40 207	19 773	71 631
30.	11 554 337	5 127 844	1 851 000	530 789	101 000	631 789	302 333	166 112	54 688	92 759	21 285	95 319
Juli 7.	11 554 061	4 098 105	1 851 000	109 448	46 000	155 448	26 486	166 112	54 688	41 640	25 051	83 668
15.	11 554 239	3 030 304	1 851 000	104 984	—	104 984	17 028	166 112	54 688	55 362	22 484	83 739
23.	11 554 239	3 022 296	1 851 000	107 262	—	107 262	18 005	166 112	54 688	47 677	43 614	85 719
31.	11 554 239	3 574 418	1 851 000	109 974	—	109 974	109 945	166 112	54 688	60 358	21 253	90 738
Aug. 7.	11 553 904	3 570 643	1 851 000	111 901	—	111 901	15 909	166 112	54 688	13 258	20 744	86 247
14.	11 770 287	3 338 473	1 851 000	110 165	—	110 165	4 317	166 112	54 688	22 229	26 320	82 518
21.	11 770 298	3 314 834	1 851 000	111 080	—	111 080	4 411	166 112	54 688	9 712	32 367	80 382
31.	11 770 297	3 321 838	1 851 000	110 511	—	110 511	98 409	166 112	54 688	51 179	22 430	89 072
Sept. 7.	11 769 926	3 310 275	1 851 000	109 494	—	109 494	19 481	166 112	54 688	28 370	20 662	87 875
15.	11 769 938	3 291 861	1 851 000	109 038	—	109 038	12 834	166 112	54 688	29 575	18 977	70 951
23.	11 769 938	3 276 779	1 851 000	109 589	—	109 589	10 147	166 112	54 688	33 331	21 649	79 261
30.	11 769 938	5 821 617	1 851 000	309 934	15 000	324 934	113 632	166 112	54 688	76 983	23 034	89 734
Okt. 7.	11 769 716	3 826 904	1 851 000	109 977	5 000	114 977	16 879	166 112	54 688	26 412	26 841	89 251
15.	11 769 716	3 791 194	1 851 000	108 532	—	108 532	13 737	166 112	54 688	23 130	48 010	91 087
23.	11 769 716	3 775 259	1 851 000	106 941	—	106 941	4 851	166 112	54 688	17 963	25 684	73 335
30.	11 769 698	3 831 918	1 851 000	104 977	—	104 977	12 152	166 112	54 688	44 561	21 520	91 376
Nov. 6.	11 769 302	3 814 124	1 851 000	106 065	—	106 065	20 425	166 112	54 688	21 209	33 646	78 842
13.	11 769 302	3 797 309	1 851 000	105 284	—	105 284	14 239	166 112	54 688	16 748	25 135	77 644
23.	11 769 302	3 775 406	1 851 000	105 166	—	105 166	8 601	166 112	54 688	20 939	23 089	78 241
30.	11 769 302	3 734 347	1 851 000	218 233	30 000	248 233	123 297	166 112	54 688	66 857	30 411	82 011
Dez. 7.	11 821 980	3 664 281	1 851 000	120 951	—	120 951	25 077	166 112	54 688	42 840	25 259	78 618
15.	11 821 980	3 756 731	1 851 000	128 207	—	128 207	18 895	166 112	54 688	71 779	29 147	66 350
23.	11 821 980	5 976 348	1 851 000	138 024	—	138 024	29 135	166 112	54 688	75 164	32 234	69 095
31.	11 821 273	8 441 108	1 851 000	327 962	71 000	398 962	223 454	156 000	51 270	82 803	25 451	70 214

Passiven

Eigene Gelder	Notenumlauf	Täglich fällige Verbindlichkeiten			Verbindlichkeiten auf Zeit		Sonstige Passiven	Bilanzsumme	Deckung des Notenumlaufs	Deckung des Notenumlaufs und der täglich fälligen Verbindlichkeiten
		<i>Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie</i>	<i>Übrige täglich fällige Verbindlichkeiten</i>	<i>Total</i>	<i>Sterilisierungsreskriptionen</i>	<i>Sonderkonto PTT</i>				
<i>In 1000 Franken</i>										
61 000	11 939 204	4 336 853	763 463	5 100 316	317 800		783 506	18 201 826	95,77	67,11
61 000	11 479 840	3 646 444	289 145	3 935 589	317 800		801 704	16 595 933	99,61	74,18
61 000	11 609 599	3 341 047	183 511	3 524 558	317 800		810 209	16 323 166	98,49	75,56
61 000	11 608 308	2 831 833	461 248	3 293 081	317 800		821 224	16 101 413	99,13	77,23
61 000	11 299 790	2 341 213	426 448	2 767 661	317 800		833 576	15 279 827	101,84	81,80
61 000	11 112 315	2 656 971	292 482	2 949 453	317 800		832 384	15 272 952	103,55	81,84
61 000	11 211 437	2 556 460	253 684	2 810 144	317 800		840 802	15 241 183	102,64	82,07
61 000	11 779 228	2 867 622	413 071	3 280 693	317 800		844 369	16 283 090	97,70	76,41
61 000	11 482 154	2 754 829	555 141	3 309 970	317 800		838 871	16 009 795	100,22	77,80
61 000	11 296 005	3 088 774	367 498	3 456 272	317 800		844 803	15 975 880	101,87	78,01
62 000	11 565 403	4 002 498	345 011	4 347 509	317 800		876 187	17 168 899	99,50	72,32
62 000	12 013 652	4 748 856	563 051	5 311 907	317 800		857 521	18 562 880	95,79	66,42
62 000	11 511 830	3 159 481	853 816	4 013 297	317 800	50 000	865 657	16 820 584	99,96	74,12
62 000	11 228 995	3 179 654	456 455	3 636 109	317 800	50 000	876 712	16 171 616	102,48	77,41
62 000	11 518 480	2 897 941	420 206	3 318 147	317 800	50 000	878 725	16 145 152	99,91	77,56
62 000	11 812 911	2 797 860	576 021	3 373 881	317 800	50 000	884 584	16 501 176	97,42	75,77
62 000	11 568 323	2 479 276	768 976	3 248 252	317 800	65 000	887 008	16 148 383	99,48	77,67
62 000	11 380 004	3 679 382	769 397	4 448 779	317 800	65 000	897 053	17 170 636	101,12	72,70
62 000	11 593 799	3 346 108	844 720	4 190 828	317 800	65 000	905 518	17 134 945	99,26	72,91
62 000	11 967 425	2 927 309	919 819	3 847 128	317 800	65 000	908 483	17 167 836	96,16	72,77
62 000	11 628 889	2 997 708	1 119 019	4 116 727	317 800	80 000	915 039	17 120 455	98,96	73,09
62 000	11 358 986	3 486 602	857 591	4 344 193	317 800	80 000	917 800	17 080 779	101,32	73,29
62 000	11 591 802	4 145 295	839 563	4 984 858	317 800	80 000	925 383	17 961 843	99,28	69,43
62 000	12 086 076	5 657 190	739 465	6 396 655	278 800	80 000	939 247	19 842 778	95,60	62,51
62 000	11 778 961	3 811 294	979 163	4 790 457	313 100	100 000	957 053	18 001 571	98,09	69,73
62 000	11 652 126	3 007 756	785 504	3 793 260	313 100	100 000	964 766	16 885 252	99,16	74,81
62 000	11 931 984	2 814 242	704 472	3 518 714	313 100	100 000	970 126	16 895 924	96,83	74,80
62 000	11 925 097	3 340 452	805 070	4 145 522	313 100	115 000	977 318	17 538 037	96,89	71,90
62 000	11 710 958	3 276 141	932 441	4 208 582	313 100	115 000	980 078	17 389 718	98,66	72,58
62 000	11 485 597	3 584 078	823 629	4 407 707	313 100	115 000	988 017	17 371 421	102,48	74,06
62 000	11 598 120	3 532 226	724 647	4 256 873	313 100	115 000	995 103	17 340 196	101,48	74,24
62 000	11 963 339	3 120 460	890 660	4 011 120	313 100	130 000	1 001 289	17 480 848	98,39	73,68
62 000	11 696 540	3 267 732	885 192	4 152 924	313 100	130 000	1 008 631	17 363 195	100,63	74,26
62 000	11 483 591	3 666 865	651 045	4 317 910	313 100	130 000	1 013 685	17 320 286	102,49	74,49
62 000	11 674 952	3 473 281	645 069	4 118 350	313 100	130 000	1 019 404	17 317 806	100,81	74,52
62 000	12 087 969	5 856 443	758 249	6 614 692	283 100	150 000	1 039 223	20 236 984	97,37	62,93
62 000	11 828 966	3 778 081	712 151	4 490 232	313 100	150 000	1 043 794	17 888 092	99,50	72,12
62 000	11 564 208	4 302 878	415 443	4 718 321	313 100	150 000	1 054 889	17 862 518	101,78	72,28
62 000	11 975 381	4 009 167	222 772	4 231 939	313 100	150 000	1 058 441	17 790 861	98,28	72,62
62 000	12 161 160	3 629 795	486 877	4 116 672	313 100	165 000	1 075 382	17 893 314	96,78	72,31
62 000	11 910 589	3 629 032	706 100	4 335 132	313 100	165 000	1 074 904	17 860 725	98,81	72,45
62 000	11 770 025	3 942 587	498 631	4 441 218	313 100	165 000	1 071 430	17 822 773	99,99	72,60
62 000	11 967 385	3 744 685	453 940	4 198 625	313 100	165 000	1 091 746	17 797 856	98,34	72,80
62 000	12 622 130	3 378 666	483 961	3 862 627	255 100	180 000	1 089 713	18 071 570	93,24	71,40
62 000	12 563 489	2 927 425	658 810	3 586 235	313 100	180 000	1 091 294	17 796 118	94,10	73,20
62 000	12 862 054	2 896 358	500 568	3 396 926	313 100	180 000	1 096 121	17 910 201	91,91	72,71
62 000	13 584 695	4 345 138	591 418	4 936 556	313 100	180 000	1 082 741	20 159 092	87,02	63,83
62 000	13 105 974	7 749 551	660 526	8 410 077	201 700	200 000	1 090 514	23 070 265	90,20	54,94

Gliederung des Notenumlaufs nach Abschnitten

Beilage Nr. 2

1970	Abschnitte zu Franken								Total	Abschnitte zu Franken							
	1000	500	100	50	20	10	5	1000		500	100	50	20	10	5		
	<i>in Millionen Franken</i>									<i>Prozentuale Verteilung</i>							
Januar	7.	3 344,0	1 894,4	5 115,2	722,9	569,3	284,1	9,3	11 939,2	28,01	15,87	42,84	6,05	4,77	2,38	0,08	
	15.	3 218,7	1 800,9	4 915,4	701,9	555,3	278,3	9,3	11 479,8	28,04	15,69	42,82	6,11	4,84	2,42	0,08	
	23.	3 207,4	1 900,3	4 968,1	695,8	552,2	276,5	9,3	11 609,6	27,63	16,37	42,79	5,99	4,76	2,38	0,08	
	30.	3 187,1	1 881,1	5 003,3	698,3	552,7	276,5	9,3	11 608,3	27,46	16,20	43,10	6,02	4,76	2,38	0,08	
Februar	6.	3 096,3	1 760,3	4 909,2	696,9	551,7	276,1	9,3	11 299,8	27,40	15,58	43,45	6,17	4,88	2,44	0,08	
	13.	3 055,4	1 715,4	4 823,4	688,7	546,8	273,3	9,3	11 112,3	27,50	15,43	43,41	6,20	4,92	2,46	0,08	
	23.	3 065,4	1 784,8	4 849,7	687,5	542,4	272,3	9,3	11 211,4	27,34	15,92	43,26	6,13	4,84	2,43	0,08	
	27.	3 170,2	1 948,8	5 123,3	701,8	550,2	275,6	9,3	11 779,2	26,91	16,55	43,49	5,96	4,67	2,34	0,08	
März	6.	3 078,1	1 800,1	5 056,3	707,3	553,9	277,2	9,3	11 482,2	26,81	15,68	44,04	6,16	4,82	2,41	0,08	
	13.	3 053,1	1 749,5	4 953,7	703,1	551,5	275,8	9,3	11 296,0	27,03	15,49	43,85	6,23	4,88	2,44	0,08	
	23.	3 135,3	1 856,5	5 024,5	709,6	553,0	277,2	9,3	11 565,4	27,11	16,05	43,44	6,14	4,78	2,40	0,08	
	31.	3 202,3	1 982,2	5 249,3	725,1	563,4	282,1	9,3	12 013,7	26,66	16,50	43,69	6,03	4,69	2,36	0,08	
April	7.	3 093,5	1 812,1	5 046,6	712,2	558,0	280,1	9,3	11 511,8	26,87	15,74	43,84	6,19	4,85	2,43	0,08	
	15.	3 043,8	1 752,1	4 902,7	697,1	548,3	275,7	9,3	11 229,0	27,11	15,60	43,66	6,21	4,88	2,46	0,08	
	23.	3 104,5	1 888,4	4 996,2	695,6	548,7	275,8	9,3	11 518,5	26,95	16,39	43,38	6,04	4,76	2,40	0,08	
	30.	3 166,9	1 952,5	5 146,3	706,5	553,4	278,0	9,3	11 812,9	26,81	16,53	43,57	5,98	4,68	2,36	0,08	
Mai	6.	3 097,1	1 844,6	5 075,9	706,4	555,8	279,2	9,3	11 568,3	26,77	15,95	43,88	6,11	4,80	2,41	0,08	
	15.	3 083,3	1 804,1	4 950,2	700,7	553,4	279,0	9,3	11 380,0	27,10	15,85	43,50	6,16	4,86	2,45	0,08	
	22.	3 113,9	1 899,9	5 033,1	702,8	555,0	279,8	9,3	11 593,8	26,86	16,39	43,41	6,06	4,79	2,41	0,08	
	29.	3 178,4	1 995,7	5 224,6	715,3	561,0	283,1	9,3	11 967,4	26,56	16,67	43,66	5,98	4,69	2,36	0,08	
Juni	5.	3 096,2	1 855,3	5 103,6	717,9	562,2	284,4	9,3	11 628,9	26,63	15,95	43,89	6,17	4,83	2,45	0,08	
	15.	3 048,5	1 794,1	4 956,4	710,2	555,9	284,6	9,3	11 359,0	26,84	15,79	43,64	6,25	4,89	2,51	0,08	
	23.	3 097,5	1 916,3	5 010,7	713,7	559,4	284,9	9,3	11 591,8	26,72	16,53	43,23	6,16	4,82	2,46	0,08	
	30.	3 224,1	2 018,3	5 240,1	734,1	570,4	289,8	9,3	12 086,1	26,68	16,70	43,35	6,07	4,72	2,40	0,08	
Juli	7.	3 123,2	1 883,3	5 161,9	737,8	572,3	291,2	9,3	11 779,0	26,52	15,99	43,82	6,26	4,86	2,47	0,08	
	15.	3 106,3	1 856,0	5 085,6	735,7	568,6	290,6	9,3	11 652,1	26,66	15,93	43,65	6,31	4,88	2,49	0,08	
	23.	3 128,1	1 989,1	5 202,0	741,6	570,1	291,8	9,3	11 932,0	26,22	16,67	43,60	6,21	4,78	2,44	0,08	
	31.	3 118,6	1 969,6	5 213,3	748,6	572,4	293,3	9,3	11 925,1	26,15	16,51	43,72	6,28	4,80	2,46	0,08	
August	7.	3 057,4	1 876,9	5 153,6	748,5	572,1	293,2	9,3	11 711,0	26,11	16,03	44,01	6,39	4,88	2,50	0,08	
	14.	3 030,5	1 824,2	5 025,9	738,5	566,5	290,7	9,3	11 485,6	26,39	15,88	43,76	6,43	4,93	2,53	0,08	
	21.	3 049,7	1 899,6	5 049,7	734,6	565,9	289,3	9,3	11 598,1	26,30	16,38	43,54	6,33	4,88	2,49	0,08	
	31.	3 097,6	2 005,1	5 239,9	745,2	573,9	292,3	9,3	11 963,3	25,89	16,76	43,80	6,23	4,80	2,44	0,08	
September	7.	3 050,0	1 887,1	5 143,3	741,9	573,0	291,9	9,3	11 696,5	26,08	16,13	43,97	6,34	4,90	2,50	0,08	
	15.	3 044,9	1 831,9	5 014,9	729,4	565,3	287,9	9,3	11 483,6	26,52	15,95	43,67	6,35	4,92	2,51	0,08	
	23.	3 093,6	1 944,2	5 052,1	725,1	563,7	287,0	9,3	11 675,0	26,50	16,65	43,27	6,21	4,83	2,46	0,08	
	30.	3 187,1	2 042,4	5 255,7	734,8	569,6	289,1	9,3	12 088,0	26,36	16,90	43,48	6,08	4,71	2,39	0,08	
Oktober	7.	3 123,9	1 921,9	5 182,1	731,9	570,8	289,1	9,3	11 829,0	26,41	16,25	43,81	6,19	4,82	2,44	0,08	
	15.	3 095,9	1 866,7	5 023,8	718,7	563,6	286,2	9,3	11 564,2	26,77	16,14	43,44	6,22	4,87	2,48	0,08	
	23.	3 189,0	2 028,5	5 177,0	720,9	564,7	286,0	9,3	11 975,4	26,63	16,94	43,23	6,02	4,71	2,39	0,08	
	30.	3 235,4	2 057,2	5 273,1	727,9	570,2	288,1	9,3	12 161,2	26,80	16,92	43,36	5,98	4,69	2,37	0,08	
November	6.	3 189,9	1 945,6	5 184,6	724,3	569,0	287,9	9,3	11 910,6	26,78	16,33	43,53	6,08	4,78	2,42	0,08	
	13.	3 177,7	1 914,9	5 089,5	722,1	568,3	288,2	9,3	11 770,0	27,00	16,27	43,24	6,13	4,83	2,45	0,08	
	23.	3 247,9	2 034,2	5 107,1	716,4	565,7	286,8	9,3	11 967,4	27,14	17,00	42,67	5,98	4,73	2,40	0,08	
	30.	3 390,0	2 220,3	5 397,1	736,5	576,9	292,0	9,3	12 622,1	26,86	17,59	42,76	5,84	4,57	2,31	0,07	
Dezember	7.	3 386,3	2 141,6	5 395,3	749,9	585,2	295,9	9,3	12 563,5	26,95	17,05	42,94	5,97	4,66	2,36	0,07	
	15.	3 555,4	2 221,5	5 433,0	755,9	589,1	297,9	9,3	12 862,1	27,64	17,27	42,24	5,88	4,58	2,32	0,07	
	23.	3 796,6	2 421,9	5 673,6	776,8	602,0	304,5	9,3	13 584,7	27,95	17,83	41,76	5,72	4,43	2,24	0,07	
	31.	3 736,1	2 253,2	5 443,1	765,8	595,9	302,6	9,3	13 106,0	28,51	17,19	41,53	5,84	4,55	2,31	0,07	
Jahres- durchschnitt	1968	2 888,7	1 574,4	4 664,1	663,6	522,1	255,2	9,4	10 577,5	27,31	14,89	44,09	6,27	4,94	2,41	0,09	
	1969	3 077,5	1 755,0	4 920,8	689,9	539,7	267,7	9,3	11 259,9	27,33	15,59	43,70	6,13	4,79	2,38	0,08	
	1970	3 169,5	1 927,0	5 109,9	720,9	563,3	284,8	9,3	11 784,7	26,90	16,35	43,36	6,11	4,78	2,42	0,08	

Giroverkehr

Beilage Nr. 3

Umsätze	Jahr	Barzahlungen	Verrechnungen	Platzübertragungen ¹	Übertragungen von und nach andern Bankplätzen	Total	Barzahlungen	Verrechnungen	Platzübertragungen ¹	Übertragungen von und nach andern Bankplätzen	Total
<i>Zahl der Posten</i>						<i>In 1000 Franken</i>					
Gutschriften	1966	18 684	89 770	1 942 803	83 347	2 134 604	1 488 949	39 436 745	417 296 432	48 460 423	506 682 549
	1967	19 392	88 243	2 170 003	82 953	2 360 591	1 687 434	47 294 357	554 963 540	55 185 749	659 131 080
	1968	18 697	93 292	2 436 780	86 649	2 635 418	1 735 451	57 437 034	804 732 722	66 387 373	930 292 580
	1969	17 245	89 305	2 779 022	93 071	2 978 643	2 026 230	61 414 812	1 259 691 586	82 322 838	1 405 455 466
	1970	16 426	91 007	3 295 824	96 014	3 499 271	2 152 122	106 873 069	1 765 953 887	75 234 176	1 950 213 254
Belastungen	1966	32 081	85 886	1 942 803	96 429	2 157 199	15 494 030	25 074 101	417 296 432	48 850 657	506 715 220
	1967	31 686	91 810	2 170 003	96 840	2 390 339	16 335 171	33 783 873	554 963 540	54 235 408	659 317 992
	1968	33 727	93 118	2 436 780	101 328	2 664 953	18 330 487	36 978 440	804 732 722	68 264 389	928 306 038
	1969	32 827	88 557	2 779 022	106 521	3 006 927	19 348 391	42 664 429	1 259 691 586	83 199 292	1 404 903 698
	1970	34 185	87 159	3 295 824	111 426	3 528 594	21 295 614	84 600 123	1 765 953 887	76 808 723	1 948 658 347
Total	1966	50 765	175 656	3 885 606	179 776	4 291 803	16 982 979	64 510 846	834 592 864	97 311 080	1 013 397 769
	1967	51 078	180 053	4 340 006	179 793	4 750 930	18 022 605	81 078 230	1 109 927 080	109 421 157	1 318 449 072
	1968	52 424	186 410	4 873 560	187 977	5 300 371	20 065 938	94 415 474	1 609 465 444	134 651 762	1 858 598 618
	1969	50 072	177 862	5 558 044	199 592	5 985 570	21 374 621	104 079 241	2 519 383 172	165 522 130	2 810 359 164
	1970	50 611	178 166	6 591 648	207 440	7 027 865	23 447 736	191 473 192	3 531 907 774	152 042 899	3 898 871 601
<i>Prozentuale Verteilung</i>											
Gutschriften	1966	0,87	4,21	91,01	3,91	100	0,29	7,78	82,36	9,57	100
	1967	0,82	3,74	91,93	3,51	100	0,25	7,18	84,20	8,37	100
	1968	0,71	3,54	92,46	3,29	100	0,19	6,17	86,50	7,14	100
	1969	0,58	3,00	93,30	3,12	100	0,14	4,37	89,63	5,86	100
	1970	0,47	2,60	94,19	2,74	100	0,11	5,48	90,55	3,86	100
Belastungen	1966	1,49	3,98	90,06	4,47	100	3,06	4,95	82,35	9,64	100
	1967	1,33	3,84	90,78	4,05	100	2,48	5,12	84,17	8,23	100
	1968	1,27	3,49	91,44	3,80	100	1,98	3,98	86,69	7,35	100
	1969	1,09	2,95	92,42	3,54	100	1,38	3,04	89,66	5,92	100
	1970	0,97	2,47	93,40	3,16	100	1,09	4,34	90,63	3,94	100
Total	1966	1,18	4,09	90,54	4,19	100	1,67	6,37	82,36	9,60	100
	1967	1,08	3,79	91,35	3,78	100	1,37	6,15	84,18	8,30	100
	1968	0,99	3,51	91,95	3,55	100	1,08	5,08	86,60	7,24	100
	1969	0,84	2,97	92,86	3,33	100	0,76	3,70	89,65	5,89	100
	1970	0,72	2,54	93,79	2,95	100	0,60	4,91	90,59	3,90	100

Mit Einschluss des Bankenclearing.

Geschäftsverkehr der einzelnen Bankstellen¹

Beilage Nr. 4

Jahr	Aarau	Basel	Bern	Genf	Lausanne	Lugano	Luzern	Neuenburg	St. Gallen	Zürich	Total
<i>In 1000 Franken</i>											
Kassenumsatz											
1966	1 687 043	4 330 273	18 145 147 ²	4 256 644	4 115 651	1 757 022	1 744 751	1 320 115	2 646 270	11 959 946	51 962 862 ²
1967	1 887 470	4 659 851	20 085 069 ²	4 198 822	4 620 864	1 890 965	1 845 550	1 434 089	2 825 660	12 765 403	56 213 743 ²
1968	2 085 924	5 375 353	20 901 945 ²	4 457 674	5 132 418	2 269 244	1 916 792	1 495 905	3 247 864	14 825 503	61 708 622 ²
1969	2 152 257	5 231 731	19 167 616 ²	4 961 488	5 393 366	2 574 005	2 113 991	1 596 531	3 678 080	15 398 795	62 267 860 ²
1970	2 329 734	5 696 554	20 037 800 ²	5 632 230	6 200 522	3 102 353	2 338 957	1 676 701	3 942 468	17 323 727	68 281 046 ²
Devisenverkehr											
1966	—	—	—	—	—	—	—	—	—	47 396 096	47 396 096
1967	—	—	—	—	—	—	—	—	—	67 305 048	67 305 048
1968	—	—	—	—	—	—	—	—	—	99 530 601	99 530 601
1969	—	—	—	—	—	—	—	—	—	101 135 287	101 135 287
1970	—	—	—	—	—	—	—	—	—	156 633 335	156 633 335
Diskontierungen von Schweizerwechslern, Schatzanweisungen des Bundes und Obligationen											
1966	22 193	38 074	92 608	16 678	31 179	5 460	91 553	26 050	52 667	432 252	808 714
1967	37 752	25 874	57 553	6 944	26 868	21 123	84 064	24 861	47 833	348 250	681 122
1968	35 447	28 838	52 213	5 442	28 090	27 621	76 889	26 332	55 889	947 572	1 284 333
1969	32 072	42 543	99 055	4 669	24 168	29 921	74 321	35 551	49 999	5 227 908	5 620 207
1970	49 560	59 222	72 764	5 903	31 231	37 773	74 325	32 546	49 081	2 082 303	2 494 708
Neue Lombardvorschüsse											
1966	29 692	23 366	275 229	70 096	71 304	7 614	155 205	38 797	169 274	78 208	918 785
1967	24 690	7 824	247 478	53 720	108 953	9 424	141 335	9 972	103 156	53 097	759 649
1968	29 873	17 052	241 115	46 795	78 319	5 476	114 115	15 671	157 332	220 670	926 418
1969	56 478	86 595	682 937	42 669	188 719	26 545	171 410	9 084	177 319	1 255 452	2 697 208
1970	39 623	44 474	469 687	17 230	71 403	16 959	131 135	11 522	137 006	1 420 534	2 359 573
Verkehr mit den Korrespondenten im Inland											
1966	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19 678 154	19 678 154
1967	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20 524 424	20 524 424
1968	—	—	—	—	—	—	—	—	—	22 274 480	22 274 480
1969	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23 794 101	23 794 101
1970	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26 279 655	26 279 655
Verkehr mit den Korrespondenten im Ausland											
1966	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 272 003	5 272 003
1967	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9 149 887	9 149 887
1968	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 046 031	5 046 031
1969	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 664 884	5 664 884
1970	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 412 602	5 412 602

¹ Der Verkehr der Agenturen ist in den Verkehrszahlen der vorgesetzten Bankstelle enthalten.

² Einschliesslich Gold im Ausland.

Jahr	Aarau	Basel	Bern	Genf	Lausanne	Lugano	Luzern	Neuenburg	St.Gallen	Zürich	Total
<i>In 1000 Franken</i>											
Inkassoverkehr (Einreichungen)											
1966	1 740	17 293	911 757	18 528	24 766	31	8 497	9 687	2 073	85 738	1 080 110
1967	1 224	10 645	1 080 046	19 838	23 360	6 169	4 330	8 636	2 951	123 579	1 280 778
1968	1 742	9 527	1 108 164	31 618	22 563	4 923	3 812	10 602	3 674	183 477	1 380 102
1969	930	21 339	1 305 999	16 243	29 890	3 775	6 241	8 201	3 248	99 036	1 494 902
1970	1 401	22 839	1 756 758	43 245	8 105	7 228	4 582	6 229	5 443	79 041	1 934 871
Giroverkehr											
1966	3 407 863	38 829 405	19 730 183	21 959 414	9 839 275	2 163 506	4 288 043	2 601 002	6 723 230	903 855 847	1 013 397 768
1967	3 362 918	40 833 925	23 507 049	26 220 669	9 980 486	2 391 188	4 150 136	2 539 302	6 951 697	1 198 511 702	1 318 449 072
1968	3 461 814	53 243 503	25 894 224	34 069 795	11 618 072	3 402 395	4 388 856	2 657 494	7 594 026	1 712 268 439	1 858 598 618
1969	3 752 401	72 685 342	30 342 782	38 476 200	14 180 040	3 774 960	5 478 721	2 969 979	8 521 605	2 630 177 134	2 810 359 164
1970	4 141 789	62 529 318	33 130 724	43 888 487	14 206 260	4 465 008	5 827 939	3 277 748	9 117 550	3 718 286 779	3 898 871 602
Verkehr mit den Bundesverwaltungen											
1966	—	—	78 449 841	—	—	—	—	—	—	—	78 449 841
1967	—	—	82 948 824	—	—	—	—	—	—	—	82 948 824
1968	—	—	89 875 687	—	—	—	—	—	—	—	89 875 687
1969	—	—	98 197 804	—	—	—	—	—	—	—	98 197 804
1970	—	—	108 126 907	—	—	—	—	—	—	—	108 126 907
Verkehr mit Deponenten											
1966	6 976	25 660	81 781	25 658	7 385	4 579	7 443	10 732	3 508	3 420 039	3 593 761
1967	8 671	23 868	111 481	35 730	11 648	4 130	6 698	10 126	4 309	3 197 645	3 414 306
1968	6 146	37 770	130 407	30 104	11 005	1 711	7 231	13 543	3 486	6 253 815	6 495 218
1969	6 423	34 527	135 995	21 707	10 431	1 882	5 295	10 159	3 984	6 373 773	6 604 176
1970	7 601	32 756	186 251	25 116	6 044	18 178	14 641	11 083	4 207	2 584 728	2 890 605
Gesamtumsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Abrechnungsstellen)											
1966	12 540 489	77 620 186	261 385 995	40 804 795	29 431 966	8 160 323	15 012 798	8 225 913	23 184 512	1 131 839 679	1 608 206 656
1967	13 049 491	80 601 059	278 088 455	45 987 719	30 099 210	8 717 574	15 237 205	8 352 997	24 375 837	1 458 526 002	1 963 035 549
1968	14 623 361	103 382 249	298 951 649	56 823 006	35 129 482	11 491 502	16 107 685	8 187 336	28 299 491	2 030 109 042	2 603 104 803
1969	14 329 101	137 121 237	317 256 123	64 968 110	38 475 574	12 440 696	18 038 788	10 036 451	29 645 185	2 975 212 652	3 617 523 917
1970	16 650 104	123 442 996	350 550 299	74 400 980	41 676 389	14 649 351	19 929 434	9 964 350	32 757 375	4 117 046 291	4 801 067 569
Umsatz der Abrechnungsstellen											
1966	—	4 965 513	485 803	3 837 990	818 351	—	—	85 201 ³	105 065	1 935 620	12 233 543
1967	—	4 622 678	499 339	5 372 152	838 792	—	—	85 662 ³	110 270	2 046 150	13 575 043
1968	—	7 086 736	510 001	7 191 969	1 137 813	—	—	89 644 ³	113 284	2 543 924	18 673 371
1969	—	8 315 050	585 332	8 223 314	1 316 361	—	—	118 806 ³	140 239	2 977 891	21 676 993
1970	—	4 557 082	729 545	9 082 904	1 339 547	—	—	160 409 ³	160 345	3 592 749	19 622 581

³ Einschliesslich Umsatz der Abrechnungsstelle in La Chaux-de-Fonds.

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr.5, Tabelle I

Bestände am Jahresende

Jahr	Metallbestand			Devisen ²	Inlandportefeuille				Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lombard- vor- schüsse
	Gold ¹	Silber	Total		Schweizer- wechsel	Schatz- anweisun- gen ³	Diskon- tierte Obliga- tionen	Total		
<i>In Millionen Franken</i>										
1907	75,5	5,8	81,3	27,7	77,9	—	—	77,9	—	2,7
1908	117,5	7,2	124,7	44,7	63,7	—	—	63,7	—	10,4
1909	124,0	14,4	138,4	48,2	111,0	—	—	111,0	—	14,7
1910	155,6	10,2	165,8	59,1	99,8	—	—	99,8	—	18,0
1911	160,7	9,2	169,9	24,6	130,4	—	7,0	137,4	—	16,8
1912	173,1	12,8	185,9	26,7	146,2	—	5,1	151,3	—	25,5
1913	170,0	20,8	190,8	42,3	100,0	—	9,4	109,4	—	28,4
1914	237,9	24,9	262,8	34,4	114,7	58,0	8,3	181,0	—	19,6
1915	250,1	51,3	301,4	49,6	63,9	75,0	3,5	142,4	—	21,0
1916	345,0	52,5	397,5	63,3	56,3	123,0	4,5	183,8	—	22,1
1917	357,7	51,8	409,5	47,8	88,4	233,0	6,0	327,4	—	45,2
1918	414,7	58,4	473,1	70,6	249,8	312,0	6,5	568,3	—	40,9
1919	517,0	73,6	590,6	94,8	184,1	301,0	2,0	487,1	—	32,7
1920	542,9	121,6	664,5	25,4	167,1	280,0	5,8	452,9	—	36,6
1921	549,5	108,3	657,8	58,8	44,8	287,0	2,9	334,7	—	76,2
1922	535,1	103,9	639,0	74,1	33,9	325,0	2,0	360,9	—	62,2
1923	537,2	90,7	627,9	94,4	102,5	155,0	4,5	262,0	—	85,3
1924	505,9	87,2	593,1	193,3	81,2	78,0	5,7	164,9	—	70,8
1925	467,1	89,3	556,4	222,5	70,2	68,5	3,2	141,9	—	72,4
1926	471,8	72,8	544,6	222,0	91,7	83,1	5,5	180,3	—	60,6
1927	517,0	62,9	579,9	197,9	128,8	71,7	6,2	206,7	—	78,5
1928	533,0	45,8	578,8	258,6	157,1	53,9	6,8	217,8	—	82,9
1929	595,0	23,5	618,5	362,3	95,2	39,1	15,1	149,4	—	75,2
1930	712,9	—	712,9	353,4	86,7	—	8,0	94,7	—	53,4
1931	2 346,9	—	2 346,9	107,0	27,7	0,4	6,5	34,6	—	64,7
1932	2 471,2	—	2 471,2	88,6	12,8	0,2	6,7	19,7	4,6	48,7
1933	1 998,1	—	1 998,1	17,7	19,0	15,2	16,7	50,9	58,3	94,7
1934	1 909,8	—	1 909,8	7,5	13,4	4,0	8,9	26,3	5,9	118,0
1935	1 388,8	—	1 388,8	8,3	25,3	114,6	12,6	152,5	85,5	142,2
1936	2 709,0	—	2 709,0	57,6	7,7	9,5	2,3	19,5	28,5	46,8
1937	2 679,2	—	2 679,2	513,1	5,3	1,7	1,9	8,9	10,3	34,8
1938	2 889,6	—	2 889,6	279,7	52,5	101,5	1,1	155,1	3,8	21,9
1939	2 264,6	—	2 261,6	361,7	46,3	46,4	5,7	98,4	6,8	89,6
1940	2 173,2	—	2 173,2	996,8	63,2	149,3	2,1	214,6	2,8	45,4

¹ Bewertung vom 20. Juni 1907 bis 10. November 1921: 1 kg Feingold = Fr. 3440; vom 11. November 1921 bis 6. Oktober 1936: 1 kg = Fr. 3435,555; vom 7. Oktober 1936 bis 30. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4639,13; seit 31. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4869,80.

² 1907 und 1908 nur Auslandswchsel; von 1909 bis 1927 nur Auslandswchsel und Sichtguthaben im Ausland.

³ Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.

Eigene Wert-schriften	Guthaben bei Kor-respon-denten im Inland ⁴	Noten-umlauf	Deckung des Noten-umlaufs durch den Metall-bestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten					Bilanz-summe	Jahr
				<i>Girorech-nungen von Banken, Handel und Industrie</i>	<i>Rech-nungen der Bundesver-waltungen</i>	<i>Rech-nungen der Depo-nenten</i>	<i>Konti Zahlungs-u. Clearing-abkommen</i>	<i>Total</i>		
<i>In Millionen Franken</i>			<i>%</i>	<i>In Millionen Franken</i>						
3,8	10,5	159,2	51,09	19,5	5,7	0,6	—	25,8	243,8	1907
6,2	8,2	204,1	61,11	21,1	13,1	0,8	—	35,0	292,9	1908
10,8	28,4	261,5	52,91	29,4	39,6	1,4	—	70,4	386,0	1909
10,0	35,0	297,2	55,77	22,4	45,7	0,7	—	68,8	421,0	1910
16,5	18,9	314,8	53,96	24,6	23,8	0,9	—	49,3	419,3	1911
7,1	19,2	339,2	54,80	28,9	25,4	1,2	—	55,5	451,0	1912
6,4	16,1	313,8	60,79	27,4	30,6	1,0	—	59,0	429,9	1913
9,3	14,7	455,9	57,65	54,6	8,6	7,6	—	70,8	589,2	1914
8,1	29,0	465,6	64,72	61,0	14,3	7,4	—	82,7	608,7	1915
6,8	18,2	536,5	74,07	89,8	12,7	27,3	—	129,8	735,1	1916
7,3	18,0	702,3	58,30	89,0	42,6	7,1	—	138,7	908,7	1917
8,6	28,1	975,7	48,49	79,1	20,1	88,4	—	187,6	1 239,0	1918
6,6	36,1	1 036,1	57,00	121,0	18,7	41,5	—	181,2	1 298,2	1919
5,9	35,0	1 023,7	64,90	146,4	11,4	5,4	—	163,2	1 273,1	1920
6,5	27,2	1 009,3	65,17	116,5	7,7	4,4	—	128,6	1 224,7	1921
9,8	18,9	976,4	65,44	147,4	11,0	5,7	—	164,1	1 224,3	1922
8,6	30,0	982,0	63,94	80,0	13,0	10,4	—	103,4	1 166,4	1923
6,8	38,6	913,9	64,89	102,8	8,3	6,0	—	117,1	1 107,5	1924
6,6	34,4	875,8	63,53	113,2	4,7	6,3	—	124,2	1 075,1	1925
6,4	33,6	873,9	62,31	127,0	4,3	5,5	—	136,8	1 087,6	1926
9,2	34,6	917,4	63,20	123,8	18,4	9,2	—	151,4	1 147,5	1927
19,0	40,6	952,6	60,75	141,5	54,0	6,6	—	202,1	1 236,4	1928
5,4	40,2	999,2	61,90	171,7	28,5	7,1	—	207,3	1 288,9	1929
104,0	32,7	1 062,1	67,12	213,2	28,0	7,9	—	249,1	1 391,9	1930
37,9	25,6	1 609,4	145,82	883,2	40,1	44,9	—	968,2	2 659,5	1931
50,8	15,7	1 612,6	153,24	922,3	51,0	67,9	—	1 041,2	2 743,5	1932
27,7	19,9	1 509,5	132,36	629,6	9,4	51,4	—	690,4	2 309,7	1933
52,5	19,2	1 440,3	132,60	539,4	39,6	45,9	—	624,9	2 179,2	1934
44,9	26,7	1 366,3	101,65	357,9	7,6	24,8	16,4	406,7	1 887,4	1935
15,9	14,2	1 482,2	182,76	1 093,9	183,4	29,9	62,9	1 370,1	3 505,9	1936
30,7	11,4	1 530,5	175,05	1 602,6	12,5	35,4	71,9	1 722,4	3 902,3	1937
90,9	9,6	1 751,0	165,02	1 592,6	8,2	31,2	39,9	1 671,9	4 081,0	1938
80,9	16,6	2 049,9	110,33	686,7	10,9	32,0	67,8	797,4	3 501,8	1939
87,8	20,0	2 273,4	95,59	1 018,6	6,8	41,6	119,9	1 186,9	3 727,7	1940

⁴ 1907 und 1908 einschliesslich Auslandskorrespondenten und Sichtguthaben im Ausland; von 1909 bis 1927 mit Einschluss der Auslandguthaben unter Weglassung der Sichtguthaben im Ausland.

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr. 5, Tabelle I (Forts.)

Bestände am Jahresende

Jahr	Goldbestand ¹	Devisen	Ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken	Kursgesicherte Guthaben bei ausländischen Notenbanken	Inlandportefeuille			Total	Wechsel der eidg. Darlehenskasse	Lombardvorschüsse	Eigene Wertschriften	Guthaben bei Korrespondenten	
					Schweizerwechsel	Schatzanweisungen ²	Diskontierte Obligationen					im Inland	im Ausland
<i>In Millionen Franken</i>													
1941	2 878,5	679,0	—	—	32,5	4,4	2,3	39,2	12,8	25,0	69,6	15,8	—
1942	3 565,2	61,8	—	—	123,8	85,3	0,8	209,9	12,0	25,2	63,9	16,3	—
1943	4 172,7	83,0	—	—	92,0	0,4	0,7	93,1	0,3	18,4	64,5	14,2	—
1944	4 554,1	102,4	—	—	69,5	—	1,6	71,1	—	27,6	64,2	13,9	—
1945	4 777,0	162,5	—	—	78,1	39,9	5,9	123,9	6,7	67,6	62,1	27,5	—
1946	4 949,9	158,0	—	—	46,1	14,5	13,9	74,5	9,6	164,2	52,7	51,7	—
1947	5 256,2	102,5	—	—	116,3	20,1	18,8	155,2	13,6	246,6	48,4	68,6	—
1948	5 821,0	236,6	—	—	115,2	1,5	8,8	125,5	1,6	79,0	47,4	50,4	—
1949	6 240,2	260,0	—	—	81,4	2,0	0,7	84,1	0,1	31,0	39,7	26,7	—
1950	5 975,8	256,4	—	—	165,3	31,5	4,4	201,2	—	85,0	40,9	60,3	—
1951	6 003,8	227,6	—	—	233,8	4,6	12,7	251,1	1,4	58,9	39,9	53,0	—
1952	5 876,1	490,9	—	—	243,9	—	1,8	245,7	—	64,0	40,1	37,5	—
1953	6 086,1	522,2	—	—	190,8	14,7	1,1	206,6	—	65,2	35,5	34,9	—
1954	6 323,4	649,8	—	—	91,6	2,0	9,6	103,2	—	116,6	46,5	41,3	—
1955	6 686,3	624,1	—	—	129,2	2,0	23,0	154,2	—	131,8	45,9	47,8	—
1956	7 102,9	627,0	—	—	170,9	21,5	80,0	272,4	—	186,9	45,7	56,1	—
1957	7 383,5	781,4	—	—	193,9	—	31,9	225,8	—	52,0	45,3	41,4	—
1958	8 329,3	560,9	—	—	56,0	—	2,3	58,3	—	21,8	44,6	33,0	—
1959	8 369,3	534,6	—	—	50,6	—	7,3	57,9	—	39,7	44,2	45,2	6,4
1960	9 454,7	583,0	—	—	49,2	—	4,3	53,5	—	37,8	43,3	45,1	6,8
1961	11 078,0	842,4	—	—	62,2	—	7,3	69,5	—	66,3	42,9	58,3	6,8
1962	11 543,3	867,4	207,0	—	67,4	45,0	11,2	123,6	—	71,7	42,8	77,8	10,2
1963	12 203,8	1 083,3	207,0	—	87,5	35,0	19,7	142,2	—	97,5	51,7	61,5	9,4
1964	11 793,6	1 679,1	432,0	431,3	109,8	24,8	28,0	162,6	—	77,7	65,3	75,3	17,0
1965	13 164,2	852,6	432,0	428,5	98,1	9,5	31,5	139,1	—	38,9	92,9	66,1	14,5
1966	12 297,4	2 060,3	432,0	518,9	97,8	16,7	43,3	157,8	—	109,3	181,7	81,5	15,4
1967	13 369,7	1 986,7	432,0	173,9	99,4	—	43,1	142,5	—	86,6	181,9	72,4	14,6
1968	11 355,8	5 601,2	1 442,0	108,3	256,2	6,8	25,5	288,5	—	160,1	180,6	99,7	21,7
1969	11 434,5	5 792,9	1 851,0	—	584,7	118,5	28,2	731,4	—	277,1	170,2	89,5	20,1
1970	11 821,3	8 441,1	1 851,0	—	306,6	71,0	21,4	399,0	—	223,5	156,0	82,8	25,5

¹ Bewertung seit 31. Mai 1940: 1 kg Feingold = Fr. 4869,80.

² Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

Noten- umlauf	Deckung des Noten- umlaufs durch den Gold- bestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten						Girorech- nungen von Banken mit voruber- gehender zeitlicher Bindung	Verbindlichkeiten auf Zeit		Pflicht- depots gemäss Bundes- beschluss vom 13. März 1964	Bilanz- summe	Jahr
		<i>Girorech- nungen von Banken, Handel u. Industrie</i>	<i>Rechnun- gen der Bundes- verwal- tungen</i>	<i>Rechnun- gen der Depo- nenten</i>	<i>Konti Zahlungs- und Clearing- abkom- men</i>	<i>Guthaben auslan- discher Banken³</i>	<i>Total</i>		<i>Sterili- sierungs- reskrip- tionen</i>	<i>Sonder- konto PTT</i>			
<i>In Millionen Franken</i>	<i>%</i>	<i>In Millionen Franken</i>											
2 336,7	123,18	896,9	194,7	44,6	108,9	—	1 245,1	—	—	—	—	3 880,6	1941
2 637,3	135,18	1 147,8	13,6	42,0	95,7	—	1 299,1	—	—	—	—	4 226,4	1942
3 048,5	136,87	1 065,3	9,2	47,1	126,7	—	1 248,3	—	—	—	—	4 597,2	1943
3 548,0	128,35	835,5	27,7	50,9	109,7	—	1 023,8	—	—	—	—	4 868,6	1944
3 835,2	124,55	843,2	6,6	106,8	162,0	—	1 118,6	—	—	—	—	5 266,5	1945
4 090,7	121,00	662,3	194,6	84,2	223,5	—	1 164,6	—	—	—	—	5 499,8	1946
4 383,4	119,91	722,3	127,2	59,4	263,4	—	1 172,3	—	—	—	—	5 932,1	1947
4 594,3	126,70	960,0	11,2	49,9	221,7	—	1 242,8	—	337,1	—	—	6 400,6	1948
4 566,3	136,66	1 334,8	105,8	40,9	249,6	—	1 731,1	—	200,0	—	—	6 721,9	1949
4 663,8	128,13	1 042,1	485,6	75,2	170,2	—	1 773,1	—	—	—	—	6 658,6	1950
4 927,3	121,85	1 101,9	225,4	41,6	159,9	—	1 528,8	—	—	—	—	6 675,9	1951
5 121,9	114,73	1 209,2	78,9	39,0	126,8	—	1 453,9	—	—	—	—	6 796,8	1952
5 228,5	116,40	1 147,3	157,3	64,8	171,5	—	1 540,9	—	—	—	—	6 996,8	1953
5 411,6	116,85	1 255,2	216,1	49,4	171,5	—	1 692,2	—	—	—	—	7 327,2	1954
5 515,5	121,23	1 623,8	268,9	15,6	82,1	—	1 990,4	—	—	—	—	7 738,2	1955
5 809,7	122,26	1 570,6	609,2	17,4	89,2	—	2 286,4	—	—	—	—	8 340,1	1956
5 931,2	124,49	1 831,1	471,0	16,2	74,7	—	2 393,0	—	—	—	—	8 574,6	1957
6 109,3	136,34	2 541,2	105,7	18,2	61,3	—	2 726,4	—	—	—	—	9 098,9	1958
6 343,9	131,93	2 330,7	165,6	16,9	22,1	—	2 535,3	—	—	—	—	9 141,5	1959
6 854,1	137,94	2 288,4	416,6	18,1	33,3	—	2 756,4	—	390,3	—	—	10 266,2	1960
7 656,0	144,70	1 996,1	662,5	19,7	37,2	231,5	2 947,0	1 035,0	293,5	—	—	12 206,6	1961
8 506,1	135,71	2 294,2	355,9	21,6	30,0	98,0	2 799,7	1 035,0	373,0	—	—	12 994,7	1962
9 035,4	135,07	2 700,0	389,4	27,3	39,3	31,8	3 187,8	1 035,0	357,3	—	—	13 910,2	1963
9 721,8	121,31	2 907,9	291,5	21,2	24,4	25,6	3 270,6	1 035,0	433,2	—	3,4	14 787,6	1964
10 042,5	131,08	3 005,0	126,2	19,0	20,9	44,3	3 215,4	1 035,0	602,0	—	19,9	15 287,6	1965
10 651,1	115,46	2 982,2	375,2	15,4	23,3	34,4	3 430,5	1 035,0	389,0	—	2,3	15 922,3	1966
11 326,8	118,04	3 810,8	230,7	20,5	29,0	53,9	4 144,9	—	550,0	—	—	16 519,0	1967
12 047,3	94,26	5 776,2	505,0	23,9	33,4	75,1	6 413,6	—	233,1	—	—	19 339,7	1968
12 518,4	91,34	6 353,4	493,0	18,8	40,0	49,6	6 954,8	—	141,9	—	—	20 482,5	1969
13 106,0	90,20	7 749,6	405,3	28,5	18,3	208,4	8 410,1	—	201,7	200,0	—	23 095,3	1970

³ Vor 1961 in den Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie inbegriffen.

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr. 5, Tabelle II

Jahresdurchschnitte

Jahr	Metallbestand			Devisen ²	Inlandportefeuille			Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lom- bard- vor- schüsse	
	Gold ¹	Silber	Total		Schweizer- wechsel ³	Schatzan- weisungen ⁴	Diskon- tierte Obli- gationen			Total
<i>In Millionen Franken</i>										
1907	52,1	6,3	58,4	19,0	36,7	—	—	36,7	—	0,6
1908	98,3	8,1	106,4	39,0	24,0	—	—	24,0	—	2,5
1909	121,5	15,2	136,7	49,6	41,7	—	—	41,7	—	4,4
1910	143,3	16,1	159,4	44,7	70,9	—	—	70,9	—	5,9
1911	158,5	14,8	173,3	56,1	60,5	—	5,6	66,1	—	7,0
1912	168,1	13,0	181,1	34,7	78,1	—	4,5	82,6	—	12,2
1913	170,5	23,1	193,6	48,7	57,9	—	2,3	60,2	—	15,7
1914	195,1	17,2	212,3	45,9	103,5	—	7,2	110,7	—	20,1
1915	241,5	47,8	289,3	35,1	108,6	—	3,5	112,1	—	16,9
1916	271,5	54,0	325,5	72,1	126,1	—	1,2	127,3	—	17,7
1917	344,6	52,7	397,3	52,7	170,6	—	0,9	171,5	—	28,3
1918	377,1	55,3	432,4	53,7	321,7	—	2,1	323,8	—	36,4
1919	451,5	64,8	516,3	62,1	418,2	—	1,5	419,7	—	38,7
1920	534,2	93,0	627,2	84,6	303,1	—	4,0	307,1	—	32,3
1921	544,2	122,7	666,9	26,5	308,5	—	1,9	310,4	—	41,9
1922	532,4	111,1	643,5	72,8	251,3	—	1,6	252,9	—	49,1
1923	531,5	100,0	631,5	79,3	254,2	—	4,4	258,6	—	49,1
1924	518,6	94,5	613,1	122,9	153,0	—	4,3	157,3	—	66,6
1925	485,7	89,4	575,1	211,8	87,3	—	2,0	89,3	—	48,6
1926	429,1	85,9	515,0	218,0	105,0	—	2,0	107,0	—	45,6
1927	450,5	69,3	519,8	205,1	131,9	—	5,1	137,0	—	48,6
1928	450,3	56,2	506,5	219,8	144,5	—	7,9	152,4	—	62,8
1929	506,6	37,0	543,6	248,6	125,7	—	8,5	134,2	—	61,3
1930	607,2	5,6	612,8	361,6	40,0	—	8,4	48,4	—	42,2
1931	1 165,0	—	1 165,0	353,7	35,3	—	5,7	41,0	—	45,2
1932	2 546,0	—	2 546,0	81,4	13,9	4,6	4,5	23,0	3,0	45,8
1933	2 119,5	—	2 119,5	21,7	10,2	4,2	5,9	20,3	19,5	53,1
1934	1 788,1	—	1 788,1	14,1	12,3	20,2	6,1	38,6	21,5	75,0
1935	1 457,1	—	1 457,1	18,7	34,0	42,8	8,5	85,3	41,3	87,6
1936	1 690,5	—	1 690,5	23,7	9,4	79,9	4,5	93,8	50,7	63,8
1937	2 640,0	—	2 640,0	191,6	6,2	2,0	3,8	12,0	14,3	32,3
1938	2 849,0	—	2 849,0	384,3	17,1	16,3	1,5	34,9	5,7	22,7
1939	2 530,2	—	2 530,2	280,3	24,3	64,8	3,0	92,1	7,8	36,4
1940	2 144,9	—	2 144,9	517,0	67,5	143,1	3,4	214,0	6,5	66,8

¹ Bewertung vom 20. Juni 1907 bis 10. November 1921: 1 kg Feingold = Fr. 3440; vom 11. November 1921 bis 6. Oktober 1936: 1 kg = Fr. 3435.555; vom 7. Oktober 1936 bis 30. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4639.13; seit 31. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4869.80.

² 1907 und 1908 nur Auslandwechsel; von 1909 bis 1927 nur Auslandwechsel und Sichtguthaben im Ausland.

³ Bis 1931 einschliesslich Schatzanweisungen.

⁴ Vor 1932 nicht berechnet.

Eigene Wert-schriften	Guthaben bei Korre-spondenten im Inland ⁵	Notenumlauf	Deckung des Notenum-laufs durch den Metall-bestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten					Jahr
				<i>Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie</i>	<i>Rechnungen der Bundes-verwaltungen</i>	<i>Rechnungen der Deponenten</i>	<i>Konti Zahlungs-u. Clearing-abkommen</i>	<i>Tota</i>	
<i>In Millionen Franken</i>			%	<i>In Millionen Franken</i>					
3,2	9,6	88,9	65,74	15,3	9,4	1,0	—	25,7	1907
9,0	8,5	145,9	72,95	13,6	10,6	1,2	—	25,4	1908
8,0	6,3	191,4	71,41	17,5	18,2	1,3	—	37,0	1909
12,2	28,8	241,4	66,03	15,1	43,0	1,8	—	59,9	1910
12,5	22,4	253,6	68,35	16,3	40,8	1,6	—	58,7	1911
11,1	10,9	269,3	67,25	16,4	25,4	1,4	—	43,2	1912
9,3	11,2	272,4	71,09	15,8	28,5	0,7	—	45,0	1913
11,7	10,4	335,1	63,33	34,5	19,0	4,0	—	57,5	1914
8,9	23,6	409,9	70,57	44,0	20,4	6,3	—	70,7	1915
7,8	13,6	430,3	75,63	94,9	15,8	8,1	—	118,8	1916
7,6	13,4	535,8	74,15	80,9	19,9	10,3	—	111,1	1917
9,7	17,6	733,1	58,98	71,1	14,8	33,0	—	118,9	1918
7,7	21,4	905,8	57,00	73,9	16,7	29,0	—	119,6	1919
6,6	27,6	933,8	67,16	96,0	14,5	10,4	—	120,9	1920
5,8	20,2	925,1	72,09	95,3	12,5	4,8	—	112,6	1921
8,6	21,9	817,6	78,71	181,5	15,6	6,2	—	203,3	1922
8,9	18,4	875,0	72,17	130,0	14,0	8,6	—	152,6	1923
7,1	25,5	850,5	72,08	66,9	28,3	10,0	—	105,2	1924
7,1	21,7	797,6	72,10	98,3	11,8	6,3	—	116,4	1925
6,5	19,1	769,0	66,96	81,7	13,5	7,1	—	102,3	1926
6,5	24,6	798,8	65,06	85,4	19,2	6,3	—	110,9	1927
6,3	22,3	818,3	61,89	82,4	21,3	6,9	—	110,6	1928
3,9	24,9	855,7	63,52	89,4	15,5	7,4	—	112,3	1929
59,9	20,4	894,0	68,54	167,8	31,6	6,8	—	206,2	1930
85,8	15,1	1 141,0	102,09	483,0	25,8	19,1	—	527,9	1931
40,6	9,7	1 508,4	168,79	1 075,1	59,1	61,8	—	1 196,0	1932
61,7	12,0	1 440,1	147,17	702,7	24,8	62,6	—	790,1	1933
46,9	10,3	1 349,2	132,52	515,0	12,5	46,1	—	573,6	1934
55,7	11,2	1 283,0	113,57	349,9	14,0	29,4	5,0	398,3	1935
42,4	8,7	1 293,9	130,64	541,3	29,0	27,7	27,2	625,2	1936
17,9	6,6	1 378,4	191,51	1 305,3	86,1	28,4	69,5	1 489,3	1937
74,4	6,0	1 555,4	183,17	1 703,7	18,1	44,1	45,0	1 810,9	1938
93,2	7,5	1 802,3	140,38	1 093,2	12,0	33,1	44,4	1 182,7	1939
86,2	8,5	2 081,9	103,02	744,3	4,4	38,6	80,5	867,8	1940

⁵ 1907 und 1908 einschliesslich Auslandkorrespondenten und Sichtguthaben im Ausland; von 1909 bis 1927 mit Einschluss der Auslandguthaben unter Weglassung der Sichtguthaben im Ausland.

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr. 5, Tabelle II (Forts.)

Jahresdurchschnitte

Jahr	Goldbestand ¹	Devisen	Inlandportefeuille			Total	Wechsel der eidg. Darlehenskasse	Lombardvorschüsse	Eigene Wertschriften	Guthaben bei Korrespondenten	
			Schweizerwechsel	Schatzanweisungen ²	Diskontierte Obligationen					im Inland	im Ausland
<i>In Millionen Franken</i>											
1941	2 347,3	1 153,5	63,8	63,9	1,6	129,3	9,3	25,4	73,5	7,5	—
1942	3 390,6	175,1	76,2	25,4	1,2	102,8	6,8	19,4	66,3	7,1	—
1943	3 774,4	65,6	87,1	61,2	0,7	149,0	0,4	16,7	64,8	7,4	—
1944	4 384,3	90,1	76,2	20,0	1,0	97,2	1,4	17,0	64,3	7,6	—
1945	4 691,1	117,3	68,1	112,8	1,1	182,0	0,3	19,6	63,8	9,3	—
1946	4 818,0	171,7	48,1	6,4	2,8	57,3	1,0	36,3	58,8	13,3	—
1947	5 129,9	113,6	36,2	8,0	7,7	51,9	3,9	59,7	50,8	16,8	—
1948	5 662,7	135,7	118,7	1,6	11,3	131,6	4,5	59,5	47,7	16,8	—
1949	6 046,1	305,2	102,4	0,3	2,2	104,9	0,2	27,6	41,7	9,7	—
1950	6 179,4	297,9	86,8	0,7	1,2	88,7	0,0	23,3	41,2	11,3	—
1951	6 000,9	225,5	150,0	2,6	2,3	154,9	0,1	30,9	40,1	13,8	—
1952	5 847,5	337,1	201,2	0,8	3,4	205,4	0,3	30,0	40,1	13,0	—
1953	5 998,7	511,4	191,6	0,7	0,9	193,2	—	24,7	35,8	13,0	—
1954	6 176,7	517,5	111,9	0,5	1,5	113,9	—	26,1	43,7	14,5	—
1955	6 304,5	597,9	88,9	1,2	8,6	98,7	—	44,7	46,1	17,1	—
1956	6 794,6	585,8	100,5	1,6	15,8	117,9	—	47,7	45,4	19,8	—
1957	7 096,4	538,3	128,5	0,5	15,8	144,8	—	31,6	45,4	16,3	—
1958	7 957,8	539,2	108,6	0,1	2,6	111,3	—	11,4	44,9	11,2	—
1959	8 285,9	444,1	46,6	—	0,7	47,3	—	8,5	44,3	10,5	4,9
1960	8 151,0	522,4	48,2	0,0	1,7	49,9	—	15,6	43,6	13,4	7,1
1961	10 049,6	1 121,6	48,0	—	1,5	49,5	—	13,8	43,0	13,0	8,1
1962	10 613,6	827,3	53,6	1,1	5,3	60,0	—	16,1	42,8	16,1	10,4
1963	10 753,3	844,1	59,6	2,7	4,5	66,8	—	17,5	91,9	16,3	11,5
1964	11 080,6	1 232,4	77,0	5,2	9,8	92,0	—	29,4	58,3	20,0	22,5
1965	11 672,4	971,7	77,5	5,6	10,0	93,1	—	20,9	78,0	22,1	21,5
1966	11 621,5	983,4	86,5	4,7	18,6	109,8	—	32,6	144,1	26,4	18,3
1967	11 982,3	1 351,8	92,5	4,7	15,0	112,2	—	30,5	185,1	26,9	20,9
1968	11 586,5	1 602,6	104,4	3,3	6,5	114,2	—	27,3	181,0	26,8	21,5
1969	11 431,6	2 020,8	193,4	9,3	19,6	222,3	—	71,1	176,0	32,2	23,2
1970	11 615,5	3 418,7	134,6	9,5	11,3	155,4	—	47,0	167,6	39,3	25,9

¹ Bewertung seit 31. Mai 1940: 1 kg Feingold = Fr. 4869.80.

² Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

Notenumlauf	Deckung des Notenumlaufs durch den Goldbestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten					Total	Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung	Verbindlichkeiten auf Zeit	Jahr
		Girorechnungen von Banken, Handel u. Industrie	Rechnungen der Bundesverwaltungen	Rechnungen der Deponenten	Konti Zahlungs- u. Clearingabkommen	Guthaben ausländischer Banken ³				
<i>In Millionen Franken</i>	%	<i>In Millionen Franken</i>								
2 107,8	111,36	1 309,1	60,8	50,5	102,0	—	1 522,4	—	—	1941
2 251,4	150,60	1 197,1	86,7	52,5	99,4	—	1 435,7	—	—	1942
2 646,5	142,62	1 195,9	54,3	45,4	127,1	—	1 422,7	—	—	1943
3 025,1	144,93	1 097,2	146,1	60,2	129,8	—	1 433,3	—	—	1944
3 517,6	133,36	1 017,8	42,7	83,0	137,1	—	1 280,6	—	—	1945
3 633,2	132,61	813,8	131,9	90,8	189,9	—	1 226,4	—	—	1946
3 940,6	130,18	734,0	147,2	74,4	242,9	—	1 198,5	—	—	1947
4 167,9	135,86	935,0	64,5	51,6	256,6	—	1 307,7	—	401,9	1948
4 259,9	141,93	1 373,0	149,1	54,2	240,9	—	1 817,2	—	269,3	1949
4 239,6	145,75	1 512,1	305,5	58,6	242,4	—	2 118,6	—	176,0 ⁴	1950
4 419,5	135,78	1 269,2	384,0	51,3	153,0	—	1 857,5	—	—	1951
4 596,2	127,22	1 176,7	319,5	41,7	154,2	—	1 692,1	—	—	1952
4 783,6	125,40	1 373,9	203,8	99,8	127,7	—	1 805,2	—	—	1953
4 904,0	125,95	1 354,5	229,1	54,4	164,2	—	1 802,2	—	—	1954
5 056,8	124,67	1 397,2	303,2	30,3	142,9	—	1 873,6	—	—	1955
5 189,7	130,92	1 672,0	458,7	17,7	74,3	—	2 222,7	—	—	1956
5 467,2	129,80	1 788,4	283,8	17,6	106,4	—	2 196,2	—	—	1957
5 501,2	144,66	2 600,3	270,6	17,9	66,5	—	2 955,3	—	—	1958
5 705,3	145,23	2 610,3	264,9	17,8	36,4	—	2 929,4	—	—	1959
6 042,4	134,90	2 112,3	289,0	17,6	23,8	—	2 442,7	—	399,2 ⁵	1960
6 672,9	150,60	2 346,5	684,9	21,2	29,8	222,6 ⁶	3 198,4	1 035,0 ⁷	397,8	1961
7 358,9	144,23	2 034,2	326,4	21,7	23,6	187,6	2 593,5	1 035,0	399,4	1962
8 002,8	134,37	2 046,3	195,1	26,0	21,6	59,7	2 348,7	1 035,0	399,1	1963
8 638,6	128,27	2 059,2	283,1	24,5	27,0	32,2	2 426,0	1 035,0	483,3	1964
9 179,1	127,16	2 173,9	232,2	26,9	18,8	44,5	2 496,3	1 035,0	597,5	1965
9 566,5	121,48	1 997,2	287,5	19,8	15,8	37,8	2 358,1	1 035,0	587,0	1966
10 013,4	119,66	2 366,4	234,0	18,1	19,7	57,3	2 695,5	805,0	588,3	1967
10 577,5	109,54	3 006,2	250,0	18,6	28,8	46,9	3 350,5	—	476,6	1968
11 259,9	101,53	3 061,8	306,8	20,1	23,8	46,1	3 458,6	—	324,0	1969
11 784,7	98,56	3 562,5	517,8	20,9	25,3	62,3	4 188,8	—	428,3	1970

³ Vor 1961 in den Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie inbegriffen.

⁴ Durchschnitt Januar bis Juli.

⁵ Durchschnitt Oktober bis Dezember.

⁶ Durchschnitt Ende Juni bis Dezember.

⁷ Durchschnitt Ende März bis Dezember.

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr. 5, Tabelle III

Umsätze

Jahr	Kassen- umsatz ¹	Devisen- verkehr ²	Diskontierungen					Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lombard- vorschüsse	Verkehr in eigenen Wert- schriften	
			Inlandportefeuille								
			Schweizerwechsel		Schatzan- weisungen ³	Obl- gationen	Total				
			Betrag	Durch- schnittl. Laufzeit							
In Millionen Franken			Tage	In Millionen Franken							
1907	1 819,5	124,4	317,7	28	—	—	317,7	—	13,4	6,4	
1908	2 567,9	310,2	465,2	18	—	—	465,2	—	85,5	37,5	
1909	2 890,5	337,4	569,4	29	—	—	569,4	—	113,6	44,0	
1910	3 265,4	381,7	965,8	26	—	—	965,8	—	126,7	40,4	
1911	3 548,0	364,8	903,0	26	—	12,4	915,4	—	127,9	46,5	
1912	3 920,1	424,8	1 082,0	26	—	28,3	1 110,3	—	174,4	16,0	
1913	3 798,2	472,3	956,9	21	—	27,3	984,2	—	215,1	12,4	
1914	4 434,9	350,5	907,5	38	124,0	48,2	1 079,7	—	152,7	15,6	
1915	3 649,1	430,6	484,1	33	444,0	22,5	950,6	—	94,1	5,6	
1916	4 250,7	662,6	237,2	29	954,0	10,5	1 201,7	—	90,5	8,3	
1917	4 479,0	513,8	336,9	28	1 392,0	12,5	1 741,4	—	175,4	6,8	
1918	6 219,3	484,5	1 158,8	37	1 962,0	21,6	3 142,4	—	300,4	4,4	
1919	5 690,1	740,2	1 384,0	32	2 365,0	11,4	3 760,4	—	275,8	2,9	
1920	6 181,3	558,7	1 373,1	38	1 949,0	33,9	3 356,0	—	315,3	6,7	
1921	5 964,1	428,8	516,1	35	1 884,0	15,2	2 415,3	—	262,7	6,5	
1922	5 997,1	579,4	160,3	47	1 083,0	10,9	1 254,2	—	226,1	7,4	
1923	5 818,9	584,2	476,2	35	1 419,0	27,7	1 922,9	—	341,9	4,5	
1924	5 684,6	716,8	741,4	38	181,0	30,4	952,8	—	576,8	4,0	
1925	6 314,6	1 098,6	292,1	35	1 744,4	11,8	478,3	—	317,4	27,3	
1926	6 520,5	1 125,9	451,7	26	153,0	15,2	619,9	—	350,6	7,3	
1927	7 056,5	1 199,3	828,7	28	93,0	30,5	952,2	—	470,4	12,8	
1928	6 801,1	11 228,6	1 093,0	28	14,0	49,9	1 156,9	—	681,7	72,5	
1929	6 689,1	10 499,3	957,9	29	24,0	56,4	1 038,3	—	712,7	37,5	
1930	6 948,2	9 369,0	294,2	35	62,0	43,8	400,0	—	449,6	309,0	
1931	9 386,6	15 370,5	229,7	41	193,0	33,4	456,1	—	406,7	449,9	
1932	6 566,4	3 747,8	79,4	57	62,9	29,1	171,4	7,5	282,8	58,8	
1933	6 171,0	5 310,7	73,7	52	139,7	43,7	257,1	143,8	394,2	88,0	
1934	5 248,5	3 025,3	79,9	53	573,5	33,1	686,5	88,5	437,9	52,5	
1935	5 706,7	4 566,6	245,7	52	431,6	57,5	734,8	272,8	664,9	119,9	
1936	6 899,0	2 313,5	53,3	54	650,0	22,0	725,3	234,0	343,7	215,4	
1937	6 030,0	7 893,4	39,0	55	10,6	21,0	70,6	63,0	165,9	31,5	
1938	8 435,8	4 736,6	122,6	74	295,2	9,3	427,1	28,6	107,5	102,4	
1939	9 870,8	5 348,1	106,3	75	449,8	19,7	575,8	41,4	277,2	118,5	
1940	9 291,5	6 105,8	324,2	79	1 281,4	20,4	1 626,0	46,4	404,0	22,0	

¹ Seit 1938 einschliesslich Gold im Ausland.

² 1907 bis 1927 ist nur der Betrag der diskontierten und angekauften Auslandswchsel angegeben; der Verkehr der Auslandskorrespondenten ist bis 1927 im Umsatz der Korrespondentenrechnungen im Inland inbegriffen.

³ Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.

Verkehr mit den Korrespondenten im Inland ⁴	Inkassoverkehr Einreichungen	Giroverkehr	Verkehr zwischen Nationalbankkunden und Postcheckkonti	Verkehr mit den Bundesverwaltungen	Verkehr mit Deponenten	Verkehr der Konti Zahlungs- und Clearingabkommen	Auf die Bank ausgestellte Checks u. Generalmandate ⁵	Gesamtumsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Abrechnungsstellen)	Umsatz der Abrechnungsstellen	Jahr
1 143,2	64,5	5 019,5	—	367,0	5,5	—	—	15 876,2	2 133,7	1907
1 839,4	131,0	10 610,1	37,9	1 066,5	12,0	—	22,9	31 056,2	2 997,4	1908
1 819,1	286,5	13 683,3	178,1	1 411,8	23,5	—	48,6	37 578,2	3 483,7	1909
2 205,8	360,9	16 616,6	297,6	1 663,9	42,8	—	48,6	44 845,6	4 036,0	1910
2 553,6	399,4	17 480,0	364,8	1 997,1	45,4	—	34,5	47 493,6	4 305,0	1911
2 852,8	454,8	19 641,0	454,8	2 115,1	57,7	—	34,7	55 760,6	4 614,6	1912
2 982,7	483,3	18 799,0	487,1	2 238,5	51,9	—	31,9	54 962,4	5 471,6	1913
2 353,7	323,5	17 438,1	502,6	2 353,8	194,9	—	23,9	56 172,0	4 146,8	1914
2 785,7	276,5	18 920,7	575,2	3 933,7	197,7	—	31,1	59 920,6	3 923,7	1915
3 980,9	254,0	26 918,2	707,1	5 655,7	329,0	—	42,6	86 220,6	4 914,9	1916
3 784,5	266,3	28 891,5	962,2	7 217,3	405,5	—	68,8	103 332,4	5 793,2	1917
4 088,9	381,2	38 016,6	1 328,7	10 155,4	1 122,8	—	59,5	142 371,6	7 578,0	1918
5 481,0	420,6	43 616,2	1 361,5	12 381,5	856,6	—	41,6	159 069,8	9 664,3	1919
6 312,9	477,2	51 599,2	1 554,5	12 693,5	382,9	—	34,9	169 423,4	14 831,3	1920
4 870,3	371,8	48 803,6	1 433,5	12 563,1	192,5	—	22,0	161 033,0	12 701,4	1921
4 712,9	293,9	46 262,0	1 368,9	10 601,1	311,6	—	26,0	121 686,4	10 281,2	1922
6 233,5	358,4	51 646,4	1 467,7	13 058,3	377,7	—	30,3	136 914,8	11 372,0	1923
7 274,2	459,2	57 981,2	1 652,5	10 874,4	494,3	—	22,2	130 707,2	13 128,4	1924
7 778,8	433,0	58 206,0	1 726,9	10 956,9	407,3	—	63,5	131 395,0	13 185,0	1925
6 405,5	430,4	63 755,5	1 707,0	10 280,9	436,2	—	55,5	133 765,6	13 617,9	1926
7 702,0	488,9	76 062,7	1 800,8	11 017,4	465,5	—	60,9	150 757,6	15 652,8	1927
2 933,8	593,3	79 462,8	1 951,0	11 276,1	1 204,3	—	66,4	159 714,6	14 747,6	1928
2 956,3	589,0	77 063,9	2 121,7	11 626,5	1 985,5	—	61,3	158 593,7	13 761,5	1929
2 888,1	549,0	78 448,4	2 204,5	13 656,5	1 755,1	—	142,2	158 659,2	12 586,0	1930
2 706,1	628,6	74 074,5	2 139,2	12 082,0	1 047,1	—	179,7	170 066,7	10 243,8	1931
2 456,3	584,1	41 755,3	2 028,2	10 291,6	526,8	—	169,3	108 175,0	5 193,3	1932
2 321,2	511,2	44 954,6	2 048,4	9 904,4	566,7	—	160,0	113 801,0	4 824,6	1933
2 292,0	467,0	39 524,8	2 151,1	11 038,7	790,2	—	136,0	104 803,8	4 013,8	1934
2 222,7	320,5	39 566,4	2 113,7	9 803,0	542,0	2 157,9	110,5	109 537,7	3 267,8	1935
2 150,5	296,6	41 231,0	1 990,9	11 230,1	609,4	2 627,7	104,0	118 067,9	3 066,7	1936
2 311,6	287,5	44 139,2	2 357,1	9 161,2	574,6	3 680,8	134,8	128 825,4	3 712,9	1937
2 298,6	272,5	41 076,5	2 492,3	9 636,8	496,5	3 589,6	138,4	113 198,6	3 563,9	1938
2 446,0	307,5	41 412,6	2 677,2	11 175,3	589,3	3 905,3	181,9	125 049,3	3 331,8	1939
2 496,4	283,9	34 238,1	3 764,3	16 059,7	674,5	5 179,8	161,4	141 568,3	2 130,3	1940

⁴ 1907 bis 1927 einschliesslich Verkehr der Auslandskorrespondenten; ab 1928 nur Verkehr der Korrespondenten im Inland.

⁵ Bis 1924 nur Generalmandate.

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr.5, Tabelle III (Forts.)

Umsätze

Jahr	Kassen- umsatz ¹	Devisen- verkehr	Diskontierungen					Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lombard- vorschüsse	Verkehr in eigenen Wert- schriften
			Inlandportfeuille							
			Schweizerwechsel		Schatzan- weisungen ²	Oblj- gationen	Total			
			Betrag	Durch- schnittl. Laufzeit						
In Millionen Franken			Tage	In Millionen Franken						
1941	7 836,4	7 844,4	290,1	86	728,9	10,5	1 029,5	58,5	158,1	24,0
1942	9 194,0	5 280,4	462,3	86	474,6	6,9	943,8	49,9	152,6	15,3
1943	9 683,4	1 936,9	459,2	85	663,2	3,9	1 126,3	16,4	134,0	4,4
1944	10 522,5	3 119,5	566,8	77	404,1	8,3	979,2	19,8	141,5	4,9
1945	12 005,6	6 734,2	408,3	74	977,8	10,7	1 396,8	65,7	276,1	7,0
1946	14 043,1	4 716,9	363,5	74	236,8	26,6	626,9	61,5	498,0	17,4
1947	21 023,4	3 584,3	275,6	66	74,4	63,8	413,8	84,1	864,9	11,5
1948	17 787,7	4 936,2	803,4	71	27,6	60,2	896,2	59,5	664,6	5,0
1949	15 720,1	6 421,6	465,6	85	6,2	8,8	480,6	41,4	244,8	16,1
1950	17 841,5	6 316,2	470,3	78	32,7	9,6	512,6	20,0	308,0	5,9
1951	15 933,8	6 960,0	842,5	79	27,5	23,1	893,1	2,9	437,7	4,4
1952	16 645,0	9 518,0	1 264,9	85	8,1	12,5	1 285,5	1,6	448,6	4,7
1953	17 130,8	13 518,0	1 100,3	88	23,7	4,7	1 128,7	—	358,8	63,9
1954	18 230,1	17 961,2	817,7	86	2,0	14,7	834,4	—	474,9	22,3
1955	18 609,2	21 665,5	836,9	83	23,7	63,7	924,3	—	774,8	4,6
1956	23 143,6	22 895,8	922,1	81	36,5	124,7	1 083,3	—	847,6	27,7
1957	35 038,4	19 667,6	1 053,6	43 ³	0,3	63,2	1 117,1	—	559,9	0,6
1958	33 429,7	24 195,4	827,5	45 ⁴	0,3	6,7	834,5	—	217,0	23,4
1959	29 399,6	19 956,0	523,3	50 ⁴	—	9,8	533,1	—	202,9	19,3
1960	29 297,6	33 172,5	533,8	51 ⁴	0,5	9,5	543,8	—	331,0	7,7
1961	35 856,9	30 831,8	532,4	49 ⁴	—	13,9	546,3	—	366,8	10,3
1962	38 492,0	51 924,5	476,8	61 ⁴	49,5	36,2	562,5	—	412,6	45,2
1963	43 696,3	52 243,4	307,3	47 ⁴	68,6	39,1	415,0	—	534,6	585,0
1964	48 384,3	47 794,0	475,3	25 ⁴	158,3	73,8	707,4	—	644,0	20,9
1965	47 929,8	53 340,5	405,9	32 ⁴	264,5	80,2	750,6	—	582,5	29,8
1966	51 962,9	47 396,1	457,8	35 ⁴	220,2	130,7	808,7	—	918,8	91,3
1967	56 213,7	67 305,0	469,7	32 ⁴	100,0	111,4	681,1	—	759,6	16,7
1968	61 708,6	99 530,6	1 047,4	10 ⁴	187,7	49,2	1 284,3	—	926,4	1,9
1969	62 267,9	101 135,3	5 175,8	6 ⁴	334,5	109,9	5 620,2	—	2 697,2	10,4
1970	68 281,0	156 633,3	2 108,0	8 ⁴	314,0	72,7	2 494,7	—	2 359,6	37,8

¹ Seit 1938 einschliesslich Gold im Ausland.

² Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

³ Durchschnittliche Laufzeit der im 2. Halbjahr 1957 diskontierten Wechsel ohne eigene Pflichtlagerkredite.

⁴ Durchschnittliche Laufzeit der diskontierten Wechsel ohne eigene Pflichtlagerkredite.

Verkehr mit den Korrespondenten		Inkassoverkehr Einreichungen	Giroverkehr	Verkehr zwischen Nationalbankkunden und Postcheckkonti	Verkehr mit den Bundesverwaltungen	Verkehr mit Depo- nenten	Verkehr der Konti Zahlungs- und Clearing- abkommen	Auf die Bank aus- gestellte Checks u. General- mandate	Gesamt- umsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Ab- rechnungs- stellen)	Umsatz der Abrech- nungs- stellen	Jahr
<i>im Inland</i>	<i>im Ausland</i>										
<i>In Millionen Franken</i>											
2 748,6	—	322,3	32 947,5	3 986,0	17 767,6	653,2	9 933,9	205,5	138 483,8	1 791,6	1941
3 006,0	—	406,7	35 633,6	4 039,9	18 487,5	562,3	9 913,8	164,8	143 977,4	2 010,8	1942
3 233,4	—	386,4	34 775,5	4 075,5	23 190,7	425,1	9 855,9	167,6	150 645,4	1 877,5	1943
3 369,4	—	341,5	33 575,0	4 196,7	23 427,9	776,4	6 788,2	152,5	150 264,2	1 661,1	1944
3 884,4	—	372,3	37 791,6	4 334,4	26 930,4	1 182,0	3 590,8	188,1	169 458,1	1 827,8	1945
5 086,4	—	489,7	48 765,6	5 160,5	26 501,4	613,7	18 759,7	227,5	209 443,8	2 467,6	1946
6 034,0	—	586,0	56 150,8	6 128,5	28 357,7	512,5	32 066,0	292,0	250 367,6	3 232,0	1947
6 347,5	—	647,0	60 726,3	6 475,6	27 141,3	401,4	38 499,3	325,8	264 778,4	3 762,7	1948
5 878,7	—	555,6	55 864,0	5 990,3	28 040,8	379,9	38 824,8	310,0	257 165,5	3 320,3	1949
6 104,3	—	579,9	61 896,7	6 449,1	25 148,7	547,7	24 140,2	259,2	246 919,6	3 162,1	1950
6 585,2	—	670,0	75 414,9	7 023,5	28 867,5	357,6	36 881,3	245,0	296 821,6	3 685,1	1951
6 817,3	—	680,4	81 565,3	7 408,2	29 370,4	289,9	22 289,3	255,9	291 769,5	3 496,5	1952
6 980,9	—	518,0	86 311,5	7 431,8	29 820,7	962,0	19 639,7	238,6	300 436,6	3 394,6	1953
7 466,1	—	535,7	101 534,2	7 812,4	30 470,3	825,9	18 819,1	252,9	324 828,1	3 589,4	1954
7 992,6	—	488,8	120 290,7	8 446,0	32 726,7	778,6	15 930,9	289,2	359 430,7	3 873,8	1955
8 810,3	—	494,1	138 809,8	9 241,4	33 896,8	457,8	15 351,0	351,9	386 756,6	4 135,0	1956
9 381,3	—	523,3	157 939,4	9 907,1	37 889,1	402,4	26 041,6	434,8	483 891,1	4 794,2	1957
9 423,3	—	475,4	175 439,9	10 287,8	37 910,9	688,9	18 024,1	399,1	477 050,6	4 200,2	1958
9 962,6	1 447,0	462,0	244 499,6	10 945,2	37 738,9	1 018,8	6 718,9	366,3	524 253,8	5 191,1	1959
11 176,5	2 527,8	477,7	325 786,5	12 191,1	42 908,7	1 100,4	2 934,5	485,8	646 506,7	6 553,6	1960
12 575,5	25 986,0	622,2	384 805,1	13 453,2	47 980,5	1 607,2	2 936,4	463,3	769 982,6	8 051,5	1961
14 348,7	22 492,4	656,8	508 180,6	15 271,4	58 630,9	1 442,2	2 793,7	476,5	957 725,1	10 110,3	1962
15 746,1	3 920,0	819,2	600 883,0	16 889,5	62 531,7	2 632,4	2 038,6	455,7	1 065 988,4	9 652,0	1963
17 333,5	8 593,6	897,2	628 870,9	19 239,5	67 257,3	762,6	2 183,3	502,9	1 131 729,9	10 201,0	1964
18 429,8	5 440,6	985,5	782 609,1	20 364,0	71 030,0	860,0	2 780,1	485,3	1 331 109,9	10 366,6	1965
19 678,2	5 272,0	1 080,1	1 013 397,8	22 022,7	78 449,8	3 593,8	3 330,7	538,9	1 608 206,7	12 233,5	1966
20 524,4	9 149,9	1 280,8	1 318 449,1	23 829,9	82 948,8	3 414,3	3 903,3	561,6	1 963 035,5	13 575,0	1967
22 274,5	5 046,0	1 380,1	1 858 598,6	26 122,1	89 875,7	6 495,2	4 521,9	693,1	2 603 104,8	18 673,4	1968
23 794,1	5 664,9	1 494,9	2 810 359,2	29 823,1	98 197,8	6 604,2	3 862,2	805,4	3 617 523,9	21 677,0	1969
26 279,7	5 412,6	1 934,9	3 898 871,6	33 260,8	108 126,9	2 890,6	4 579,6	819,4	4 801 067,6	19 622,6	1970

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr. 5, Tabelle IV

Geschäftsergebnisse

Jahr	Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen	Diskontoertrag und Inkassogebühren					Ertrag des Lombardgeschäfts	Ertrag der eigenen Wertschreibungen ²	Zinsen von Inlandkorrpondenten ³	Kommissionen ⁴	Diverse Nutzposten	Zinsen an Deponenten ⁵	Bruttoertrag
		Total	davon Diskontoertrag auf										
			Schweizerwechsel	Schatzanweisungen ¹	Obligationen	Wechseln der eidg. Darlehenskasse							
<i>In 1000 Franken</i>													
1907/08	1 563	1 979	1 977	—	—	—	117	496	738	69	20	473	4 509
1909	1 098	1 304	1 303	—	—	—	158	360	337	116	29	444	2 958
1910	1 270	2 502	2 490	—	—	—	247	481	1 084	69	5	1 415	4 243
1911	1 628	2 315	2 267	—	35	—	302	527	866	87	19	1 313	4 431
1912	1 117	3 430	3 233	—	183	—	568	479	396	125	22	705	5 432
1913	1 849	2 994	2 868	—	110	—	830	407	454	149	18	841	5 860
1914	1 208	5 292	4 472	427	371	—	1 046	527	487	192	19	426	8 345
1915	÷ 421	5 458	2 264	3 014	168	—	840	418	1 096	259	9	323	7 336
1916	2 470	5 874	939	4 872	51	—	920	382	1 520	321	12	288	11 211
1917	900	8 155	1 076	7 027	42	—	1 471	366	1 474	458	8	475	12 357
1918	1 120	10 660	4 813	5 734	103	—	2 106	520	1 553	695	140	25	16 769
1919	999	15 887	6 628	9 162	87	—	2 402	552	1 734	656	192	163	22 259
1920	3 996	11 696	7 149	4 343	191	—	1 956	446	4 164	619	189	187	22 879
1921	1 715	11 612	2 915	8 593	91	—	2 162	1 387	833	677	117	333	18 170
1922	4 640	4 492	848	3 575	55	—	2 070	747	1 288	752	130	497	13 622
1923	2 839	5 918	1 344	4 408	156	—	2 201	770	1 126	627	87	473	13 095
1924	909	3 606	3 246	175	175	—	3 323	609	1 617	525	137	867	9 859
1925	4 273	1 841	1 199	551	85	—	2 403	704	1 527	653	188	252	11 337
1926	4 927	2 419	1 177	1 169	68	—	2 064	543	1 098	539	249	267	11 572
1927	4 775	3 352	2 145	1 029	174	—	2 184	485	1 784	621	315	390	13 126
1928	5 222	4 240	2 970	995	271	—	2 821	475	496	578	393	468	13 757
1929	6 402	4 149	2 862	994	287	—	2 738	339	550	539	289	373	14 633
1930	7 646	1 658	972	422	258	—	1 675	1 359	468	727	287	778	13 042
1931	6 941	997	611	250	116	—	1 384	831	316	789	310	328	11 240
1932	4 660	517	300	91	89	16	1 375	2 240	197	662	340	310	9 681
1933	3 626	713	214	100	108	268	1 400	2 391	144	930	251	204	9 251
1934	3 529	1 338	256	606	117	338	1 926	1 203	119	698	234	217	8 830
1935	1 630	2 930	799	1 028	186	898	2 806	1 374	169	677	100	186	9 500
1936	1 562	3 304	237	1 830	111	1 106	2 165	1 270	145	736	170	219	9 133
1937	5 904	365	108	22	56	165	818	1 272	55	737	193	171	9 173
1938	10 429	523	259	159	23	67	571	2 445	46	673	95	181	14 601
1939	4 857	1 153	323	692	41	82	895	2 511	59	475	198	147	10 001
1940	3 454	2 676	872	1 580	54	81	1 668	3 087	75	546	146	132	11 520

¹ Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.

² Ohne Berücksichtigung der Abschreibungen.

³ Einschliesslich Zinsen auf Postcheckrechnungen.

⁴ Einschliesslich Aufbewahrungsgebühren und Schrankfachmieten.

⁵ Einschliesslich Zinsen an Bundesverwaltungen bis 1936.

Verwaltungs-kosten	Steuern und Abgaben inkl. Rückstellungen hiefür	Banknoten-anfertigungs-kosten inkl. Rückstellungen hiefür	Rückstellungen und Verluste auf Gold ^a	Abschreibungen, Verluste und Rückstellungen		Ausserordentliche Zuweisung an die Wohlfahrtseinrichtungen der Bank	Rein-gewinn	Zuwei-sung an den Reserve-fonds	Divi-dende	Ab-lieferung an die eidg. Staats-kasse	Jahr
				<i>auf Bankgebäuden und Mobilien, abzüglich Mehrerlös aus verkauften Liegenschaften</i>	<i>auf Wert-schriften und laufenden Geschäften, abzüglich Wieder-eingänge</i>						
<i>In 1000 Franken</i>											
2 068	—	226	162	29	7	—	2 017	202	1 800	15	1907/08
1 399	—	151	8	22	43	20	1 315	131	1 000	184	1909
1 307	—	151	69	95	77	20	2 524	252	1 000	1 272	1910
1 355	—	225	68	91	87	30	2 575	258	1 000	1 317	1911
1 381	—	224	315	188	246	40	3 038	304	1 000	1 734	1912
1 426	—	271	165	163	248	100	3 487	349	1 000	2 138	1913
1 572	—	503	25	292	621	60	5 272	500	1 000	3 772	1914
1 498	—	566	2	140	598	80	4 452	445	1 000	3 007	1915
1 571	—	628	—	1 001	231	350	7 430	500	1 000	5 930	1916
1 844	—	501	—	1 195	419	440	7 958	500	1 000	6 458	1917
2 550	—	1 352	—	4 294	2 576	510	5 487	500	1 000	3 987	1918
3 577	—	454	1 878	5 046	2 861	1 000	7 443	500	1 000	5 943	1919
3 749	—	2 253	367	3 426	1 164	500	11 420	500	1 000	9 920	1920
3 715	2 500	1 000	146	1 233	÷ 48	500	9 124	500	1 500	7 124	1921
3 885	—	500	—	1 069	40	500	7 628	500	1 500	5 628	1922
3 825 ⁶	1 500	176	—	67	490	—	7 037	500	1 500	5 037	1923
3 630	—	521	—	÷ 642	÷ 7	—	6 357	500	1 500	4 357	1924
3 708	—	415	—	33	÷ 5	500	6 686	500	1 500	4 686	1925
3 525	300	665	244	112	÷ 22	—	6 748	500	1 500	4 748	1926
3 597	800	779	77	830	290	—	6 753	500	1 500	4 753	1927
4 204 ⁷	262	278	178	1 682	255	—	6 898	559	1 500	4 839	1928
4 153	—	437	624	1 618	÷ 10	500	7 311	500	1 500	5 311	1929
3 873	—	705	35	1 323	÷ 3	—	7 109	500	1 500	5 109	1930
3 913	—	688	—	66	869	—	5 704	500	1 500	3 704	1931
3 909	—	170	—	33	261	—	5 308	500	1 500	3 308	1932
3 532	—	204	234	28	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1933
3 390	170	123	—	27	÷ 133 ⁸	—	5 253	500	1 500	3 253	1934
3 455	200	173	—	13	406	—	5 253	500	1 500	3 253	1935
3 459	112	258	—	46	5	—	5 253	500	1 500	3 253	1936
3 443	—	450	—	27	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1937
3 689	117	1 802	—	37	3 703	—	5 253	500	1 500	3 253	1938
3 764	—	946	—	38	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1939
4 308	735	1 058	—	166	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1940

⁶ Einschliesslich Fr. 300 000 für einen Transportversicherungsfonds (Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle).

⁷ Einschliesslich Fr. 635 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

⁸ Einschliesslich Barschaftsimporkosten von 1907/08 bis 1915.

⁹ Nicht beanspruchte Reservestellung für Verluste im laufenden Geschäft.

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr.5, Tabelle IV (Forts.)

Geschäftsergebnisse

Jahr	Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen ¹	Diskontoertrag und Inkassogebühren					Ertrag des Lombardgeschäfts	Ertrag der eigenen Wertschriften	Zinsen von Inlandkorrespondenten ⁴	Kommissionen ⁵	Diverse Nutzenposten	Zinsen an Deponenten	Bruttoertrag
		Total	davon Diskontoertrag auf										
			Schweizerwechsel	Schatzanweisungen ²	Obligationen	Wechseln der eidg. Darlehenskasse							
In 1000 Franken													
1941	6 503	1 513	783	520	23	114	642	2 555	56	634	122	134	11 891
1942	9 294	1 210	853	138	19	108	484	2 183	48	669	146	133	13 901
1943	7 098	1 365	963	335	10	18	419	2 269	49	568	82	137	11 713
1944	8 424	1 241	959	198	14	17	426	2 198	50	674	136	131	13 018
1945	8 550	2 232	725	1 455	14	7	480	2 072	52	624	223	130	14 103
1946	16 725	859	628	89	37	14	868	1 377	93	1 154	138	142	21 072
1947	10 756	811	517	127	108	55	1 427	1 515	147	1 899	—	175	16 380
1948	7 168	2 134	1 827	44	163	95	1 498	1 736	176	2 345	95	150	15 002
1949	7 689	1 902	1 814	14	34	37	700	1 386	80	1 409	116	164	13 118
1950	10 470	1 623	1 567	11	16	25	552	1 350	81	1 223	151	171	15 279
1951	7 888	2 811	2 641	127	31	1	770	1 459	130	1 266	179	176	14 327
1952	8 232	3 934	3 537	328	53	5	736	1 303	117	934	139	191	15 204
1953	9 699	3 751	3 295	435	14	—	605	1 258	114	1 214	171	206	16 606
1954	10 689	2 705	2 192	489	19	—	622	1 356	126	971	102	223	16 348
1955	16 735	2 298	1 832	347	115	—	1 090	1 366	168	967	607	231	23 000
1956	19 215	2 648	1 975	464	206	—	1 149	1 550	182	864	571	234	25 945
1957	16 894	3 329	2 860	176	289	—	981	1 702	187	712	591	246	24 150
1958	15 293	3 005	2 920	9	71	—	417	1 408	147	679	518	251	21 216
1959	16 167	1 385	1 368	—	13	—	254	1 793	99	502	564	251	20 513
1960	19 970	1 354	1 318	—	33	—	463	2 192	111	465	840	262	25 133
1961	25 750	1 337	1 297	—	27	—	390	1 776	112	537	912	284	30 530
1962	25 863	1 483	1 374	5	101	—	465	2 497 ³	135	648	1 141	292	31 940
1963	25 889	1 541	1 396	58	83	—	505	8 416 ³	147	601	1 088	302	37 885
1964	24 898	2 033	1 753	85	191	—	936	12 367 ³	200	635	1 533	347	42 255
1965	29 785	2 270	1 959	74	233	—	731	20 208 ³	189	671	1 468	402	54 920
1966	35 216	3 127	2 533	70	518	—	1 160	26 964 ³	237	893	1 350	430	68 517
1967	31 650	4 235	3 596	77	557	—	1 141	28 789 ³	258	938	1 068	476	67 603
1968	58 458	3 727	3 476	56	191	—	897	7 573	230	806	880	505	72 066
1969	63 276	7 487	6 576	285	622	—	2 471	7 453	311	1 109	696	546	82 257
1970	90 186	6 443	5 817	243	378	—	1 897	7 274	464	1 194	281	622	107 117

¹ Einschliesslich Ertrag im Verkehr mit Auslandskorrespondenten.

² Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

³ Einschliesslich ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken.

⁴ Bis 1949 einschliesslich Zinsen auf Postcheckrechnungen.

⁵ Einschliesslich Aufbewahrungsgebühren und Schrankfachmieten.

Ver- waltungs- kosten	Steuern und Abgaben inkl. Rück- stellungen hierfür	Kosten und Rück- stellung für Offen- markt- opera- tionen	Bank- noten- anfert- igungs- kosten inkl. Rück- stellungen hierfür	Steri- lisierungs- kosten inkl. Rück- stellungen hierfür	Abschreibungen, Verluste und Rückstellungen		Ausser- ordent- liche Zuwei- sung an die Wohl- fahrtsein- richtungen der Bank	Rein- gewinn	Zuwei- sung an den Reserve- fonds	Divi- dende	Ab- lieferung an die eidg. Staats- kasse	Jahr
					<i>auf Bank- gebäuden und Mobiliar, ab- züglich Mehr- erlös aus verkauften Liegenschaften</i>	<i>auf Wert- schriften und laufenden Geschäften, abzüglich Wieder- einkänge</i>						
3 774	1 147	—	1 134	—	583	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1941
4 238	188	—	2 500	—	562	—	1 000	5 413	500	1 500	3 413	1942
4 370	323	—	1 535	—	72	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1943
5 273	300	—	1 500	—	532	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1944
4 836	239	—	2 300	—	715	—	600	5 413	500	1 500	3 413	1945
5 293	—	—	5 000	4 140	26	—	1 200	5 413	500	1 500	3 413	1946
6 563	480	—	3 243	—	681	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1947
7 056	—	—	2 000	—	83	—	450	5 413	500	1 500	3 413	1948
7 210	—	—	—	451	44	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1949
7 331	—	—	500	1 501	534	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1950
7 409	—	—	—	799	347	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1951
7 492	250	—	1 500	—	190	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1952
7 976 ⁶	250	—	1 500	—	608	—	500	5 772	500	1 500	3 772	1953
7 786	—	—	2 500	—	290	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1954
8 501 ⁶	—	—	6 000	—	727	—	1 500	6 272	1 000	1 500	3 772	1955
11 138 ⁷	300	—	5 000	—	2 035	—	1 200	6 272	1 000	1 500	3 772	1956
10 088 ⁸	300	—	5 000	—	990	—	1 500	6 272	1 000	1 500	3 772	1957
9 871 ⁹	—	—	3 000	—	2 073	—	—	6 272	1 000	1 500	3 772	1958
8 959	—	—	3 000	—	2 282	—	—	6 272	1 000	1 500	3 772	1959
8 883	400	—	3 000	4 087	1 741	—	750	6 272	1 000	1 500	3 772	1960
9 432	—	—	6 000	5 362	1 893	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1961
10 366	400	—	6 000	4 358	2 973	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1962
11 603	200	—	10 000	5 812	2 427	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1963
13 172 ⁹	400	—	10 000	7 914	2 926	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1964
12 788	—	6 000	10 000	12 964	4 325	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1965
14 565	—	16 460	7 020	16 513	5 116	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1966
15 700 ⁹	—	4 984	6 489	29 008	2 579	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1967
17 818 ¹⁰	234	5 000	10 101	22 674	7 396	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1968
19 311 ¹¹	—	3 000	12 554	13 563	24 986	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1969
28 268 ¹²	1000	5 000	23 360	30 250	9 396	—	3 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1970

In 1000 Franken

⁶ Einschliesslich Fr. 500 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

⁷ Einschliesslich Fr. 1 000 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle und Fr. 1 700 000 Rückstellung für das 50jährige Jubiläum der Bank.

⁸ Einschliesslich Fr. 1 500 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

⁹ Einschliesslich Fr. 1 000 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

¹⁰ Einschliesslich Fr. 2 000 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

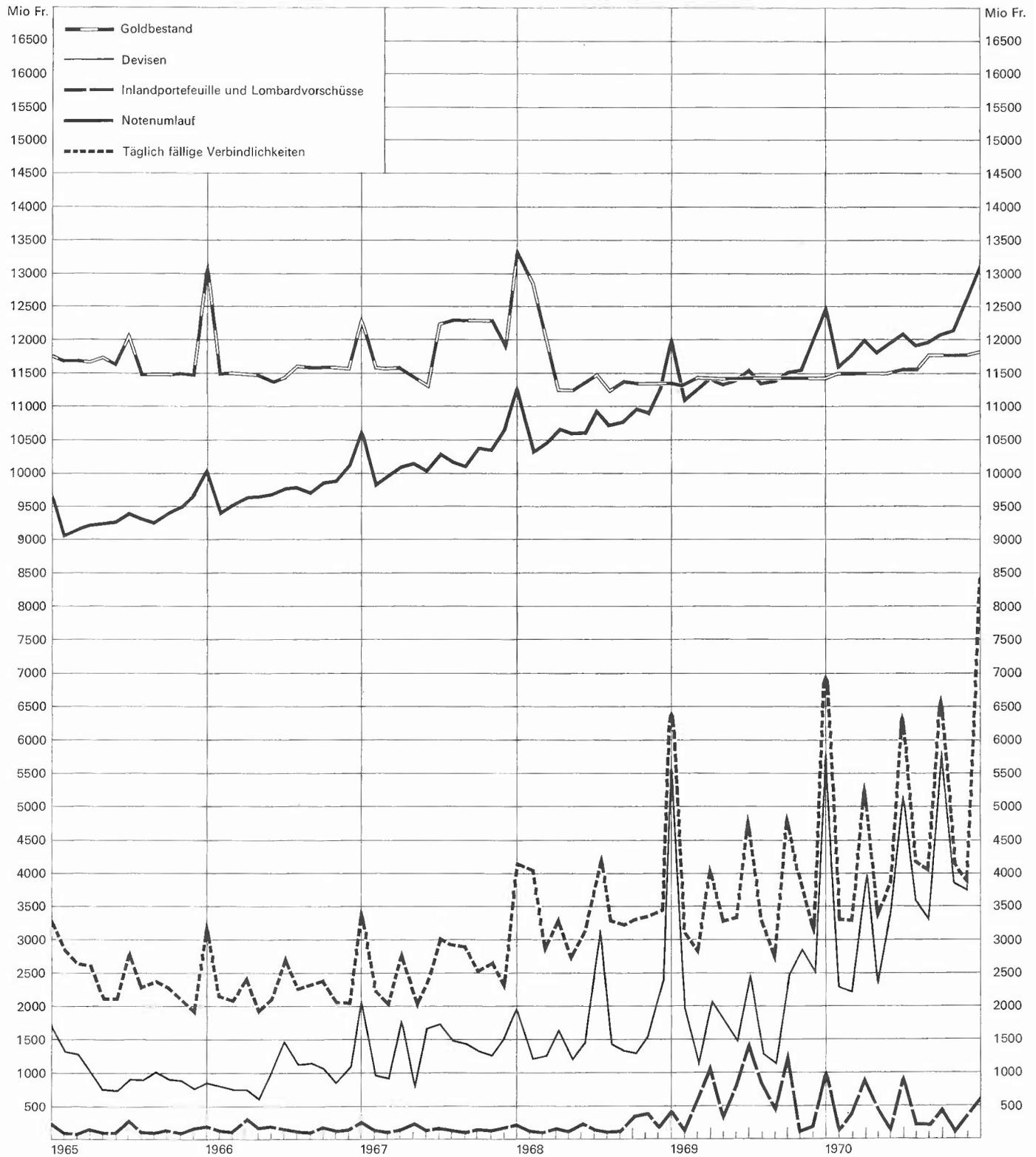
¹¹ Einschliesslich Fr. 2 500 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

¹² Einschliesslich Fr. 10 000 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

Schweizerische Nationalbank 1965-1970

Beilage Nr. 6

Bestände am Monatsende



Diskontosatz und Lombardzinsfuß seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr. 7

Datum der Veränderung		Diskontosatz		Lombardzinsfuß		Datum der Veränderung		Diskontosatz		Lombardzinsfuß	
		%	Geltungs- dauer Tage	%	Geltungs- dauer Tage			%	Geltungs- dauer Tage	%	Geltungs- dauer Tage
1907	20. Juni	4½	56	5	56	1918	4. Juli	—	—	5½	91
	15. August	5	84	5½	84		3. Oktober	5½	322	6	917
	7. November	5½	70	6	70	1919	21. August	5	595	—	—
1908	16. Januar	5	7	5½	7	1921	7. April	4½	126	5½	126
	23. Januar	4½	28	5	28		11. August	4	203	5	203
	20. Februar	4	28	4½	28	1922	2. März	3½	168	4½	168
	19. März	3½	322	4	441		17. August	3	331	4	331
1909	4. Februar	3	252	—	—	1923	14. Juli	4	831	5	831
	3. Juni	—	—	3½	133	1925	22. Oktober	3½	1 624	4½	1 624
	14. Oktober	3½	28	4	28	1930	3. April	3	98	4	98
	11. November	4	56	4½	56		10. Juli	2½	196	3½	196
1910	6. Januar	3½	49	4	210	1931	22. Januar	2	1 562	3	748
	24. Februar	3	161	—	—	1933	8. Februar	—	—	2½	814
	4. August	3½	49	4½	84	1935	3. Mai	2½	495	3½	495
	22. September	4	35	—	—	1936	9. September	2	78	3	78
	27. Oktober	4½	70	5	70		26. November	1½	7 475	2½	7 475
1911	5. Januar	4	42	4½	42	1957	15. Mai ¹	2½	652	3½	652
	16. Februar	3½	224	4	224	1959	26. Februar ²	2	1 955	3	1 955
	28. September	4	350	4½	350	1964	3. Juli ³	2½	732	3½	732
1912	12. September	4½	77	5	77	1966	6. Juli ⁴	3½	369	4	369
	28. November	5	259	5½	259	1967	10. Juli ⁴	3	798	3¾	798
1913	14. August	4½	161	5	161	1969	15. September ⁵	3¾	473 ⁶	4%	473 ⁶
1914	22. Januar	4	28	4½	189						
	19. Februar	3½	161	—	—						
	30. Juli	4½	1	5½	1						
	31. Juli	5½	3	6	3						
	3. August	6	38	7	38						
	10. September	5	113	6	14						
	24. September	—	—	5½	99						
1915	1. Januar	4½	1 371	5	1 280						

¹ Spezialdiskontosätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 1¼% (vom 1. April bis 24. Juli 1957), 2% (vom 25. Juli 1957 bis 25. Februar 1959); übrige Pflichtlager 2% (vom 1. April bis 24. Juli 1957).

² Spezialdiskontosätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 1¼% (vom 1. Juni 1959 bis 5. Juli 1964); übrige Pflichtlager 2½% (vom 26. Februar bis 31. Mai 1959).

³ Spezialdiskontosätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 2¼% (vom 6. Juli 1964 bis 31. Dezember 1965); übrige Pflichtlager 2% (vom 3. bis 5. Juli 1964).

⁴ Spezialdiskontosätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 2¾% (vom 1. Januar bis 30. September 1966), 3¼% (vom 1. Oktober 1966 bis 31. März 1968), 3% (seit 1. April 1968); übrige Pflichtlager 3% (vom 1. Januar bis 30. September 1966), 3½% (seit 1. Oktober 1966).

⁵ Spezialdiskontosätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 3¼% (vom 1. Oktober 1966 bis 31. März 1968), 3% (vom 1. April 1968 bis 10. November 1969), 3¾% (seit 11. November 1969); übrige Pflichtlager 3½% (vom 1. Oktober 1966 bis 10. November 1969), 4% (seit 11. November 1969).

⁶ Bis 31. Dezember 1970.

Abrechnungsverkehr

Beilage Nr. 8

Jahr	Abrechnungsstellen für Wechsel- und Checkverkehr									Wertschriften-Clearing für Kassageschäfte	
	Basel	Bern	La Chaux-de-Fonds	Genf	Lausanne	Neuenburg	St. Gallen	Zürich	Total	Basel	Zürich
Mitglieder am 31. Dezember											
1966	13	12	4	14	12	6	8	7	76	20	27
1967	12	12	4	14	12	6	8	7	75	20	27
1968	12	12	4	14	12	6	8	7	75	20	27
1969	12	12	5	14	12	6	8	7	76	21	26
1970	12	12	5	14	12	6	8	7	76	21	26
Zahl der eingereichten Stücke											
1966	58 822	46 162	1 633	352 454	122 791	4 769	12 190	219 704	818 525	—	—
1967	58 097	48 244	1 801	387 031	126 367	4 865	12 819	234 346	873 570	—	—
1968	64 573	52 472	1 844	440 398	146 630	4 936	13 404	272 221	996 478	—	—
1969	68 750	62 710	2 576	541 722	167 711	5 718	16 663	355 680	1 221 530	—	—
1970	85 921	82 972	4 202	458 666	182 408	7 523	21 424	427 420	1 270 536	—	—
Betrag der Einreichungen (in 1000 Franken)											
1966	4 965 513	485 803	30 097	3 837 990	818 351	55 104	105 065	1 935 620	12 233 543	642 286	2 724 075
1967	4 622 678	499 339	35 016	5 372 152	838 792	50 646	110 270	2 046 150	13 575 043	798 609	3 386 545
1968	7 086 736	510 001	33 444	7 191 969	1 137 813	56 200	113 284	2 543 924	18 673 371	1 306 928	5 473 258
1969	8 315 050	585 332	46 792	8 223 314	1 316 361	72 014	140 239	2 977 891	21 676 993	1 569 071	5 803 899
1970	4 557 082	729 545	62 419	9 082 904	1 339 547	97 990	160 345	3 592 749	19 622 581	1 118 225	4 378 176
Vom Betrag der Einreichungen wurden kompensiert (in Prozent)											
1966	64,95	44,10	20,57	57,58	64,83	26,74	46,40	63,56	61,14	64,57	76,63
1967	64,12	44,37	28,57	58,52	64,27	25,38	46,41	64,57	60,88	67,58	77,15
1968	68,00	48,88	24,12	59,26	67,37	26,75	46,05	64,14	63,21	68,69	76,57
1969	66,29	48,14	23,19	61,02	67,08	27,83	46,56	65,44	63,38	66,89	76,40
1970	63,61	44,61	22,66	60,58	68,36	25,16	46,10	64,12	61,46	66,61	77,21

Verzeichnis der Mitglieder der Bankbehörden und der Bankorgane

auf 1. Januar 1971

Beilage Nr. 9

Präsidium der Generalversammlung (Amtsperiode 1967–1971)

Nationalrat Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Bioggio, Präsident

Dr. Dr. h. c. P. Jäggi, Professor an der Universität Freiburg, Freiburg, Vizepräsident

Bankrat (Amtsperiode 1967–1971)

Die von der Generalversammlung der Aktionäre gewählten Mitglieder sind mit einem Stern (*) bezeichnet

- | | |
|---|--|
| Nationalrat Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Bioggio, Präsident | Dr. h. c. H. Küng, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Sandoz A.G., Basel |
| Dr. Dr. h. c. P. Jäggi, Professor an der Universität Freiburg, Freiburg, Vizepräsident | Nationalrat H. Leuenberger, Zürich |
| * J. Ackermann, Präsident des Verwaltungsrates der Aktiengesellschaft l'Energie de l'Ouest-Suisse (EOS), Freiburg | Regierungsrat R. Meier, Regierungspräsident, Finanzdirektor des Kantons Zürich, Eglisau |
| * G. André, Präsident des Verwaltungsrates der Firma André et Cie, Aktien-Gesellschaft, Corsy-La Conversion | * Nationalrat U. Meyer-Boller, Ehrenpräsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Zollikon |
| F. Antognini, Direktor der Chocolat Cima-Norma S.A., Torre | * Dr. H. Meyer-Scholer, Mitglied des Verwaltungsrates der Tonwerk Lausen A.G., Liestal |
| J.-L. Borel, Präsident des Verwaltungsrates der Synchron S.A., Fabriques d'horlogerie réunies, Neuenburg | * J. Michaud, Ing. agr., Direktor der «Provins» Fédération des Producteurs de Vins du Valais, Präsident des Verbandes der Walliser Wirtschaft (Walliser Handelskammer), Sitten |
| Dr. W. Bühlmann, Präsident des Bankrates der Luzerner Kantonalbank, Kastanienbaum/Horw | * F. Muheim, Fürsprech und Notar, Präsident des Bankrates der Urner Kantonalbank, Altdorf |
| L. Burrus, in Firma F. J. Burrus et Cie, Boncourt | * Dr. K. Obrecht, Fürsprech und Notar, Präsident des Verwaltungsrates der Allgemeinen Schweizerischen Uhrenindustrie A.G. (Asuag), Küttigkofen |
| Dr. Dr. h. c. R. Devrient, Präsident des Verwaltungsrates der Unfall- und Lebensversicherungs-Gesellschaften «Die Schweiz», Pully | A. Richner, Vizepräsident des Verwaltungsrates des Aargauischen Elektrizitätswerkes (AEW), Oftringen |
| * Dr. A. Edelmann, Direktor des Verbandes schweizerischer Darlehenskassen, St. Gallen | * Ständerat Dr. W. Rohner, Altstätten |
| * A. Gisling, Generaldirektor der Waadtländer Kantonalbank, Pully | E. Scherz, Zentralpräsident des Schweizer Hotelier-Verbands, Gstaad |
| * Dr. J. Golay, Professor an der Universität Lausanne, Lausanne | F. W. Schulthess, Präsident des Verwaltungsrates der Schweizerischen Kreditanstalt, Zürich |
| * Dr. M. Haffter, Präsident des Bankrates der Thurgauischen Kantonalbank, Frauenfeld | * Dr. H. R. Schwarzenbach, in Firma Robt. Schwarzenbach & Co., Horgen |
| Dr. E. Hatt, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Aktiengesellschaft Heinr. Hatt-Haller, Hoch- & Tiefbau-Unternehmung, Zürich | Dr. Dr. h. c. S. Schweizer, Präsident des Verwaltungsrates des Schweizerischen Bankvereins, Arlesheim |
| Dr. L. Hentsch, in Firma Hentsch et Cie, Genf | * W. F. Siegenthaler, Präsident des Bankrates der Kantonalbank von Bern, Muri bei Bern |
| M. Jaeger, Ehrenpräsident des Bündner Handels- und Industrievereins, Bündner Handelskammer, Chur | G. Sulzer, dipl. Ing., Präsident des Verwaltungsrates der Gebrüder Sulzer, Aktiengesellschaft, Winterthur |
| R. Juri, Ing. agr., Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes, Brugg | Nationalrat Dr. H. Tschumi, Regierungsrat, Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Bern, Interlaken |
| Dr. Dr. h. c. R. Käppeli, Präsident des Verwaltungsrates der CIBA-GEIGY AG, Riehen | * Dr. R. Vischer, in Firma Simonius, Vischer & Co., Basel |
| E. Kronauer, Ing., Präsident des Verwaltungsrates der Sécheron Werke Aktiengesellschaft, Genf | Dr. h. c. Th. Waldesbühl, Mitglied des Verwaltungsrates der Nestlé Alimentana A.G., Corseaux |
| | Nationalrat E. Wüthrich, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Bern |
| | Nationalrat Dr. E. Wyss, Regierungsrat, Vorsteher des Departements des Innern des Kantons Basel-Stadt, Basel |
-

Bankausschuss (Amtsperiode 1967–1971)

Nationalrat Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Bioggio, Präsident von Amtes wegen

Dr. Dr. h. c. P. Jäggi, Professor an der Universität Freiburg, Freiburg, Vizepräsident von Amtes wegen

Dr. Dr. h. c. R. Devrient, Präsident des Verwaltungsrates der Unfall- und Lebensversicherungs-Gesellschaften «Die Schweiz», Pully

R. Juri, Ing. agr., Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes, Brugg

Dr. Dr. h. c. R. Käppeli, Präsident des Verwaltungsrates der CIBA-GEIGY AG, Riehen

Dr. h. c. H. Küng, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Sandoz A.G., Basel

Regierungsrat R. Meier, Regierungspräsident, Finanzdirektor des Kantons Zürich, Eglisau

Dr. K. Obrecht, Fürsprech und Notar, Präsident des Verwaltungsrates der Allgemeinen Schweizerischen Uhrenindustrie A.G. (Asuag), Küttigkofen

Ständerat Dr. W. Rohner, Altstätten

Nationalrat E. Wüthrich, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Bern

Revisionskommission (Amtsperiode 1970/1971)*Mitglieder*

H. Villiger, a. Verwalter der Ersparniskasse Nidwalden, Stansstad, Präsident

A. Cornaz, Direktor der Caisse d'Epargne et de Crédit, Lausanne

J. Iten, Direktor der Zuger Kantonalbank, Zug

Ersatzmänner

G. Spälty-Leemann, Fabrikant, Netstal

A. Trivelletti, Direktor der Walliser Kantonalbank, Sitten

W. Staub, Direktor der Bank in Gossau, Gossau

Lokalkomitees (Amtsperiode 1967–1971)*Aarau*

K. Oehler, Präsident des Verwaltungsrates der Oehler Aarau AG., Aarau, Vorsitzender

A. Job, a. Direktionspräsident der USEGO (Union Schweizerische Einkaufs-Gesellschaft Olten), Olten, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. O. Seiler, Kaufmännischer Direktor der Kabelwerke Brugg A.-G., Brugg

Basel

H. Hatt, Präsident des Verwaltungsrates und Generaldirektor der Danzas A.G., Basel, Vorsitzender

Dr. H. Gürtler-Meyer, Delegierter des Verwaltungsrates der Brauerei Ziegelhof A.G., Seltisberg, Stellvertreter des Vorsitzenden

Th. Müller-Kriegel, Ing., Präsident des Verwaltungsrates der Kriegel & Schaffner A.G., Basel

Bern

A. Buser, Ing. agr., a. Direktor des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften von Bern und benachbarter Kantone (VLG), Wabern, Vorsitzender

Dr. W. Weyermann, Fürsprech, Mitglied der Berner Handelskammer, Belp, Stellvertreter des Vorsitzenden

(Ein Mandat vakant)

Genf

J. Gay, Präsident des Verwaltungsrates der Firma Gay Frères S.A., Thônex, Vorsitzender

J. Duckert, a. Generalagent der Genfer Lebensversicherungs-Gesellschaft und der Genfer, Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft, Genf, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. E. Bordier, in Firma Bordier & Co., Genf

Lausanne

A. Langer, Mitglied des Verwaltungsrates der Aliments Lacta S.A., Gland, Vorsitzender

R. Morandi, Delegierter des Verwaltungsrates der Firma Morandi frères, Société Anonyme, Payerne, Stellvertreter des Vorsitzenden

Nationalrat F. Carruzzo, Direktor des Office central de l'Union valaisanne pour la vente des fruits et légumes, Sitten

Lugano

F. Antognini, Direktor der Chocolat Cima-Norma S.A., Torre, Vorsitzender

T. Frigerio, Ing., Delegierter des Verwaltungsrates der Finapar S.A. Société Anonyme de Participations à des Entreprises Financières, Muzzano, Stellvertreter des Vorsitzenden

L. Antonini, Direktor der Firma Michele Antonini & Co., Präsident der Camera di commercio dell'industria e dell'artigianato del Cantone Ticino, Bellinzona

Luzern

J. Moser, Ing. agr., Direktor des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften der Zentralschweiz (V.L.G.Z.), Luzern, Vorsitzender

Dr. J. Hug, Präsident des Verwaltungsrates der Zwieback- & Biscuitfabrik Hug A.G. Malters, Luzern, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. W. Dubach, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Brauerei Eichhof, Präsident der Zentralschweiz. Handelskammer, Luzern

Neuenburg

J.-L. Borel, Präsident des Verwaltungsrates der Synchron S.A., Fabriques d'horlogerie réunies, Neuenburg, Vorsitzender

W. Wüthrich, Direktor der Cisac S.A., fabrique de produits alimentaires, Cressier, Neuenburg, Stellvertreter des Vorsitzenden

A. Grisel, Direktor der Société des fabriques de spiraux réunies, La Chaux-de-Fonds

St. Gallen

R. Nef-Suter, in Firma Nef & Co., Präsident des Kaufmännischen Directoriums St. Gallen, St. Gallen, Vorsitzender

Dr. R. Perret, Präsident des Verwaltungsrates und Direktor der Roco Conserven Rorschach, Horn, Stellvertreter des Vorsitzenden

Th. Ruff, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der J. Huber & Co. A.G. St. Gallen, Niederteufen

Zürich

O. Küderli, Präsident des Verwaltungsrates der Küderli A.G., Zollikerberg, Vorsitzender

R. H. Stehli-Pestalozzi, Präsident des Verwaltungsrates der Stehli Seiden A.G., Zürich, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. Ing. agr. E. Jaggi, Direktionspräsident des Verbandes ostschweiz. landwirtschaftl. Genossenschaften (VOLG), Winterthur

Direktorium

Dr. E. Stopper, Zürich (Präsident); A. Hay, Rechtsanwalt, Bern (Vizepräsident); Dr. F. Leutwiler, Zürich

Departemente

I. Departement in Zürich

Departementsvorsteher:

Dr. E. Stopper, Präsident des Direktoriums

Stellvertreter des Departementsvorstehers:

Fürsprech H. Huber, Direktor, Dr. W. Kull, Direktor, Dr. J. Lademann, Direktor

Rechtskonsulent: Dr. P. Ehsam, Abteilungsdirektor

Chefreviseur: E. Brunner, Vizedirektor

Vizedirektor: Dr. M. Gal

Prokuristen: J. Bertschi, Dr. J. Bonorand, Dr. A. Föllmi, W. Haubensak, Dr. H. Meyer, W. Obi, A. Schoch

Handlungsbevollmächtigte: Dr. A. Frings, K. Stämpfli, Dr. R. Widmer

III. Departement in Zürich

Departementsvorsteher: Dr. F. Leutwiler, Mitglied des Direktoriums

Stellvertreter des Departementsvorstehers:

E. Colombo, Direktor

Vizedirektoren: O. Heyer, A. Kunz, H. Schmid, H. Stahel

Hauptkassier des Sitzes Zürich: H. Nägeli

Prokuristen: G. Allenbach, Th. Benz, W. Bolliger, W. Brunner, E. Guyer, J. Knecht, E. Meier, H. W. Preisig, H. Siegfried, W. Wunderli, R. Würmli

Handlungsbevollmächtigte: W. Bächtold, W. Blumer, W. Frischknecht, A. Grolimund, O. Hofmann, R. Perret, J. Pfister, A. Schärer, W. Schopferer, R. Stutz, A. Wartmann, H. Wenziker, M. Wichser, E. Zangger

II. Departement in Bern

Departementsvorsteher:

A. Hay, Rechtsanwalt, Vizepräsident des Direktoriums

Stellvertreter des Departementsvorstehers:

Dr. M. de Rivaz, Direktor

Abteilungsdirektor: Dr. P. Flückiger

Hauptkassier der Bank: R. Aebersold

Vizedirektoren: H. Baumgartner, W. Bretscher, Ch. Schweingruber

Abteilungsvorsteher: H. Brunner, R. Raschle

Prokuristen: R. Bourqui, H.-P. Dosch, W. Gutmann, H. Hulliger, M. Isenschmid, D. Kaeser, A. Lerch, W. Wey, V. Zumwald

Handlungsbevollmächtigte: Frl. S. Grandjean, R. Kuhn, B. Siegrist, H. Spahni

Generalsekretariat in Zürich und Bern

Generalsekretär: Dr. H. R. Läng, Abteilungsdirektor, Zürich

Stellvertreter des Generalsekretärs: H. Lerch, Bern

Abteilungsvorsteher: Dr. G. Jaquemet, Zürich

Prokurist: H. Krebs, Zürich

Handlungsbevollmächtigter: S. Delémont, Zürich

Zweiganstalten

Aarau

Direktor: R. Winteler
Stellvertreter des Direktors: Th. Hensler
Prokuristen: F. Merz, A. Widmer
Handlungsbevollmächtigte: A. Rösli, A. Walz

Basel

Direktor: A. Bertschinger
Stellvertreter des Direktors: Dr. K. Spinnler
Prokuristen: F. Küng, K. Schär, A. Spreyermann
Handlungsbevollmächtigte: E. Hess, M. Joho

Genf

Direktor: J. Terrier
Stellvertreter des Direktors: C. Gaggini
Prokuristen: E. Bänninger, R. Jaccaz, J. Rossi
Handlungsbevollmächtigte: D. Allamand, P. Christinaz

Lausanne

Direktor: W. Schreyer
Stellvertreter des Direktors: A. Weiss
Prokuristen: A. Delacrétaz, G. Mounoud, F. Verdon
Handlungsbevollmächtigte: Ch. Goy, R. Kellenberger,
J.-P. Rod

Lugano

Direktor: Dr. P. Cioccarì
Stellvertreter des Direktors: B. Rüttsch
Prokurist: T. Grassi
Handlungsbevollmächtigte: A. Balmelli, R. Ghiringhelli

Luzern

Direktor: Dr. H. Aepli
Stellvertreter des Direktors: J. Burri
Prokuristen: J. Immoos, K. Sidler
Handlungsbevollmächtigte: K. Camenzind, J. Huber,
W. Imboden

Neuenburg

Direktor: R. Hügli
Stellvertreter des Direktors: R. Girardier
Prokuristen: Ch. Girod, J.-P. Veluzat
Handlungsbevollmächtigte: A. Tribolet

St. Gallen

Direktor: R. Sutter
Stellvertreter des Direktors: E. Schöbi
Prokuristen: A. Geiger, H. P. Menet
Handlungsbevollmächtigte: A. Keller, W. Stieger

Eigene Agenturen

Biel

(dem Sitz Bern unterstellt)

Agenturführer: J. Messmer
Prokurist: P. Bürgi
Handlungsbevollmächtigter: R. Januth

La Chaux-de-Fonds

(der Zweiganstalt Neuenburg unterstellt)

Agenturführer: F. von Arx
Prokurist: J. Henny
Handlungsbevollmächtigter: J. Jolidon

Winterthur

(dem Sitz Zürich unterstellt)

Agenturführer: E. Maurer
Prokurist: E. Kaufmann
Handlungsbevollmächtigter: K. Rietmann